

MICHAEL MÜLLER
Rio '92:
Kein Meilen-
stein . . .

ROUND-TABLE MIT
Christof Zöpel,
Peter von
Oertzen und
Claudia Walther

INGRID KURZ-SCHERF
Die Ungleichheit
materieller
Lebenschancen

SPOW

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und
Wirtschaft

I
DID

IT
MY

WAY



KURZUM

von Uwe Kremer
 "I did it my way"? Was hat denn dieser Frank-Sinatra-Refrain auf dem Titelblatt der SPW zu suchen? Also: Entnommen haben wir ihn aus dem Sport-Artikel von Krauß in diesem Heft, das im großen und ganzen dem Thema "Individualität und Sozialstrukturen" gewidmet sein sollte - und da "Individualität und Sozialstrukturen" als Titel zu lang und für eine Hochsommerurlaubsausgabe vielleicht auch zu trocken ist...

"I did it my way" steht also für die (in Sinatras Fall erfolgreiche) Suche nach einem eigenen individuellen Weg in der Klassen- und/oder Zivilgesellschaft. Eine Landkarte für diesen Weg zeichnet uns Peter von Oertzen, der mit Hilfe eines Forschungsprojektes das Terrain der sozialen Milieus und individuellen Lebensstile skizziert und damit Licht in den sozialen Nebel der Zivilgesellschaftsdebatte bringt.

Offen bleibt hier die Frage, ob "Klassen" als Kategorie noch Sinn machen (siehe auch den Beitrag von Thomas Rausch, der dies bejaht). Die unter Linken um sich greifende Behauptung, real spielten "Klas-

sen" keine Rolle mehr, kontrastiert leider allzu häufig mit der früheren Leidenschaft, jeden Fuz in der kapitalistischen Landschaft klassenmäßig einzuordnen. Was ich für wichtig halte: daß tatsächlich mal durchgecheckt wird, welcher Zusammenhang zwischen sozialen Lebenslagen und Milieus auf der einen und ökonomischer Stellung auf der anderen Seite besteht und wie er sich vor allem über Einkommens- und Eigentumspositionen realisiert.

Erinnert sei an dieser Stelle an Michael Wendls Kommentar zum ÖTV-Streik in der letzten Ausgabe und sein Plädoyer für eine "klassentheoretisch orientierte Gesellschaftsanalyse", die den "hohen Stellenwert der Verteilungsfrage" im Blickfeld hat. Ingrid Kurz-Scherf zeigt in ihrer Abhandlung nun ausführlich auf, daß über die (ungleiche) Einkommensverteilung Lebenschancen und -spielräume vor allem gesellschaftlich bestimmt werden und sich darin die Logik des "I did it my way" bricht - und zwar massenhaft. Wichtig auch ihr Hinweis, daß es dieser Umstand im wesentlichen nicht einer bestimmten Politik der Bundesregierung zu verdanken, sondern zuallererst systembedingt ist. Gerade deshalb sind von Oertzen und Kurz-Scherf sozusagen in wechselseitiger Beziehung zu lesen.

*

"I did it my way" bezeichnet aber nicht nur die Frage der materiellen Reproduktion, sondern auch die der symbolischen Reproduktion, in der es um Bedeutungen und Zeichen, Anerkennung, Selbstwert und Prestige geht. Es geht also nicht darum, die eine Seite gegen die andere auszuspielen - nach dem Motto "die

alten gegen die neuen Bedürfnisse", sondern beide Seiten zu beachten. In der letzten Ausgabe hat Petra Frerichs anhand der betrieblich-gewerkschaftlichen Interessenvertretung von Frauen auf diese Stoßrichtung hingewiesen. Nun, im vorliegenden Heft leitet Ingo Arend außerhalb des Schwerpunktes einen Artikel von Thomas Metscher und damit auch einen neuen Anlauf in Sachen "Kultur" ein (erinnert sei an die frühere Intervention Diether Dehms in die SPD-Programmdbatte und die Kulturpassagen des Berliner Programms!):

Es geht darum, "produktive und schöpferische kulturelle Potenzen für eine möglichst große Anzahl von Individuen freizusetzen" und "vielleicht muß Gesellschaftsveränderung mehr als bisher neue kulturelle Wahrnehmungs-, Vermittlungs- und Praxisformen entwickeln". Ob es uns tatsächlich gelingt, daraus - so Ingos Absicht - einen "Diskurs" zu entwickeln? Wir sollten es versuchen - nicht zuletzt des "Bündnisses von Arbeit, Wissenschaft und Kultur" (s. 53 Thesen des Projektes Moderner Sozialismus) wegen, auf das ich doch mal wieder hinweisen möchte (und demnächst auch einmal ausführlich behandeln werde).

*

P.S.: "I did it my way"?! Herrn Sinatras stolzes Motto macht im übrigen nur dann Sinn, wenn man es den Worten des größten Theoretikers der Individualität im 19. Jahrhundert zuordnet. Der sagte nämlich sinngemäß, daß das Individuum ein "Ensemble seiner gesellschaftlichen Verhältnisse" sei.

Den lasse ich mal auf mich zukommen

und bestelle 6 Ausgaben für DM 12,- (nur Vorkasse: bar, Scheck, Briefmarken) als Probeabonnement. Wird der Bezug nicht vor Erhalt der 5. Ausgabe gekündigt, wandelt sich das Probeabo in ein reguläres Abonnement um.

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen (Poststempel) beim FREITAG-Vertrieb widerrufen kann. Obenstehende Bedingungen habe ich zur Kenntnis genommen.

2. Unterschrift _____

Ein senden an:
 Vertrieb FREITAG • PF 360 520 • W-1000 Berlin 36



Aufeinander zugehen

JEDEN FREITAG AM KIOSK!
Freitag
 Die Ost-West-Wochenzeitung

INHALT

KURZUM 2

KOMMENTAR

Michael Müller:
 Rio '92: Kein Meilenstein in der Menschheitsgeschichte 4

Mechthild Jansen:
 Zur "Stasi-Diskussion" 7

SOZIALDEMOKRATIE

Josef Didier:
 Sachsen-SPD im Abwind 10

Josef Vosen:
 Partiereform in Düren 12

Reinhold Rünker, Jadranka Thiel, Claudia Walther:
 Radikalisierung und politische Diffusität 13

KULT

Ulf Trombach:
 Wie die Toten leben! 14

I DID IT MY WAY

Peter von Oertzen:
 Die Wählerschaft in Westdeutschland 16

Fiete Sass:
 Es kommt darauf an, daß man miteinander auskommt.
 Ein Gespräch über Individualisierung, die SPD und die Politik 22

Thomas Rausch:
 Individualisierte Klassengesellschaft.
 Einige Positionsbestimmungen 29

Ingrid Kurz-Scherf:
 Die Ungleichheit materieller Lebenschancen.
 Mit einem Nachtrag zur diesjährigen Tarifrunde 32

Klaus Dörre:
 Vom Tod des organischen Intellektuellen 40

Martin Krauß:
 I did it my way - Ich gegen die Maschine
 Flexibilisierung und Individualisierung im Sport 43

DEBATTE

Ingo Arend:
 Kultur. Was soll das? 48

Thomas Metscher:
 Thesen zur materialistischen Ästhetik 49

Frank Schauff über Christoph Links:
 Sandinismus 52

Rainer Baecker:
 Unterdeterminiert 53

Sabine Kebir:
 Linke müssen lernen, im Begriff zu kämpfen 54

Axel Horstmann:
 Bildungsreform NRW: Nicht auf die "Müllhalde" aus dem Stillstand 57

Herausgeber Herausgeberinnen:
 Detlev Albers (Bremen)
 Heinz Albrecht (Berlin)
 Diether Dehm (Frankfurt/M.)
 Jürgen Egert (Berlin)
 Käthe Fuchs (Venedig)
 Josef Hirdels (Wien)
 Klaus Peter Köster (Berlin)
 Heinrich Lenker (Bielefeld)
 Susi Möbbeck (Bremen)
 Ursula Pausch-Gruber (Karlsruhe)
 Claudia Walther (Aachen)
 Kurt Wand (Hamburg)
 Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.)
 Burkhard Zimmermann (Berlin)

Redaktion:
 Ingo Arend
 Gisela Becker
 Uwe Kremer
 Fiete Sass
 Brigi Zoberner

Redaktionssekretär
 Ralf Schmitz

Redaktions- und Verlagsanschrift:
 Kieker Str. 13, 5000 Köln 80
 Telefon: 0221/623271, Telefax: 0221/612815

Verlag:
 spw-Verlag Redaktion GmbH,
 Kieker Str. 13, 5000 Köln 80

Geschäftsführer:
 Andreas Bach
 Ulla Saß

Konto des Verlages:
 Postgarnit. Dortmund
 Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr
 mit ca. 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement: DM 51,-
 einm. 3. Jahresabonnement:
 für SchülerInnen, StudentInnen, Erwerbsloser:
 DM 42,- Auslandsabonnement: DM 64,-

Abbestellungen mit einer Frist von drei
 Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Manuskripte sollen in Maschinenschrift
 und mit einem ausreichenden Rand versehen sein.
 Wenn möglich, sollen Manuskripte auf
 Diskette mit einem Ausdruck geliefert werden
 (MS-DOS-Textverarbeitungssystem
 5.1.4 oder 3.1.2 Zoll).

ISSN 0170-4673
 spw Verlag Redaktion GmbH 1992.
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
 vorbehalten.

Titelfoto
 Stefan Hoppe, Köln

Satz und Gestaltung:
 Judith Nußbaum, Köln

Druck:
 Note-Druck Schwerte

1.3 Tausend Juli 1992

Rio '92:

Kein Meilenstein in der Menschheitsgeschichte

von Michael Müller*

Die reale Gefahr einer globalen Klimakatastrophe, die sich weltweit wie ein Krebsgeschwür ausbreitende Armut oder die scheinbar unaufhaltbare Absatzspirale aus Unterentwicklung und Naturzerstörung verdichten sich immer stärker zu einer wahrscheinlichen Zukunft. Die Weltklimakonferenz von 1988 in Toronto alarmierte erstmals die Weltöffentlichkeit mit der Gefahr einer globalen Klimaänderung. Sie forderte trotz wachsender Weltbevölkerung eine weltweite Reduktion der energiebedingten Kohlendioxid-Emissionen um 20 % bis zum Jahre 2005 und um 50 % bis zum Jahre 2050. Schon 1 Jahr zuvor, 1987, legte die Unabhängige UN-Kommission "Umwelt und Entwicklung"

(Brundtland-Kommission) einen umfangreichen Bericht über den sozialen und ökologischen Zustand der Erde vor. Darin wurde die Festlegung von Höchststandards für den Naturverbrauch der Industrieländer, wie weit unter dem heutigen Stand liegen müssen, ebenso gefordert wie die verbindliche Bestimmung sozialer Mindeststandards für alle Menschen. Zur politischen Behandlung dieser Weltprobleme beschloß die UN-Generalversammlung 1989 die Einsetzung einer internationalen Vorbereitungsgruppe für den "Erdgipfel", der im Juni 1992 in Rio als zweite UN-Umweltkonferenz stattfand.

Diese Konferenz wurde in den letzten 3 Jahren mit einem einzigartigen Aufwand vorbereitet. Doch statt der noch 1991 groß angekündigten Erwartung, daß

Rio 92 zu einem Meilenstein für die menschliche Geschichte werde, wurde sie zu einem Fiasko. Je näher der Erdgipfel rückte, desto größer wurde die Ernüchterung. Statt zur Entschärfung der Weltprobleme spitzten sich die Konflikte zu einer globalen Auseinandersetzung zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern zu. Rio droht ein Ausgangspunkt für neue globale Verteilungskonflikte zwischen den Reichen und Armen der Erde zu sein. Immer wenn es ernst wird, erwiesen sich bislang die großen Ankündigungen als Schaumschlägerei. Während Ende der 80er Jahre noch große Zustimmung zur Lösung der Weltprobleme bestand, versuchen heute vor allem die Regierungen der Industrieländer konkrete Vereinbarungen zu verhindern. Nach wie vor hat die ökologi-

sche Rhetorik Konjunktur, aber die Bereitschaft, konkrete Maßnahmen einzuleiten, notiert immer tiefer.

Die Industrieländer, die Hauptverantwortlichen für die ökologische Verrottung der Erde, wollen ihre Ansprüche nicht begrenzen, und die Entwicklungsländer, die in vielen Bereichen zur Sicherung einer sozialen Mindestversorgung mehr Energie und Rohstoffe benötigen, können sich nicht beschränken. So treibt unser Planet Erde auf einen kritischen Punkt zu, nicht naturgesetzlich, sondern weil vor allem die Menschen in den Industriegesellschaften die Naturgesetze fahrlässig mißachten. Doch statt vor dem eigenen großen Hausportal zu kehren, wird auf den Hinterhof gezeigt und die Zerstörung der tropischen Regenwälder und das anhaltende Bevölkerungswachstum zum Hauptpunkt der globalen Krise gemacht. Dies ist Heuchelei und unverantwortlich.

Rio sollte ursprünglich zum spektakulären Höhepunkt eines Prozesses werden, der endlich die Gegenmaßnahmen für alle verbindlich einleitet: Drastische Verringerung der energiebedingten Emissionen, Umstellung auf eine ökologische Landwirtschaft, Umbau der Chemieindustrie, Abschied von der grenzenlosen Mobilität des Autos und des Flugzeugs. Nach 500 Jahren europäischer und neoeuropäischer Expansion Interessen, sollte Rio die Einleitung für eine Wende werden: Mehr Gerechtigkeit durch eine sozialere Verteilung des Reichtums und die Veränderung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die einseitig auf die Industriestaaten zugeschnitten sind, sowie die Selbstbegrenzung in der Nutzung der Natur und in der Entgrenzung von Zeit und Raum, auch um die Freiheit und die Menschenrechte auf der Erde zu bewahren. Dies verlangt in erster Linie Änderungen in den Industrieländern, die für rund 75% des Energieumsatzes und rund 80% der Rohstoffnutzung verantwortlich sind. Sie dürfen bei den vorliegenden Daten ihre Verantwortung für die Verursachung der globalen Öko-Krise nicht länger verdrängen. Es geht nicht mehr, daß, wie bisher, nur sorgenvolle Erklärungen abgegeben werden, denen aber keine praktischen Konsequenzen folgen. Die Belastungsgrenzen der Öko-Systeme sind erreicht. Überentwicklung im Norden und Unterentwicklung im Süden sind in den Weltproblemen eng miteinander verzahnt. Um die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und dem armen Dreiviertel der Erde überhaupt

noch Entwicklungschancen einzuräumen, müssen die, die ökologisch bankrott sind und ihren Reichtum auf einer Wohlstandslüge aufbauen, gewaltig zurückstecken. Doch je deutlicher dies wird, desto größer wird auch das Bemühen, genau diese Einschnitte zu vermeiden.

Umgerechnet in Öleinheiten ist der Energieumsatz allein der USA so hoch wie der aller Entwicklungsländer zusammen. Wäre das deutsche Verhältnis von Einwohnern zu Autos weltweiter Maßstab, gäbe es auf der Erde nicht 470 Millionen, sondern fast 2,9 Milliarden Fahrzeuge. Der ökologische Kollaps wäre vorprogrammiert. Die Industrieländer sind ökologisch bankrott, sie haben ihre "Verschmutzungsrechte" längst aufgebraucht. Aber sie sind wirtschaftlich und politisch bislang stark genug, die Folgen ihres Handelns zu verdrängen oder auf andere abzuschieben. Die Industrieländer spielen "Schwarzer Peter" mit der Zukunft: Die USA lassen sich nicht auf verbindliche Obergrenzen für die Freisetzung klimaschädlicher Emissionen ein, die Japaner stimmen keinen Vereinbarungen zu, wenn dies nicht alle Industrieländer tun, und schließlich knickt auch die Europäische Gemeinschaft ein, die lange Zeit so getan hat, als wollte sie beim Schutz des Klimas endlich Taten zeigen. US-Präsident Bush, der diesmal der erste in der Reihe der Neinsager war, verweigerte sich und alle anderen fielen wie nach einer dafür extra aufgebauten Kette um.

Die USA nehmen die Menschheit zur Geisel ihrer ökonomischen Interessen, doch auch die, die sich so gerne als Vorreiter aufspielen, sind in Wahrheit nicht besser: Während die Bundesregierung noch Ende 1990 mit großer öffentlicher Publizität beschlossen hatte, die nationalen Emissionen von Treibhausgasen um 25-30% bis zum Jahre 2005 zu verringern, nahm sie diesen Beschluß schon ein Jahr später mit einer ebenfalls einstimmig gefaßten Kabinettsentscheidung zur "Energiepolitik im vereinten Deutschland" wieder zurück. Nach diesem Beschluß werden die Emissionsmengen des Jahres 1990 bis zum Jahre 2010 festgeschrieben. Durch die abstruse Idee, die risikoreiche Atomenergie weiter auszubauen, sollen dennoch die Kohlendioxid-Emissionen um knapp 10% verringert werden.

Die angebliche Vorreiterrolle der BRD ist damit ein Kunstgriff ohne reale Substanz. Denn wo sind die technischen, organisatorischen, ordnungspolitischen und preislichen Maßnahmen zur drastischen

Verringerung der Kohlendioxid-Emissionen, wo die entsprechenden Vorschriften zu Verbesserung der Wärmedämmung oder wo die Initiativen zur Zurückdrängung des "Blechlblings" Auto, zur Reduzierung der Chlor-Emissionen oder zur Umstellung der heutigen Agrarindustrie auf eine ökologische Landwirtschaft? Nichts von alledem, im Gegenteil: sogar die bescheidenen Ansätze in der Förderung des ökologischen Umbaus oder zur rationellen Energieverwendung werden zusammengestrichen.

Die Anforderungen an Rio waren schon bescheiden geworden und bei weitem zu wenig. Als optimales Ergebnis wurde ein Einfrieren der Kohlendioxid-Emissionen in den Industrieländern gesehen, dabei brächte selbst eine Verringerung um durchschnittlich 25% in den Industriestaaten und eine Anstiegsbegrenzung von 50% in den Entwicklungsländern bis zum Jahre 2005 gerade ein Viertel der global notwendigen Reduktion der Treibhausgase, nämlich nur 5% statt der eigentlich erforderlichen 20%. Die Erde treibt auf einen kritischen Punkt zu, aber die Gesellschaften sind offenkundig nicht fähig, sich einzuordnen und im Rahmen einer Weltinnenpolitik das ökologisch Notwendige zu tun.

Wenn es darauf ankommt, sind die Klimaänderungen zeitlich und räumlich weit weg, aber der ökonomische Egoismus sehr nahe. In einigen Ländern wird sogar über "Sieger oder Verlierer" globaler Klimaänderungen gesprochen. So gibt es beispielsweise in den USA Untersuchungen, die die Zerstörung bestimmter landwirtschaftlicher Anbaugelände im Süden der USA in Kauf nehmen, weil dadurch vermeintlich neue Entwicklungschancen im Mittelwesten des Landes entstehen würden. Ähnliches gilt für Klimaberichte aus der früheren Sowjetunion, die auf vermeintlich positive Landnutzungsmöglichkeiten in Sibirien und eisfreie Häfen hoffen.

Natürlich gibt es auch bei der Neuordnung der Weltgesellschaft nicht einfach Schwarz oder Weiß, natürlich sind nicht nur die Entwicklungsländer gut und die Industriestaaten schlecht. Das eigentlich Schlimme ist die Stagnation der Politik, obwohl sie mit großem Anspruch über die Probleme redet. Deshalb darf die Ökologie sowie bisher, keine Restgröße bleiben, deren Fragen bis heute in ihrer Tragweite nicht verarbeitet sind. Von daher sieht sich die SPD leider auch in ihrer kritischen Haltung die Entscheidungsfäh-

Foto: R. Schmitz

higkeit der Bundesregierung bestätigt. Sie hielt bereits 1990 in einem Votum für den Bericht "Schutz der Erde" fest, daß es im internationalen Bereich nur zu Vereinbarungen zum Schutz des Klimas kommen kann, wenn die Industrieländer dafür umfangreiche Vorleistungen erbringen. Angesichts der globalen ökonomischen Konkurrenz ist dies nur möglich, wenn einzelne Industrieländer den ökologischen Umbau vor allem im Bereich Energieversorgung und Mobilität gezielt versuchen. Das setzt die Erkenntnis voraus, daß gerade der ökologische Umbau eine Chance aus der Krise ist. Einzelne Länder müssen konkret vorangehen, unabhängig davon, ob der nur sehr langwierig zu schaffende internationale Rechtsrahmen existiert oder nicht. Gegen die globale Selbstblockade durch die starre Haltung der Industrieländer hilft nur ein ökologischer Domino-Effekt: Ein Land zwingt durch eigenes erfolgreiches Verhalten andere Staaten zur Nachahmung.

Rio darf keine Resignation zur Folge haben

Wir haben nur noch wenig Zeit: Die 90er Jahre sind ein Schlüsseljahrzehnt für die Zukunft der Weltgesellschaft. Sie erfordern konkrete politische Richtungsentscheidungen, vor allem in der Verkehrs- und Energiepolitik, zur Verkehrsvermeidung, Effizienzrevolution und Durchsetzung der Solarwirtschaft. Deshalb muß mit den folgenlosen Ankündigungen Schluß sein, sollen sich nicht noch stärker Zukunftsangst und Unsicherheit ausbreiten. Deshalb darf auch Rio nicht Resignation zur Folge haben, sondern muß der politische Ansatz verändert werden. Unser Land, ein starkes Industrieland, hört mit den ständigen Ankündigungen auf und fängt einfach an: Mit dem Umbau des Energiesystems, der schnellen Durchsetzung der Solarwirtschaft und der Schaffung einer neuen umweltverträglicheren Beweglichkeit. Wer hindert uns eigentlich daran, diese Zukunftschancen zu nutzen,

außer daß sich die Gesellschaft in den überholten Denkweisen einer militärischen Ökonomie verfangen hat? Ich plädiere für einen großen Schritt nach vorne, nur so können wir aus der eigenen Blockade herauskommen: Dies eröffnet zugleich die Chance, Ökologie und Ökonomie stärker als bisher zusammenzuführen, die industrielle Basis der Gesellschaft nach den Zielen Effizienz und Entmaterialisierung zu erneuern, die Umwelt zu entlasten und den Entwicklungsländern effiziente Technologien anzubieten, die einen viel umweltverträglicheren Weg als die heutigen Formen von Entwicklung zeigen. Dieser "ökologischer Domino-Effekt" zwingt andere Länder, sich zu rechtfertigen, warum sie nicht genauso handeln. Dies wiederum kann einen "Schneeballeffekt" auslösen. Aber dazu müssen wir endlich anfangen, denn die Zeit wird knapp.

Anzeige

Öffentlichkeit schaffen. Für spw

Wir suchen engagierte Leserinnen und Leser, die spw mehr Öffentlichkeit schaffen wollen, als

Vertriebsagentinnen/Vertriebsagenten
des spw-Verlags.

Wir liefern auf Kommission - risikolos für VertriebsagentInnen. Auch der Vertrieb kleiner (und kleinster) Stückzahlen öffnet spw Türen: Viele Initiativen von vielen Leserinnen und Lesern sorgen für die Resonanz, die spw braucht.

Die Verlagsleitung

Anfragen unter:
Telefon 0221/62 32 71 - spw - Kieler Str. 13 - W-5000 Köln 80

F ü r

Streitkultur

Politikentwürfe

Widerspruch

Zur "Stasi-Diskussion"

von Mechtild Jansen*

Diesmal soll alles anders sein. Eine wirkliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Anders ist es zwar, doch die Debatte um den "Staats sicherheitsdienst" der ehemaligen DDR zeitigt manch fragwürdige Ergebnisse. Es scheint mehr um lukrative Inquisitions- und eilige öffentliche Exekutionsverfahren, jedenfalls mehr um Schwarz-Weiß-Gemälde als um wirkliche Auseinandersetzung und Aufklärung, rechtliche und politische Übernahme von Verantwortung und Entschädigung für erlittenes Unrecht zu gehen. Eine Schließung der Akten, wie zwecks "Ruhe und Frieden" schon gefordert, kommt nicht infrage. Aber Einmischen ist Verantwortung.

1.

Statt die Stasi zum Phantom des Bösen an sich zu machen und somit wirkliche Erkenntnis zu verhindern, wäre erstens genau zu fragen und zu klären: Was für ein System war die Stasi? Welche Macht hatte sie? Wie wirkte sie? Was hat sie tatsächlich bewirken oder erreichen können und was nicht? Diese Fragen sind auf dem Hintergrund der realen Existenzbedingungen der ehemaligen DDR zu beantworten.

Die Stasi war, so können wir mittlerweile wissen, einerseits "Schild und Schwert der Partei", ein Gewalt- und Repressionsapparat von schließlich längst verselbständigter Dynamik, dessen Repräsentanten Verbrechen, Verfolgung, Bespitzelung, Disziplinierung, Einschüchterung, Unterdrückung und Bevorteilung der Herrschenden, gar

Mord, d.h. massenhafte Verletzung von Menschenrechten und Menschenleben zu verantworten haben. Die Stasi war andererseits innerhalb ihres autoritären Staatsgefüges wirtschaftliches und gesellschaftliches Steuerungsinstrument, Ersatz für Öffentlichkeit und besonders empfindliche Schaltstelle der Macht, mit aller daraus resultierender Widersprüchlichkeit. In ihr lief zusammen, was offiziell nicht sein durfte. Sie war die herrschende Institution, die am ehesten wußte, wie es im Lande wirklich aussah. Indem sie gesellschaftliche Opposition zu unterdrücken oder zu steuern versuchte, war auch sie deren Einfluß ausgesetzt. In ihr wuchsen deshalb u.U. auch zuerst "Reformer von oben" heran, ebenso wie in anderen ehemals realsozialistischen Ländern. So dürften weder der Apparat als Ganzes, schon gar nicht das Tun der in ihm Handelnden im Einzelnen, über einen Kamm zu scheren sein. Rechtsstaatlich relevant sind politische und wirtschaftliche Kriminalität, Verletzungen der Verfassung der DDR sowie Verletzung der völkerrechtlich anerkannten Menschenrechte. Politisch relevant ist alles Geschehen, einschließlich der offiziellen oder inoffiziellen Mitarbeit der Einzelnen in einem solchen autoritären, unkontrollierbaren und undemokratischen System, das auf Betrug und Lüge fußt.

2.

Die zweite und insgesamt nicht weniger relevante Fragestellung lautet: Ausdruck welcher Politik war die Stasi? Welche Politik hat die Stasi gebraucht und gewollt oder nur zugelassen und nicht verhindern können? Welcher politischen Struktur, welchem politischen System diente sie? Teil welcher Rahmenbedingungen, welcher Interessens- oder Sy-

stemkämpfe wiederum war dies? Die Verwobenheit mit der Politik stellt sich auf verschiedenen Ebenen und für alle Institutionen, Gruppen und Einzelnen der ehemaligen DDR. Der systematische Zusammenhang von Teilen mit dem Ganzen - Täterschaft, Mittäterschaft und Opfersein, Anpassung und der ausgelotete oder nicht ausgelotete Raum zum Widerstand - ist allorten aufzuhellen. Zur Diskussion stehen muß folglich auch die ganze Politik in der ehemaligen DDR, zuvorderst des Staates, der SED, der Blockparteien, aber auch aller anderen, der Kirchen, der Institutionen, der Opposition etc.. Politische Ansprüche wären in jedem Fall zu bemessen und ins Verhältnis zu den Taten zu setzen. Sie wären allerdings nicht adäquat zu würdigen, ohne die ehemalige DDR in ihrem äußeren Bedingungsgefüge zu betrachten. Dazu gehört einerseits die Rolle ihrer Führungs- und Besatzungsmacht UdSSR und andererseits die antikomunistische "Roll-back"-Politik des Westens. Nur wer einerseits das Ergebnis des zweiten Weltkrieges, andererseits sozialistische Politik von ihren Ursprüngen an grundsätzlich ablehnt, könnte zu dem Schluß gelangen, daß alles Geschehen im SED-Staate einschließlich seines Geheimdienstes immer schon und per se illegitim und verwerblich und nichts erhaltenswert war. Und nur der wäre somit der Notwendigkeit enthoben, zu differenzieren, genau hinzuschauen auf Machtverhältnisse und Strukturen, die Politik und die einzelnen Menschen. Zur Diskussion zu stehen hätte dann übrigens bspw. auch die Weiterexistenz hierarchischer Strukturen, der spielende Übergang eines großen Teils der Ex-DDR-Elite in die Marktwirtschaft, der anderen in die Massenarbeitslosigkeit sowie der Verbleib der Opposition in der Opposition.

* Mechtild Jansen ist freie Publizistin und lebt in Köln

3.

Die dritte Frage ist die nach dem Umgang mit jenen, die in oder mit der Stasi gearbeitet haben. Das vorrangige Kriterium muß die Rechtsstaatlichkeit bleiben, auch wenn sie nicht gleichbedeutend mit Gerechtigkeit ist, nach der zu Recht verlangt und gesucht wird. Ein besseres, ein demokratischeres Verfahren haben wir (noch) nicht. Straftaten sind demnach zu verfolgen, die Schuld dem Angeklagten nachzuweisen. An das andere vorrangige Kriterium erinnerte jüngst leise Christoph Hein: die Freiheit des Andersdenkenden. Was außerhalb von Straftaten liegt, muß Gegenstand der u.U. harten politischen Auseinandersetzung sein, der als Wettbewerb demokratische Spielregeln beinhaltet (und im Beruf die Kriterien Eignung, Qualifikation und Leistung beachtet). Politische Ausschauungen oder Zugehörigkeiten an sich sind kein Grund für soziale Ausgrenzung, willkürliche Arbeitsplatzverluste oder neue Berufsverbote.

Vergangenes Verhalten läßt sich nur in der Würdigung des Einzelfall beurteilen, der Rahmenbedingungen, des Ausgangs- und Standortes, der Handlungsspielräume und des eigenverantwortlichen Tuns des/der Einzelnen. Daneben wäre zwischen offizieller und inoffizieller Mitarbeit bei der Stasi und politischen Kontakten mit der Stasi zu unterscheiden. Die politischen Kontakte mit der Stasi wiederum wären in ihrer jeweiligen Qualität zu würdigen. Demokratische Veränderung ist dabei prinzipiell von oben wie von unten denkbar. Das eine stinkt an sich so wenig wie das andere an sich schon edelt. Nicht immer sucht der/die Einzelne sich den Ausgangsort aus. Auch "Demokraten von unten" bleiben nicht in jedem Fall rein und frei von Berührung, dem Deal, dem abgehandelten Trick oder dem u.U. fragwürdigen Kompromiß mit der Macht, wengleich sie im allgemeinen weniger Gelegenheit zu diesbezüglichen Taten haben. Die Handlungsbedingungen einer Kirche unterscheiden sich in jedem Fall von denen einer sozialen Bewegung. Alles andere wäre eine unhistorische Betrachtung. Davon unabhängig bleibt die Entschei-

dung des/der Einzelnen, an welchem Ort sie/er ihr/sein Wirken lokalisiert. Auf einer anderen und entscheidenden Ebene liegen die notwendigen politischen Schlußfolgerungen. Die politische Auseinandersetzung um die Vergangenheit muß bewirken, daß demokratisch diskreditierte Personen für Ämter und Mandate unwählbar sind und mindestens "eine Runde aussetzen", wie Bürgerbewegungen fordern. Demokratische Bürgerrechte sind dringend auszubauen. Geheimdienste sind in der offenen Gesellschaft abzuschaffen. Soziale Rechte

Christoph Meckel Vergangenheit

Herrliche Augen von ehemals
schauen herein
es kommen Jahre auf einen Sprung vorbei
mit Ländern und Glocken
von dort wo nichts mehr hinreicht
in alter Gestalt
und neuer Erscheinung-
von dort, von dort
kommt die Zukunft noch immer
und beginnt ihren Lärm, der die Ohren
zerreißt am Ende

sind nicht zuletzt Basis dafür, ein offenes, freies Zusammenleben der Menschen zu ermöglichen. Zivilcourage und eigenständiges Denken und Handeln wären endlich zu befördern. Offenes und ehrliches Sprechen, wenn es denn erwünscht sein soll, müßte sich auszahlen. Mindestens hätten wir Toleranz zu praktizieren und klare Regeln der Wiedergutmachung oder Entschädigung, der Bewährung und eines Neuanfangs zu finden. Zu den notwendigen Konsequenzen gehört auch die Überprüfung linker Politik. Mit der Erblast werden alle emanzipatorischen Ansätze zu leben und also zu sagen haben, was getan werden muß, um Stalinismus und autoritären Kommunismus nicht erneut zur Macht kommen zu lassen. Nicht wenige haben dazu schon, einige bereits sehr früh, beigetragen. Verantwortung haben insbeson-

Den Text des Gedichtes von Christoph Meckel entnehmen wir mit freundlicher Genehmigung des Verlages dem Gedichtband "Nachtessen", der 1975 im Literarischen Colloquium in Berlin erschienen ist.

dere die abzutragen, die an der Verletzung von Menschenrechten im Namen des Guten oder Gutgemeinten beteiligt waren oder diese nur gerechtfertigt haben. Und sei es, weil oder indem sie sich gleichzeitig gegen Unrecht an Kommunisten oder gegen kommunistische Feindbilder zum Zwecke der Tabuisierung von (linker) Kritik zur Wehr setzten. Auch hier geht es im Einzelfall um konkretes Tun und nicht um posthume Ächtung oder die repressive Züchtung allgemeinen Schuldbewußtseins. Das Wesentliche wäre, Fehler im Denken und Handeln zu erkennen, zu benennen und zu korrigieren. Ganz generell bleibt festzuhalten, daß es keine Aussöhnung mit Mißständen im eigenen Land, in der eigenen Politik, Organisation oder Bewegung mit Hinweis darauf geben darf, daß es anderenorts noch schlimmer ist und das kleinere Übel deshalb Nachsicht verdient.

4.

Welche Rolle wollen und können Bürgerbewegungen in dieser Auseinandersetzung spielen? Zum Vorgehen der BürgerrechtlerInnen wäre jeweils im Einzelnen zu argumentieren. Sie sind in ihrer Gänze unverzichtbare Garanten, ein bloßes "Schwamm-drüber" zu verhindern und Herrschaft und Gewalt aus der Perspektive der Opfer zu beurteilen. Moralische Überlegenheits- oder Alleinvertretungsansprüche zur Interpretation von Vergangenheit und Konsequenzen für Zukunftsgestaltung resultieren nicht aus dem Status, Opposition zur Mehrheitsgesellschaft und/oder zum Staat zu sein. Mit neuen Absolutheitsansprüchen würden demokratische Bewegungen in die gleichen Fallen laufen, in die sich sozialistische Bewegungen oft genug mit verheerenden Konsequenzen verstrickt hatten und an deren staatlichen Monumenten sich erstere ja gerade aufgerieben hatten. Es gibt wohl nicht die eine "Wahrheit", die "wiederhergestellt" werden muß (Aufruf für ein Tribunal). Es gibt kein durch noch so langes Opfersein bewirktes Auserwähltsein, Gerechtigkeit allein triftig definieren zu können. Heraus käme Selbstgerechtigkeit. Sauberkeits- und Reinheitsansprüche

müssen per se skeptisch machen. Gesprächspartnern der Stasi in der Kirche (die ja nicht gerade eine revolutionäre war) beispielsweise "trotz aller guten Absichten vor allem Hilfsdienste für die Stasi" vorzuwerfen (B. Bohley) läßt außer Acht, daß auch diese von inneren und äußeren Kräfteverhältnissen abhängig waren und Handeln in den Seilen der Macht fast immer eine fragwürdige Gradwanderung ist. Aber auch die ureigenen Kräfte der Bewegungen reichten ihrerseits nicht, bessere Alternativen gegen Opportunismus durchzusetzen. Der SPD vorzuhalten, wenn sie Emanzipation gewollt hätte, hätte sie alle Kontakte zu Basisgruppen der DDR unterstützen müssen, ist nur die halbe Wahrheit. Unbestreitbar - wenn alle eine konsequente Oppositionspolitik praktiziert hätten, wäre das Leid früher beendet gewesen. Doch auch konsequente Oppositionspolitik hat ihre Bedingungen. Risiken werden nicht nur hier eingegangen, das Überschreiten von Grenzen findet nicht nur hier statt. Die Umwälzung in der ehemaligen DDR ist durch ein multidimensionales Geschehen gekennzeichnet, das aus unterschiedlichen Interessen und Vorgehensweisen gespeist wurde. Um eine bloße Revolution von unten jedenfalls hat es sich nicht gehandelt. Die Politik Gorbatschows, die der Ungarn, die BürgerInnen, die in den Westen abwanderten und kritische SED-Leute hatten ihre Anteile ebenso wie die Bürgerbewegungen. Wer hatte den größten, wer den besten Anteil? Inwieweit waren alle auch Gefangene in ihren Strukturen? Oder sind wir doch wieder bei dem einen Weg der Wahrheit, der für alle gleichermaßen gilt? Deshalb kann es vielleicht auch kein eigenes Urteil über Vergangenheit und das Verhalten der Einzelnen in ihr geben. Deshalb gibt es wohl auch nicht den einen Weg zum Ziel, wengleich der Weg seinerseits schon Ziel ist.

5.

Die Reflexion der deutschen Vergangenheit kann natürlich fünftens keineswegs auf die Nachkriegsjahre der ehemaligen DDR beschränkt bleiben. Dazu gehören die gemeinsame faschistische deutsche Vergangenheit, die Vergangenheit der BRD der Nachkriegszeit und der Anteil der BRD am Ost-West-Konflikt, der ein Problem der Beziehung zwischen beiden wie der je-

weiligen inneren Verfaßtheit beider war. Die Ausblendung dieser Felder stellt eine Art Fortsetzung des kalten Krieges und ein Ausklammern der westlichen Beteiligung dar, statt gemeinsame Zusammenhänge und wechselseitige Bedingtheiten zu erhellen. So mancher wäscht sich flugs mithilfe eifriger Stasi-Liquidation von eigener Schwäche in Nazi-Vergangenheitsbewältigung rein. Der Antikommunismus als westdeutsche Staatsdoktrin, der doch gerade aus der westdeutschen Gesellschaft heraus infragegestellt war, wird erneut gerechtfertigt. Die Qualität des "Einheits"-prozesses und die gesamtdeutsche Gegenwart steht erst gar nicht zur Debatte. Der etablierte Westen des Landes entlastet sich, indem er seine eigenen Misere - die immer wieder eine hausgemachte Opposition hervorgebracht hatten, welcher stets der Abgang "nach drüben" nahegelegt wurde - als Kritik- und Utopieverbot überhaupt endgültig im "Sozialismus" endlagert. Sorge um die Wiederholung politischer Fehler? Für viele scheint die vorsorgliche und für jede Zukunft gültige Abrechnung mit allem entscheidend, was auf tieferen Wandel zielt und als "links" etikettiert werden kann und doch nur das Beharren auf Verwirklichung der Menschenrechte für alle meint oder die Vorstellung einer anderen als der gegenwärtigen Wirklichkeit. Diese Art Vergangenheitsbewältigung hat mehr mit Überwältigung zu tun, es lauert das Wort Gewalt in ihr. Sie setzt einen Interessenkampf fort, mit dem Macht und Herrschaftsprinzipien unserer westlichen Gesellschaft unangetastet bleiben sollen, ein System, welches bei allen errungenen und zu verteidigenden Fortschritten auf Vernichtungskonkurrenz, Vorherrschaft des Profits und Leben auf Kosten anderer baut und das deshalb nicht das letzte Wort der Geschichte sein kann und sein wird. Wieso erregt sich niemand in gleicher Weise über die ökologischen Verwüstungen, Armutsverbrechen in der 3. Welt, ein Drittel ausgegrenzte Bevölkerung, totesgeschlagene Ausländer oder Diskriminierung von Frauen? Weil sie nicht von einer erkennbaren Instanz überdacht werden, sondern als System von Gewaltstrukturen und -verhältnissen systematisch in der modernen Gesellschaft verteilt sind, in der es auch alle nur gut meinen oder eben nicht anders können? Stellt sich hier etwa keine Frage des alltäglichen Mitmachens - bei der Müllproduktion, des Energieverbrauchs, des Konsums, der Ausgrenzung, des Schweigens, geschweige denn bei der politischen Verantwortung für einen anderen Lauf der Dinge?

6.

Schließlich ist es wohl keine Beleidigung, allen Bundesregierungen zu unterstellen, daß sie das SED-Regime zwar gerne abgeschafft gesehen hätten, sich aber dennoch mit den östlichen Herrschaften treffen konnten, wo es darum ging, den Unterschied von oben und unten prinzipiell zu verteidigen. Bürgerbewegungen waren hier wie dort die Schmutzkinder, da hatte man gemeinsames Leid.

In der Tat, es spricht vieles für die Warnungen vor dem Traum einer besseren Gesellschaft, vor dem Traum von Fortschritt, weil es schwierig ist, ihn zu verwirklichen, und nur bescheidene Mittel zur Verfügung stehen, sich ihm anzunähern. Daß die Lösung der jeweils großen Probleme einer Zeit stets neue Probleme gebiert, ist wahrscheinlich. Dennoch löst sich kein Problem von allein. Es spricht deshalb viel und mehr für die Suche nach einer Utopie als einer Vorstellung von einem möglichen Weg zu neuen Lösungen für die bislang unge lösten Probleme. Diese politische Suche kann gern ohne Etiketten von Sozialismus und Kapitalismus stattfinden. Aber Konzepte werden wir schon brauchen. Sie werden vor allem aus der Perspektive der Opfer unserer "Probleme" geschrieben sein müssen. Das ist ein Vorgang, der in der Vergangenheit als Emanzipation der Abhängigen von Gewalt, Herrschaft oder Ausbeutung oder auch als "Fortschritt" bezeichnet wurde. Lernen aus der Geschichte? Demokratie und Menschenrechte, Selbstbescheidung und Abbau aller Macht zugunsten von Selbstbestimmung in der Gemeinschaft von Menschen sind Weg und Ziel und Utopie.

Sachsen-SPD

Im Abwind

von Josef Didier*

Der Parteivorsitzende Dr. Michael Lersow habe eine ernüchternde Bilanz gezogen, berichtete die Regionalpresse vom Parteitag der sächsischen SPD. Es gebe zu wenig Aufbruchstimmung, oftmals herrsche mehr oder weniger Resignation an der Basis.

Von den zu Jahresbeginn noch beschworenen 5700 Mitgliedern des Landesverbandes war keine Rede mehr; man war bescheidener und begnügte sich diesmal mit 4500. Will man dies als Offenbarungseid interpretieren, dann war es zugleich auch ein Meineid.

Im Gegensatz zur Parteibasis muß es an der Parteispitze und im harten Kern der Fraktion (nahezu identisch) gar nicht so ruhig zugehen. Es muß dort harte Kämpfe um die Spitze der Hackordnung geben. Sie endeten mit einem vorläufigen Vergleich - Lersow einziger Kandidat für den Landesvorsitz - Fraktionsvorsitzender im Landtag Dr. Karl-

sen 50.000 oder noch mehr Sozis seien". Weiter, ließ er in der Presse verlauten, müsse der Mitgliederzuwachs vor allem aus ehemaligen CDU-Wählern kommen. Zuwachs aus dem Reservoir der SPD-Wähler waren ihm anscheinend suspekt; diese wählten ja eine Linkspartei bzw. halten die sächsische SPD dafür. Gleichzeitig wurde davon geraunt, wenn man dadurch die finanzielle Unabhängigkeit erreicht habe, solle man sich doch - ähnlich wie die CSU im Nachbarfreistaat - unabhängig von der Mutterpartei machen. Diese schade uns mit ihrer ganzen Richtung, programmatisch usw. Das Phänomen ist angesprochen. Die meisten unserer Wähler sehen in der SPD die alte Traditions- und Arbeiterbewegung, messen sie an der Bundes-

politik der SPD. Diesen Kredit übertragen sie auf die sächsische SPD, nicht ahnend, daß in ihr die ohnehin schwachen Linkskräfte zum Schweigen gebracht bzw. eliminiert wurden. Unseren Wählern ist z.B. weitgehend klar, daß hier die Gesetze der Marktwirtschaft blind zum Durchbruch kommen, daß die Gesetze der Kapitalverwertung durch keine Beschwörungsformel oder Stammtischstrategie zu bändigen sind. Solche Grunderkenntnisse scheinen sich bei unseren Parteioberen noch nicht herumgesprochen zu haben. Als Fortschritt kann man jedoch werten, daß die Phrasen von den blühenden sächsischen Landschaften, die vor zwei Jahren beim ersten Landesparteitag hoch im Kurs standen, ad Acta gelegt sind. Dafür blüht, wenn auch bescheidener, anderer Unsinn. Wer noch vor Jahresfrist die Talfahrt Sachsens, insbesondere der sächsischen SPD, in voller realistischer Härte benannte, riskierte als Nestbeschmutzer titulierte zu werden (woher haben sie das hier seit Jahrzehnten nicht

gebräuchliche Wort so schnell wieder?). Ohne den Sonderbeitrag der westdeutschen GenossInnen könnte Sachsens SPD nicht einmal die Portokasse füllen. Obwohl 1991 ein Defizit von 200.000 DM entstand (man vergleiche den Mitgliederstand), gibt man sich wohlgerne; für 1990 habe der unabhängige Prüfer das Testat "Alles paletti" gegeben. Wie sie das wohl fertiggebracht haben? Bei gemütllichem Bei-

sammensein mit dem Landesvorsitzenden wird unbekümmert-behaglich auf Parteikosten weitergeschmaust.

Wenn auch nicht finanzieller Art, so artikulieren sich dennoch gelegentlich Sorgen. Gab sich die sächsische SPD in Wende- und Postwendezeiten als Avantgarde der Marktwirtschaft und Stasiaufdeckung, so überwiegen jetzt die leiseren Töne. Relativieren ist angesagt. Man dürfe bei Beurteilungen nicht auf die Stasiproblematik verengen (Lersow). Larmoyanter ist die Antwort, die Kunckel auf seine Frage "Wer soll uns richten?" gibt. Er plädiert für Barmherzigkeit. In seinen Ausführungen ist unschwer das heimliche Problem der ganzen Doktorenriege im sächsischen Landtag erkennbar. Ihre mit stalinistischen Interpretationen barock verbrämten Dissertationen liegen - für jedermann einsehbar - in der Deutschen Bücherei zu Leipzig. Eine dieser Dissertationen verdient besondere Erwähnung. Sie stellt sich im Vorwort die Aufgabe der Entlarvung von Theorie und Praxis des Sozialdemokratismus als Werkzeug des Imperialismus. Der damit erworbene Dokortitel wurde in der Nachwendezzeit zum Startkapital für eine Parlamentskarriere im Landtag und zum weiteren Aufstieg in der Parteihierarchie ... nein, nicht der PDS sondern der SPD. Das Mitgliederspektrum der sächsischen SPD ist äußerst bunt. Links ist nichts erkennbar. Dafür geht es

aber nach rechts erheblich weiter als Godesberg erlaubte. Die Abgeordnetenarbeit in den Kommunen funktioniert allenthalben leidlich. Die Umbenennung der Straßen allerdings geriet nicht gerade zum Ruhmesblatt für die sozialdemokratischen Abgeordneten. Sie gebärdeten sich mancherorts puristischer als die CDU. Auch sind sie vielfach mehr als zögerlich mit der Zahlung des Sonderbeitrags von den Diäten.

Anders als in der Vorwendezzeit ist dagegen bei

Neue Strategie der SPD bei Eigentumsfragen

Erklärung Blessings auf Landesparteitag in Dresden - Weichen für Wahl 1994 gestellt

der PDS auf unterer Ebene strenge Askese verordnet. Sie leistet sich unterhalb des Landesvorstandes keine hauptamtlichen Kräfte mehr; und das obwohl sie noch etwa das zehnfache an Mitgliedern als die SPD hat. Von der SPD als Auslaufmodell betrachtet, besetzt sie unbemerkt die von uns verschmähten linken Politikfelder. So fördert sie jetzt mit solchem Erfolg die Jugendweihe, daß Kirchen und CDU aufgescheucht sind. Nur die Sachsen-SPD stellt sich tot. Da nützt auch nichts, daß Henning Voscherau das Geleitwort für das Jugendweihebüchlein geschrieben hat. Die sächsische SPD, das steht zu befürchten, wird möglicherweise gemeinsam mit Kirchen und CDU zumindest auf Distanz zur Jugendweihe gehen. Daß unsere Oberen auf die Kirchen "zugehen" ist nicht zu beanstanden; zu beanstanden ist allerdings, daß sie die Arbeiter (nur noch 23% der Parteimitglieder), die Jugendlichen (3,1% der Mitg.) und unsere überwiegend konfessionslose Bevölkerung links liegen lassen. Mit dieser Strategie verfolgen sie offenbar das Ziel, bei der CDU-Sachsen günstige atmosphärische Bedingungen für eine große Koalition in 94 zu schaffen. Denn so verstiegen scheinen sie nicht zu sein, auf absolute Mehrheiten zu setzen. Doch die Unwägbarkeiten der vergangenen Jahre werden sich auch in den folgen-

den Jahren mit Sicherheit fortsetzen. Nach Lage der Dinge haben wir, die SPD, Aussicht, so zu enden wie die zehn kleinen Mohren. Und wenn die PDS nicht zum Auslaufmodell wird, dann hat sie das zum größten Teil unserer Sachsen-SPD zu danken. Da diese keine wirksame Linke hat, kann sie auf Dauer keine linken Wähler anziehen, keine linksstehenden Mitglieder gewinnen. Denn gerade diese sind am ehesten bereit und bringen die Motivation zu ausdauernder ehrenamtlicher Mitarbeit in die Partei. Angesichts der geringen Mitgliederzahl wäre aber just für uns ehrenamtliche Tätigkeit weit mehr angebracht als für irgendeine andere Partei. Um es ganz hart zu sagen. Durch den Transfer des westdeutschen Sonderbeitrags wird vor allem die seit Jahrzehnten entwickelte Schnorrer-

mentalität der DDR-Bürger weiter kultiviert. Die gegenwärtige Tendenz der Mitgliederentwicklung wird auf keinen Fall damit gestoppt. Einige wenige Hauptamtliche im LV, unterstützt von geeigneten Politprofis aus dem Westen (aber bitte keine Nigge-meiers) müßten in der Lage sein, gestützt auf ehrenamtlich geleitete UBS, die SPD zur anerkannten linken Volkspartei und Alternative im Sinne unseres Grundsatzprogrammes zu machen. Doch dies wird zunächst Illusion bleiben ebenso wie K.-H. Blessings Erwartung Illusion bleibt, der Mitgliederdurchschnitt könne in Sachsen bis 1995 die Hälfte des westdeutschen erreichen. 1994 wird die CDU bei allen anstehenden Wahlen spürbare Einbußen hinnehmen müssen. Doch wohin ihre verlorenen Stimmen gehen ist mehr als fraglich. Schon kann Gysi sagen, an seiner PDS käme niemand vorbei. Und wenn Reps und DVU Parolen wie die vom Schaffenden und Raffenden Kapital oder von der Brechung der Zinsknechtschaft in

den Mottenkiste entdecken, dann wird mancher verschuldete Existenzgründer oder auch privat Verschuldeter aufmerksam lauschen. Dennoch besteht kein Zweifel, daß die SPD bei den nächsten Wahlen spürbare Gewinne erzielt. Weil der Landtag von 160 auf 120 Sitze abgespeckt, könnten die derzeitigen MdL der SPD - anders als die MdL der Mehrheitspartei - gelassen in die Zukunft blicken. Für zusätzliche Mandate finden sich problemlos "Verantwortungsträger" - kaum jemand in der sächsischen SPD der sich nicht berufen und kompetent fühlte. Anders in den Kommunalvertretungen. Mangels Masse müssen wir dort parteilose Kandidaten für SPD-Mandate gewinnen. Gelingt es dann einen halbwegs geeigneten Bürger zu überreden, dann kommt die nächste Hürde ganz bestimmt, die inquisitorische Überprüfung durch die Alt- bzw. Restmitglieder die eifersüchtig über die Einheit und Reinheit der Partei wachen, aus welchen Gründen auch immer. Bei etwas Selbstachtung geht der also inquirierte dann wieder davon. Hinzu kommt das Stasiaktengesetz. Zunächst besonders eifrig von der SPD gefordert, überwiegen jetzt - wie schon gesagt - die leiseren Töne. Besonders seit dem Fall Stolpe fürchtet man die Gauckbehörde fast wie ein comité de Salut public; doch kann man sich Herrn Gaucks heute nicht so radikal entledigen wie weiland Robespierres und Saint-Justs. Daß die MdL der SPD gelassen in die Zukunft blicken könnten, steht deshalb absichtsvoll im Konjunktiv. Bisher mußte nur ein MdL der sächsischen SPD sein Mandat wegen Stasitätigkeit niederlegen; der Druck kam von der Behörde, in der Fraktion war es - zumindest im harten Kern - schon vorher bekannt. Was aber nun, da Hinz und Kunz Einblick in ihre Stasiakte gewährt wird?

Man mag zur Gauckbehörde und ihrer Arbeitsweise stehen wie man will. Sicher ist auf alle Fälle, daß sie notwendig war und bleibt. Von ihr werden jedenfalls in den kommenden Jahren erhebliche Turbulenzen ausgehen, die noch einige personelle Veränderungen in der politischen Landschaft von NFL verursachen. Davon wird auch der Personalbestand der sächsischen SPD kaum verschont bleiben.

„Die Herausforderung ist Sachsen“
Karl-Heinz Kunckel will die sächsische SPD zum Sieg im Landtagswahlkampf 1994 führen - Basisarbeit ist angesagt

* Josef Didier, Vorsitzender der SPD-Fraktion in Schwarzenberg (Sachsen)

Parteireform in D ü r e n

Vorbemerkung

Demokratie in der Bundesrepublik ist heute längst nicht mehr nur Parteiendemokratie. Parteien als traditionelle Willensbildungsinstanzen stehen seit Jahren in zunehmender Konkurrenz zu alternativen Formen politischer Einflußnahme, die den gewandelten Beteiligungsansprüchen der Bürger offensichtlich eher gerecht werden, als die herkömmlichen Strukturen politischer Parteien.

Der Mitgliederschwund, auch der SPD, sowie die Überalterung sind alarmierende Anzeichen für die Organisationsdistanz insbesondere der Jugend.

Eine angemessene Reaktion auf diese Entwicklung ist damit, zumindest langfristig, eine Überlebensfrage jeder politischen Großorganisation.

„Modernisierung“ heißt das Zauberwort, mit dem diese Reformstrategie in den Gewerkschaften und der SPD beschrieben wird. Gemeint ist ein Prozeß, der den zunehmenden Geltungs- und Legitimationsverlust der Parteien überwindet und die Lebenswelt mit der Organisationswelt wieder verbindet. Die notwendigen Maßnahmen sind dabei nicht bloß kosmetischer Natur. Das mit dem Begriff „Öffnung der Partei“ beschriebene Konzept wird die Struktur unserer Partei grundlegend verändern - zukunftsgerichtet verändern. Gegenwärtige Probleme der Beteiligung lassen sich eben nicht mit vorgestrichen Strukturen lösen.

Die festzustellende Parteimüdigkeit ist kein Indiz für eine allgemeine Politikmüdigkeit. Die grundsätzliche Bereitschaft zu politischer Beteiligung ist in der Bevölkerung und in der Partei nach wie vor vorhanden. Wo der selbstbewußte Bürger - ob Parteimitglied oder nicht - unmittelbar an Politik teilnehmen und teilhaben will, darf dieses Begehren aber nicht strukturell behindert werden. Wir müssen im Gegenteil bemüht sein, der vielfältigen Kompetenz innerhalb

und außerhalb unserer Partei angemessene Foren zu schaffen. Wir in Düren haben erste Schritte in diese Richtung unternommen.

Reforminitiativen der Dürener SPD

Auf ihrer Stadtdelegiertenkonferenz hat die SPD in der Stadt Düren am 28. Oktober des vergangenen Jahres einstimmig ein „Konzept für eine weiterhin zukunftsorientierte SPD in der Stadt Düren“ beschlossen. Ziel dieses Konzeptes ist es, Ideen und Initiativen in allen Bereichen und auf allen Ebenen der Partei zu fördern und produktiv zu bündeln, um unsere Position als führende politische Kraft in Düren zu behaupten bzw. auszubauen.

Ausgangspunkt unserer Überlegungen war die Einsicht, daß erfolgreiche Politik eine verstärkte Einbindung der sogenannten Parteibasis und der Bürgerschaft bei wichtigen Entscheidungen und deren Umsetzung erfordert. Dabei erscheint es uns wichtig, daß die Erarbeitung von politischen Inhalten und Perspektiven sowie einer fundierten Strategie zu deren Umsetzung durch eine aufeinander abgestimmte Zusammenarbeit aller am politischen Prozeß Beteiligten geschieht. Darüber hinaus wollen wir Arbeit und Verantwortung auf mehr Personen als bisher verteilen. Der Öffnung unserer Partei nach außen messen wir dabei sowohl im Hinblick auf die Nutzbarmachung außerparteilicher Sachkompetenz als auch der Legitimation unserer Politik entscheidende Bedeutung zu.

Um diese Ziele umzusetzen, haben wir zu wichtigen politischen Arbeitsfeldern vier ortsbereichsübergreifende Projektgruppen eingerichtet, die organisatorisch jeweils von einem der vier Dürener Ortsvereine betreut werden. Diese Projektgruppen sprengen den Rahmen der bisherigen Parteistrukturen. Ausschlaggebend ist nicht die (zufällige) Zugehörigkeit zu einer örtlichen Parteigliederung (Distrikt oder Ortsverein) oder Arbeitsgemeinschaft, sondern das Interesse für einen bestimmten kommunalpolitischen Bereich.

Die Projektgruppe 1 beschäftigt sich mit dem Bereich „Finanzen, Wirtschaftsförderung, Städtische Einrichtungen“. Die übrigen Projektgruppen befassen sich mit verschiedenen Aspekten der Stadtentwicklung. Für die Projektgruppe 2 sind dies Schule, Kultur und Jugend; für die dritte Gruppe sind es die Bereiche Sozia-

les, Seniorenpolitik, Wohnungswesen und Sport. Die Projektgruppe 4 arbeitet in den Bereichen Bau, Verkehr, Umwelt und Planung.

Projektorientiertes Arbeiten heißt für uns, daß sich jede Gruppe Themenschwerpunkte setzt, zu denen sie Inhalte und Umsetzungsstrategien erarbeitet, die öffentlich zur Diskussion gestellt werden. Dies beinhaltet eigenständige Pressearbeit und öffentliche Veranstaltungen. Die Mitarbeit von sachkompetenten Nicht-Mitgliedern ist nicht nur möglich, sondern erwünscht.

Wir erwarten von dieser Arbeitsform neben der Erarbeitung langfristiger politischer Perspektiven kontinuierliche Anregungen für die Ratsarbeit sowie eine öffentliche Diskussion unserer politischen Arbeit. Alle wichtigen gesamtstädtischen Entscheidungen in zentralen Politikfeldern sollen in den Projektgruppen vorbereitet werden. Daher leitet die Stadtratsfraktion wichtige Anträge und Vorlagen an die Projektgruppen weiter, damit diese dort ausführlich diskutiert werden können. Vorschläge und Anträge der Projektgruppen werden in der Stadtdelegiertenkonferenz diskutiert und beschlossen. Diese Beschlüsse sind Arbeitsaufträge für die Fraktion. Eine ebenfalls im Rahmen des o.g. Konzepts eingerichtete Strategiekommision „Kommunalwahl 1994“ soll die erarbeiteten Ideen, Anregungen und Perspektiven zu konkreten Vorschlägen für eine Gesamtstrategie verarbeiten, auf der das Kommunalwahlprogramm 94 aufbaut. Die abschließende Beschlussfassung über die Inhalte eines solchen Programms ist der Stadtdelegiertenkonferenz vorbehalten.

Ausblick

Der kurze Zeitraum, der seit der Einrichtung der Projektgruppen vergangen ist, erlaubt selbstverständlich keine abschließende Beurteilung unserer Aktivitäten. Schon jetzt ist allerdings festzustellen, daß unsere Erneuerungsbemühungen innerhalb und außerhalb der Partei durchweg auf positive Resonanz gestoßen sind. Die Projektgruppen haben ihre Arbeit aufgenommen. Bisher inaktive Mitglieder konnten ebenso mobilisiert werden wie Nicht-Mitglieder.

Über die beschriebenen städtischen Aktivitäten hinaus haben wir in 1991 im Unterbezirk Düren einen Arbeitskreis „Parteireform“ gebildet, der, unter Beteili-

gung aller Ortsvereine des Kreises, eine kritische Bestandsaufnahme der bisherigen Arbeit vornimmt, und mit neuen Ideen Formen des zielgruppen- und themenorientierten Arbeitens auch auf UB-Ebene entwickeln soll.

Ich habe in der zum Teil auch innerparteilich kontroversen Auseinandersetzung um das Abfallwirtschaftskonzept des Kreises Düren, bei dem von mir initiierten Runden Tisch „Müll“, die Erfahrung machen können, daß eine möglichst breit angelegte

Radikalisierung und politische Diffusität

Juso-Bundeskongreß '92

von Reinhold Rünker, Jadranka Thiel,
Claudia Walther

Vom 22. bis 24. Mai fand der diesjährige Bundeskongreß der Jusos in Wolfenbüttel statt. Man hatte sich viel vorgenommen an politischer Debatte; das Schwerpunktthema war Europa.

Wie schon 1991 äußerte sich auch auf diesem Kongreß die kritische Situation des Juso-Verbandes darin, daß nur sehr wenige Beschlüsse gefaßt wurden. Auch die Tendenz zum Zerfall der großen Strömungen hat sich weiter fortgesetzt. Dies betrifft hauptsächlich die SP-Fraktion, aber auch die Juso-Linke. Es gibt eine verschärfte Entpolitisierung (wenig Beschlüsse, endlose GO-Debatten und formalisierte Quotierungsdebatten), die allerdings einhergeht mit einer Radikalisierung (versteckte Austrittsdrohung bei Zustimmung der SPD zur Änderung des Art. 16 GG). Generell ist diese Tendenz Spiegel der Perspektiv- und Orientierungslosigkeit der Linken insgesamt.

Keine Beschlüsse zu den FNL

Ausdruck der unverändert vorhandenen Spaltung des Verbandes in Ost und West ist die Tatsache, daß kein einziger Antrag mit deutlicher Relevanz für die neuen Bundesländer verabschiedet wurde. Sowohl der Antrag zur Industrie- und Strukturpolitik als auch die zwei Jugendanträge (die als einzige auch die Situation in den FNL berücksichtigten) sind anderen Debatten - GO-Debatten und unnötigen Verzögerungen - zum Opfer gefallen. Letztes Opfer dieser Kongreßkultur war die Richtliniendebatte. Trotz eindeutigem Hand-

Diskussion und Beteiligung, auch von Bürgerinitiativen, die beste Voraussetzung für die Verankerung unserer Politik in der Bevölkerung ist.

Wer etwas bewegen will, muß wissen, was die Menschen bewegt. Das erfordert gleichberechtigten Dialog; und schafft, was wir zur Mehrheitsfähigkeit brauchen - Vertrauen.

Josef Vosen, MdB, Düren

lungsdruck in diesem Bereich wurde nicht nur nichts beschlossen: Es wurde noch nicht einmal beraten. Insgesamt beteiligten sich auffallend wenig Ossi an den Debatten: Deutliches Zeichen dafür, daß sie nichts mit diesem Kongreß und den gesetzten Schwerpunkten anfangen konnten.

Asyl statt Europa

Apropos Europa: Auch hier wurde der Leitartikel der Europakommission nicht verabschiedet. Verabschiedet wurde aber immerhin ein Antrag zu Frauen in Europa. Die mangelnde Beteiligung an dieser Debatte, im Gegensatz zu der interessanten und engagiert geführten Asyldebatte, bestätigte die Kritik der Juso-Linken und anderer Jusos an dieser Schwerpunktsetzung.

Es hat also Beschlüsse zu Asylrecht, Frauen und Drogen sowie Resolutionen gegen die große Koalition in Baden-Württemberg und zum § 218 StGB gegeben. Als einziges Highlight dieses Kongresses ist das Referat von Wolfgang Thierse zur Parteireform zu bezeichnen, da es nur dort so etwas wie eine gemeinsame Verbandsidentität gegeben hat.

Die beiden Kandidatinnen für die Nachwahlen sind jeweils erst im zweiten Wahlgang gewählt worden, damit sind Carola Parniske-Kunz Bundesgeschäftsführerin und Jadranka Thiel (UB Wesel, Juso-Linke) für den Bereich Jugendpolitik im Bundesvorstand.

Fazit

Für die Zukunft stellt sich die Situation so dar, daß es keine eindeutigen Dominanzen mehr gibt. An einzelnen Fragen werden sich wechselnde Mehrheiten organisieren. Für die Juso-Linke stellt sich damit für 1993 die Aufgabe, nach Möglichkeiten für eine „Koalition der Vernunft“ auf der Basis konkreter gemeinsamer Verbandsprojekte zu suchen.



BAYER Macht Kasse
BERICHTE ÜBER
DIE GESCHÄFTE DES
BAYER-KONZERNS
Cooperation gegen BAYER-Gefahren (Fig.)

BAYER Macht Kasse liefert
unentbehrliche Informationen für GewerkschafterInnen,
ÄrztInnen, Tierversuchge-
nerInnen, Dritte-Welt-Engagierte,
UmweltschützerInnen, BAYER-
Beschäftigte und -AnwohnerInnen,
PolitikerInnen, Betriebsräte,
AktionärInnen...

Coupon ausfüllen und senden an:
Cooperation gegen BAYER-Gefahren
Hofstraße 27 a, 5650 Solingen 11, oder
wenn es eilt, telefonisch bestellen
(02 12) 33 49 54.

Coupon

1 Exemplar(e) BAYER Macht Kasse für 24,80 DM

5 Expl. für nur 110,- DM (14,- DM gespart)

10 Expl. für nur 210,- DM (38,- DM gespart)

20 Expl. für nur 400,- DM (96,- DM gespart)

Stichwort BAYER (kritische Infos zum BAYER-Multis), kostenlos

zzgl. 5,- DM für Porto und Verpackung

Name, Vorname _____

Strasse, Tel.-Nr _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Ich/wir besitzen _____
BAYER-Aktien und haben Interesse die
Stimmrechte den "Kritischen BAYER-
Aktionären" zu übertragen.

Lieferung nur gegen Vorkasse. Bitte Scheck
befügen. Alle Preise enthalten 7% MwSt.

Wie die Toten leben!

von Ulf Trombach*

Where everything is bad,
it must be good to know the worst.

F. H. Bradley, 1846-1924

Fünf Oscars für das "Schweigen der Lämmer"! Beifall für einen Massenmörder. "Basic Instinct, Cape of Fear", alles Filme, die mit Sex und Gewalt operieren und die Gemüter erhitzen (die Bild-Zeitung ließ sich sogar zu der Schlagzeile hinreißen, "Basic Instinct" als "Schweinischsten Film aller Zeiten" zu titulieren).

Ein neuer Trend im Kino überrollt uns. Neu?

Oder gibt dieser "neue" Trend mehr her, als die Annahme, daß die herkömmlichen Thrills ausgereizt sind, daß das Massenpublikum nur mit immer neuem Spektakel angezogen werden kann, daß immer zugespitztere Varianten von Sex und Gewalt die Massenkultur der 90er Jahre ausmachen? Oder haben auch diese Darstellungen von Gewalt einen "tieferen Sinn", den zu diskutieren sich lohnt?

In jedem Fall, egal wie man sich nun diesem am "Schweigen der Lämmer" festzuhaltendem "neuen" Trend zur realistischen Darstellung von Gewalt gegenüber verhält, lohnt es sich in den Sumpf des angeblich Trivialen wie des Krimis oder heute zutreffender des "Exploitation bzw. Hardboiled"-Krimi-Genres hineinzutreten. Wenn man dabei ein wenig schmutzig wieder heraus kommen würde und angestammte Vorurteile über Bord werfen müßte, umso besser.

Um sich in den Sumpf zu begeben und vielleicht ein wenig Klarheit über diesen neuen Trend zu gewinnen, erscheint es nötig, vom Sensationellen, das einen Film ausmacht, wegzukommen und sich den Wurzeln des "Bösen" über die Literatur zu nähern. (Dies enthebt einen auch von der Aufgabe, die gesamte Faszination von bewegten Bildern zu analysieren)

Bei einer solchen Annäherung ist der Schlenker zur berühmten "Schwarzen Serie" in meinen Augen unausweichlich, da sich alle jüngeren Autoren, sei es nun Thomas Harris ("Schweigen der Lämmer"), James Ellroy ("Die schwarze Dahlie") oder als britisches Pendant Derrek Raymond ("Wie die Toten leben") in dieser Tradition befinden und sie unter heutigen Bedingungen wiederbeleben.

Also kurz zur "Schwarzen Serie": Nehmen wir die bekanntesten Vertreter Dashiell Hammett und Raymond Chandler (auch gerade wegen der berühmten Verfilmungen noch in aller Munde), dann ist festzuhalten, daß mit ihnen die Gesellschaft in den Kriminalroman Einzug hält. Statt in feinen aristokratischen Salons, wie bei den britischen Krimischriftstellern (Agatha Christie, Ruth Rendell u.a.) finden die Morde nun im Dreck amerikanischer Großstädte statt. Dies ist der Ausgangspunkt für die Revolutionierung des Genres. Dadurch wird der Krimi von einer Rätselgeschichte zum realistischen Roman, wo der Mord von einer Ausnahmeerscheinung zum "legitimen" Mittel wird, um an Geld zu kommen. Die heile Welt hört auf zu existieren. Stattdessen wird die Mord-Geschichte zur Beschreibung einer Welt genutzt "in der Gangster ganze Nationen regieren können und Städte sogar manchmal regieren" (Chandler). Unter dem Eindruck von Weltwirtschaftskrise und aufblühendem organisierten Verbrechen während der Prohibitionszeit in den USA, werden in knapper, harter Sprache männliche Privatdetektive als einsame, harte und ehrliche Helden geschildert, die immer wieder in den Sog von Macht, Gier und Korruption gezogen werden. "Es riecht nicht angenehm in dieser Welt, aber es ist die Welt in der sie leben." (Chandler) Sie können zwar die Welt nicht verändern, aber sie haben noch genug Moral, um dagegen zu halten.

In den Romanen der heutigen Autoren riecht es endgültig nach Scheiße und das verbindet sie, im Unterschied zu manchem linken Mode-Krimi, mit der "Schwarzen Serie". Wahrgenommen werden sie trotzdem meist nur als Bahnhofskiosk-Schund, vielleicht weil ihnen das offensichtlich Moralische von Chandler fehlt und sich die Frage nach dem Aufklärerischen wesentlich stärker stellt. Nur gibt es mehr als die Frage nach

Moral, die aufklärerischen Charakter haben kann.

Bei den Neuen im Sektor des harten, realistischen Kriminalromans fehlt in der Tat die Ehre und Moral eines Sam Spade oder Philipp Marlowe. Die Werte haben sich eben verschoben. Statt einsamer Privatdetektiv sind die Helden und Heldinnen von Ellroy oder Harris zumeist Polizisten, die isoliert in einer Welt von Machtgeilheit, Ignoranz, Zynismus und Korruption irgendwie überleben wollen. Der amerikanische Traum wird bei ihnen zu einem Alptraum. Die Menschen werden von Verbrechern in Schach gehalten. Anschaulich werden die psychischen Deformationen von Menschen, vor allem in den amerikanischen Metropolen geschildert. Es wird eine Zeit beschrieben, in der nicht mehr klar ist, was gut ist und was böse, eine Zeit in der in scheinbar "normalen", "netten" Kerlen eine Bestie schlummert, die losgelassen zu jeder Grausamkeit und Perversion fähig ist. In dieser Situation sind dann auch die vermeintlich Guten, die "Ordnungshüter" zumeist halbe Psychopathen, denen jedes Mittel recht ist, die wahnsinnigen Mörder zur Strecke zu bringen. Das Verbrechen ist so normal geworden, daß die Polizisten und Polizistinnen in diesen Romanen, auf sich selbst gestellt, alleine die Entscheidung über Gut und Böse treffen müssen. Ohne Moral sind sie dennoch nicht. Sie scheinen zu leiden, mit den Opfern, mit sich selbst, ja sogar mit den Tätern. Sie leiden an dieser Welt, in der sie immer auf sich selbst zurückgeworfen werden.

Im "Hardboiled-Genre" Großbritanniens ist im Gegensatz zu den Amerikanern noch eine stärkere politische Variante zu bemerken. Zwar wird auch bei Derrek Raymond der "namenlose Sergeant" (die Hauptfigur seiner Romane) als isoliertes Individuum dargestellt, aber dieser reflektiert differenzierter den Zerfall, den er in den Randbereichen Londons wahrnimmt und trauert um den Blutzoll, den der britische Kapitalismus zu zahlen bereit ist ("Kein Mordfall ist schwieriger zu lösen, als der, wo ein Mensch vor einer Haustür erfroren ist." Raymond). Aber auch bei Raymond spitzt sich von Roman zu Roman die Gewalt und der Irrsinn immer mehr zu. Immer stärker wird das Individuum auf sich selbst zurückgeworfen und immer weniger Hilfe hat es zu erwarten.

Gemeinsam ist diesen Autoren ein instinktives oder bewußtes Wahrnehmen der Zerfallerscheinungen in den westlichen Metropolen. Nun kann man einwen-

den, daß es nur um die Befriedigung voyeuristischer Bedürfnisse der Menschen geht und eine Zuspitzung von Gewalt an sich noch keinen aufklärerischen Charakter hat. An diesem Punkt wäre man aber bei der Frage der Aufklärung in der Literatur insgesamt angelangt. Und dabei stellt sich die Frage, wo in den vergangenen zehn oder fünfzehn Jahren denn die etablierte Literatur in den kapitalistischen Metropolen eine Antwort auf gesellschaftliche Erscheinungen gegeben hat oder geben konnte. Mir scheint, daß die mit hohem moralischem Anspruch verfaßten Werke des etablierten Literaturbetriebs, gerade aus diesem Grund auch keine Antworten mehr haben, geschweige denn wenigstens treffende Wiedergaben gesellschaftlicher Realität. Antworten haben die Autoren dieses neuen "Hardboiled-Genres" sicherlich auch nicht. Ihnen aber aufklärerischen Charakter abzusprechen, erscheint mir falsch. In einigen Artikeln von Gunter Blank in der Konkret werden diese Kriminalromane in eine Reihe mit Kafka oder Poe gestellt, was in meinen Augen zutreffend ist, da, wie auch die "Schwarze Serie", diese Schriftsteller mit der Verarbeitung von gesellschaftlichen Umbruchsituationen versuchen fertig zu werden. Sie stellen dabei sicherlich so etwas dar, wie die "dunkle Seite" der Literatur. Insofern ist auch der heutige "Hardboiled-Krimi" auf dem Weg zur anerkannten Literaturform.

Durch die pointierten, eher überrealistischen Darstellungen von Gewalttaten werden nämlich analog zu Poe oder Kafka die Schattenseiten der "zivilen" Gesellschaft beleuchtet. Dabei geht es nicht um die Beschreibung eines realen Prozesses, sondern um eine Kritik am Bestehenden, die meint, über das Tabubrechen und das Schreiben über Dinge, die in der Öffentlichkeit allenfalls als kurze, negative Sensationsberichte aufgenommen werden, den extremen Verfall von Werten und Normen zu kennzeichnen. Durch die Wahl der Personen und dieser zugegebenermaßen düsteren Weltsicht wird deutlich gemacht, was die Freiheit des Individuums in der bürgerlichen Gesellschaft (nämlich als einzelnes, aus allen ideologischen Zwängen befreites Vertragssubjekt, das als Produzent und Konsument nur noch dem Kapitalverhältnis unterworfen ist) zu Ende gedacht bedeutet.

Bei dem Kampf jeder gegen jeden, der gerade in den USA auch an den Riots in den Ghettos von LA und anderswo nochmals offenbar geworden ist, knüpfen

auch diese Krimiautoren an und machen klar, daß die Regulierungsform solcherart individualisierter und segmentierter Gesellschaften die Gewalt ist.

Dies sollte in der Lesart aufgeklärter Menschen, die an Gesellschaftskritik und -veränderung interessiert sind, auch so verstanden werden. Auch wenn die Beschreibung von Gewalt immer auch mit persönlicher Faszination am scheinbar Außergewöhnlichem zu tun hat und vielleicht die Autoren solcher Romane nicht unbedingt schreiben, um ihre Pflicht als Gesellschaftschonisten zu erfüllen, erscheinen mir die Worte von James Ellroy richtig, der zu seinen Romanen befragt antwortet: "Meine Romane sollten Zeiten widerspiegeln, in denen man lebt. Sie sollten die Zeiten nicht verklären, ganz gleich wie gut oder wie schlimm sie sind." Wenn die Wahrnehmung dieser Seite der Realität es nötig macht "... dem Leser mit dem Vorschlaghammer einen in die Fresse zu hauen" (Ellroy) halte ich dies für nicht nur legitim, sondern sogar für sinnvoll und aufklärerisch, da man wissen sollte, worin eigentlich der Sinn einer tiefgreifenden Gesellschaftsveränderung liegen sollte: nämlich in der Verhinderung der Barbarei.

So gesehen ist auch die Analyse von Sex & Crime ein durchaus ein notwendiger Beitrag zur Diskussion um die Zivilgesellschaft.

Lesetips: Von James Ellroy: "Blut auf dem Mond"; "In der Tiefe der Nacht"; "Die schwarze Dahlie", u.a. ebenso lezenswerte (alle bei Ullstein als Taschenbuch) Thomas Harris: "Das Schweigen der Lämmer"; "Der rote Drache" (Heyne-Taschenbücher; Vom Dritten zur Zeit angepriesenen Band von Harris ist eher abzuraten); Derrek Raymond: "Wie die Toten leben"; "Der Teufel hat Heimaturlaub" (falls noch nicht verramscht bei Bastei-Lübbe) und ebenfalls von Derrek Raymond: "Ich war Dora Suarez" (Black Lizzard Verlag, dessen Gesamtreihe ich jedem an solcherart Literatur interessierten in Gänze empfehlen kann)

Sozialismus lebt



Die marxistische Monatszeitschrift *Sozialismus* liefert Informationen und Hintergrundmaterial zu folgenden Bereichen:

⇒ *Diskussionen im Forum Gewerkschaften* (es schreiben: Detlef Hensche, Lorenz Schwegler, Frank Deppe, Heinz Bierbaum, Otto König, Theo Steegmann, Sybille Stamm)

⇒ *ökonomische Analysen national und international* (es schreiben: Joachim Bischoff, Jörg Huffs Schmidt, Rudolf Hickel, Karl-Georg Zinn)

⇒ *aktuellen politischen Diskussionen der Linken* (es schreiben: André Brie, Eric Hobsbawm, Sabine Kebir, Peter von Oertzen, Wolfgang Thierse)

Einzelheft: DM 7,50

Jahresabo: DM 75,- (incl. Porto)

Bestellcoupon:

Hiermit bestelle ich ein kostenloses Probeheft

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Zu schicken an:
VSA-Verlag
Postfach 50 15 71
W-2000 Hamburg 50

Die Wählerschaft in Westdeutschland

von Peter von Oertzen*

Vorbemerkung: Dieser Aufsatz ist die um einige Übertragungsfehler bereinigte, überarbeitete und erheblich erweiterte Fassung eines Textes, der in der *Maiausgabe der Zeitschrift "Kantstein"* (Hg. Landesverband Hamburg der Grünen) erschienen ist. Er stützt sich auf Forschungen, die seit 1987 am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover durchgeführt werden. Ich beziehe mich in meinen Ausführungen in erster Linie auf

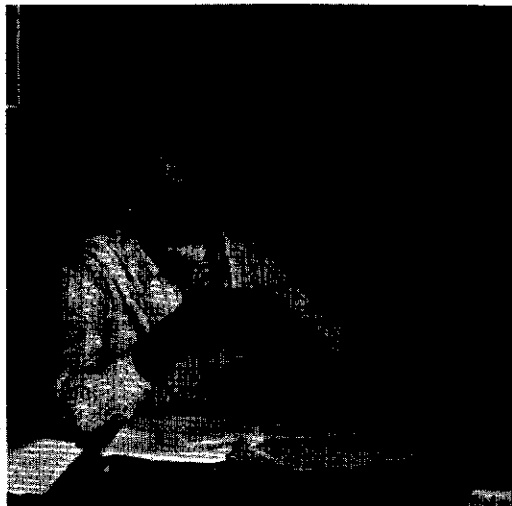


Foto: F. Saß

eine Repräsentativbefragung, an deren Auswertung vor allem die Projektmitglieder Prof. Michael Vester, Dr. Heiko Geiling, Dipl. Soz. Wiss. Thomas Hermann und Dipl. Soz. Wiss. Dagmar Müller sowie ich selbst beteiligt sind. Die Verantwortung für Form und Inhalt des hier vorgelegten Textes trage ich jedoch allein.

Allgemeines zur Untersuchung

Die erwähnte Repräsentativbefragung ist das Schlußstück eines Projekts, das sich umfassend mit dem Wandel der Sozialstruktur und der Entstehung neuer gesellschaftlich-politischer Milieus in der BRD beschäftigt. (Da die Arbeiten lange vor der

deutschen Vereinigung begonnen hatten, beziehen sich die Ergebnisse dementsprechend auch nur auf die alten Bundesländer einschließlich West-Berlin.) Die Befragung wurde im Juni/Juli 1991 bei einer repräsentativen Stichprobe von rund 2.700 Personen aus den alten Bundesländern durch das Marplan Institut Offenbach durchgeführt. An der Planung war neben unserer Projektgruppe Ulrich Becker (vormals SINUS-Institut Heidelberg) maßgeblich beteiligt. Ziel der Befragung war es, Annahmen und Vermutungen über das politisch-soziale Verhalten der Deutschen (insbesondere) aus dem Umfeld der sog. "Neuen Sozialen Bewegungen", die wir aus vorangegangenen qualitativen Untersuchungen entwickelt hatten, inhaltlich zu überprüfen und insbesondere die ungefähre zahlenmäßige Verteilung unterschiedlicher Verhaltenstypen in der (west-)deutschen Gesellschaft zu ermitteln. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir einen Fragebogen entwickelt, der gegenüber vielen üblichen "Meinungsumfragen" neue Elemente enthält. Wir fragten z.B. außer nach Schul- und Berufsbildung sehr detailliert auch nach Art des Arbeitsverhältnisses bzw. der Nicht-Berufsarbeit, nach der Stellung im Beruf, dem Berufsfeld und der Tätigkeitsart der Befragten, sowie außerdem nach ihrer sozialen Herkunft. Außerdem erfragten wir Lebensziel und Lebensstil (sog. SINUS-Milieus), politische Grundeinstellungen und Einstellungen zum allgemeinen sozialen Verhalten. Jedoch liegen die Resultate unserer Untersuchung noch längst nicht abgeschlossen vor; dieser Text enthält daher auch nur vorläufige Ergebnisse.

A. Typen gesellschaftlich-politischer Einstellungen

Um die Einstellungen der Befragten zu den erwähnten drei Bereichen des gesellschaftlichen Lebens (Lebensziele/Lebensstile; Politik; geselliges Verhalten) zu ermitteln, haben wir ihnen drei Batterien von jeweils etwa 40 Statements vorgelegt, zu denen sie auf einer Viererskala Ablehnung oder Zustimmung bekunden sollten. Obwohl hierbei Einstellungen und keine tatsächlichen Verhaltensweisen erfragt werden, spiegelt die Reaktion auf

solche Statementbatterien die wirklichen, d.h. die im sozialen Leben wirksamen Grundeinstellungen der Befragten im großen und ganzen relativ realitätstreu wider. Mit verschiedenen sog. "multivariaten" Verfahren der statistischen Analyse läßt sich aus der schier unübersehbaren Vielfalt der Antwortvarianten eine jeweils begrenzte Anzahl von Typen ähnlichen Antwortverhaltens bilden. (Die methodischen Feinheiten und vor allem Probleme dieses Verfahrens müssen hier beiseite bleiben.)

Wir verwenden drei verschiedene Typologien:

A. Die sogenannten SINUS-Milieus
Das SINUS-Institut in Heidelberg hat seit mehr als zehn Jahren ein standardisiertes Verfahren entwickelt, in dem die Befragten großen Gruppen mit jeweils typischen Lebenszielen und Lebensstilen zugeordnet werden - den sog. SINUS-Milieus. Diese Milieus werden nicht nur durch vergleichbare Lebensziele/Lebensstile charakterisiert, sondern zeigen auch charakteristische eigene soziale und politische Profile.

SINUS unterschied in der (west-)deutschen Gesellschaft bisher acht Milieus.

1. das gehoben-konservative Milieu (KON)
2. das kleinbürgerliche Milieu (KLB)
3. das traditionelle Arbeitermilieu (TRA)
4. das traditionslose Arbeitermilieu (TLO)
5. das technokratisch-liberale Milieu (TEC)
6. das Aufsteigermilieu (AUF)
7. das alternative Milieu (ALT)
8. das hedonistische Milieu (HED) sowie - in einer Sinus-Untersuchung vom Herbst 1991 zum ersten Mal identifiziert und quantifiziert -
9. das neue Arbeitermilieu (NEA).

Eine ausführliche Charakterisierung der SINUS-Milieus ist aus Platzgründen hier leider nicht möglich. Die von SINUS gewählten Bezeichnungen geben jedoch einen ersten Hinweis. Ich füge einige wenige weitere hinzu:

- Alter. Überdurchschnittlich alt sind KLB, KON und TRA; etwas jünger als der Durchschnitt TLO; erheblich jünger TEC, AUF und ALT; extrem jung

(71% unter 40) HED sowie NEA (Altersschwerpunkt unter 25)

- Entwicklungstendenz und Größenordnung. Die Altersstruktur bringt auch die Entwicklungstendenz der Milieus zum Ausdruck; zwischen 1982 und 1991 verschoben sich die Prozentanteile an der Gesamtbevölkerung:

	KON	KLB	TRA	TLO	TEC	AUF	ALT	HED	NEA
1982	8,7	28,3	9,8	9,2	9,1	20,3	4,0	10,4	-
I 1991	7,2	24,0	5,6	12,3	9,2	26,5	2,1	13,0	-
II 1991	8	22	5	12	9	24	2	13	5

D.h. alle traditionalistischen Milieus schrumpfen; aber auch das Milieu der stark ideologisch geprägten politisch hochinteressierten (Links-)Alternativen. Die jüngeren und "modernerer" Milieus - mit Ausnahme von TEC - wachsen an.

- Sozialer Status. KON, TEC und ALT sind ausgeprägte Mittelschicht- bzw. Oberschicht-Milieus, wobei ALT den höchsten Bildungsstand und TEC die höchsten Einkommen hat. AUF und HED (das man gewissermaßen als das entschiedene Nicht-Aufsteiger-Milieu ansehen könnte) sowie NEA rangieren von Mitte-unten bis Mitte-oben, KLB, TLO und TRA überwiegend unten, wobei TRA nach Einkommen und Bildung das Schlußlicht bildet (ältere Generationen und viele Rentnerhaushalte)
- Politische Präferenzen. Die Grünen haben ihre größten Sympathie-Anteile bei HED und ALT (23,5 und 21,4%), überdurchschnittliche bei TEC (12,0) und TLO (! 10,6), durchschnittliche bei AUF; in den traditionalistischen Milieus haben sie nur minimale Anteile. Die drei Traditionsparteien SPD, FDP, CDU/CSU sind mit ihren Sympathieanteilen gleichmäßiger in den Milieus vertreten: Die SPD überdurchschnittlich bei den beiden Arbeitermilieus, unterdurchschnittlich bei KON; die FDP überdurchschnittlich bei TEC und unterdurchschnittlich bei KLB und TLO; die CDU/CSU überdurchschnittlich bei KON, KLB und - weniger deutlich - AUF, unterdurchschnittlich bei HED (extrem schwach), TEC (!), TLO, ALT und TRA. Auffällig ist dabei die steil ansteigende CDU/CSU-Sympathie im schrumpfenden ALT-Milieu. Ein Sonderproblem bildet das von SINUS erst kürzlich identifizierte Neue Arbeitermilieu (NEA), das in unserer Befragung noch nicht berücksichtigt werden konnte. Es umfaßt

etwa 5% der Bevölkerung und setzt sich überwiegend aus jüngeren Angehörigen von (bisher) AUF und KLB zusammen. Seine Angehörigen verbinden kritisches Bewußtsein, Autonomiestreben und Verantwortungsbeußtsein ohne betonte Konkurrenz- und Aufstiegsorientierung und den Wunsch nach individueller Lebensgestaltung und Lebensgenuß. Sozialdemokratisch und grüne politische Präferenzen dürften in diesem (neuen) Milieu überdurchschnittliche Anteile haben.

B. Typen gesellschaftspolitischer Einstellungen ("Politikstile")

Auf eine ähnliche Weise wie SINUS seine Milieus haben wir sieben Typen der politischen Einstellung entwickelt, die hier ganz knapp skizziert werden sollen.

1. Die Radikaldemokraten (RAD) 11%. Sie sind gesellschaftskritisch und politisch stark interessiert, haben jedoch eine gewisse Distanz zu den traditionellen Formen sozialer Politik. Sie sind jünger und nach sozialem Status und sozialer Herkunft den mittleren und oberen Mittelschichten zuzuordnen.

2. Die Sozialintegrativen (SOZ) 13%. Sie sind den RAD ähnlich, zeigen aber stärker eine traditionelle Arbeitnehmerorientierung; der "idealistische" Zug der RAD fehlt ihnen. Nach Status und Herkunft rangieren sie unter den RAD.

3. Die Skeptisch-Distanzierten (SKE) 18%. Auch sie sind jünger. Ihre Einstellung ist ambivalent; neben starkem politischem Interesse finden sich deutliche Züge skeptischer, ja zynischer Distanz zur Politik sowie eine ausgeprägter Individualismus. Status und Herkunft sind den SOZ ähnlich.

4. Die traditionellen Konservativen (TKO) 14%. Sie bejahen mit Nachdruck die marktwirtschaftliche Leistungsgesellschaft und haben Vorbehalte gegen den Sozialstaat. Sie sind älter und nach Status und Herkunft den "bürgerlichen" Mittelschichten zuzuordnen.

5. Die gemäßigten Konservativen (GKO) 17%. Auch sie sind älter. Obwohl sie wie die TKO das bestehende sozio-ökonomische und das politische System fraglos bejahen, legen sie doch größeres Gewicht auf den Sozialstaat und eine Politik des sozialen Ausgleichs. Status, Herkunft und Einstellungen verweisen auf eine traditionell - offenbar von der katholischen Soziallehre beeinflusste - Arbeitnehmerorientierung.

6. Die Enttäuscht-Aggressiven (EAG) 14%. Sie sind ebenfalls älter. Einerseits identifizieren sie sich mit der Leistungsgesellschaft und den in ihr Erfolgreichen, andererseits leiden sie unter den Frustrationen ihres relativ niedrigen sozialen Status. Auf diese Spannung reagieren sie mit vorurteilsbeladenen Aggressionen. Bei ihnen ist die Neigung zum Rechtsextremismus überdurchschnittlich stark.

7. Die Enttäuscht-Apatischen (EAP) 13%. Sie sind ebenfalls älter; nach Status und Herkunft rangieren sie eher noch unter den EAG. Sie bejahen den Sozialstaat, sind aber politisch nicht aktiv. So sind sie z.B. überdurchschnittlich häufig gewerkschaftlich organisiert, jedoch kaum gewerkschaftlich tätig. Auf ihre sozialen Frustrationen reagieren sie mit Resignation bis an den Rand der gesellschaftlichen Marginalisierung.

C. Typen der Einstellung zum Gesellungsverhalten ("Gesellungsstile")

Auf dieselbe Weise wie bei den politischen Grundeinstellungen haben wir sechs Typen der Einstellung zum geselligen Verhalten - Familie, Freunde, Freizeit, Geselligkeit usw. - ermittelt, die hier auch nur in Stichworten charakterisiert werden können.

1. Die Erlebnisorientierten (ERL) 21%

Sie sind jünger und haben einen mittleren bis gehobenen sozialen Status. Sie vereinen einen selbstbewußten und individualistischen Lebensstil mit geselligem und sozialem Engagement.

2. Die Suchenden (SUCH) 20%
Sie sind ebenfalls jünger, haben aber einen niedrigeren sozialen Status als die

* Peter von Oertzen, Dr. phil und Prof. a.D., ist Mitglied des SPD-Bundesvorstandes und Leiter der SPD-"Parteischule".

ERL, sowie eine entsprechende Herkunft. Sie stehen in der Spannung zwischen den Anforderungen des sozialen Aufstiegs und einer modernisierten Lebensführung einerseits und den traditionelleren kulturellen Mustern ihrer Herkunft andererseits.

3. Die Zurückhaltenden (ZUR) 14%

Sie sind reserviert gegenüber betonter hedonistischer und geselliger Expressivität und pflegen eine eher konventionelle Geselligkeit in Familie und ausgesuchtem Freundeskreis. Die mittleren Alterslagen überwiegen; die soziale Reichweite der ZUR erstreckt sich von den Oberschicht bis zu den Arbeitermilieus mit jeweils ein- bis zu verschiedenen sozialen Akzenten.

4. Die Unkomplizierten (UNKO) 18%

Sie entlasten sich gerne durch eine rege und spontane, der Form nach aber eher konventionelle Geselligkeit und durch Distanz zu gesellschaftlich-politischen Problematisierungen. Jüngere bis mittlere Alterslagen wiegen vor. Sozial sind sie durch einen mittleren Status charakterisiert, der überwiegend durch einen begrenzten sozialen Aufstieg erreicht wurde.

5. Die Bodenständigen (BOD) 13%

Sie sind ältere Menschen mit niedrigerem sozialem Status, irritiert vom raschen Wandel der Lebensstile im Zuge der gesellschaftlichen Modernisierung. Sie haben ausgeprägte soziale und politische Ressentiments und werden darin nur von der folgenden Gruppe der RES übertroffen. Sie finden jedoch Halt in einer konventionellen Lebensführung und einem festen Gesellungs-kreis, der über die Kernfamilie hinausreicht.

6. Die Resignierten (RES) 14%

Sie haben einen mit den BOD vergleichbaren sozialen Charakter, nur sind ihre sozialen und politischen Ressentiments noch ausgeprägter. Sie haben eine konventionelle Lebensführung, die aber auf den engsten Familienkreis beschränkt ist.

D. Beziehungen zwischen Politikstilen und Gesellungsstilen

Wenn wir eine ganz grobe sozialpsychologische Charakterisierung der genannten Gesellungsstypen vornehmen, wenn wir also fragen, wie die den einzelnen Typen

zugeordneten Personen ihre Stellung unter ihren Mitmenschen erleben, können wir daraus auch schließen, wie sie ihre Position in der Gesellschaft wahrnehmen: stabil und befriedigend; stabil, aber teilweise angefochten; problematisch. Daraus können wir etwas über den Charakter ihrer sozialen Identität, oder anders ausgedrückt: über den Grad ihrer sozialen Integration, entnehmen. Zwischen den Typen ergäbe sich dann eine Rangfolge abnehmender Integration: ERL und ZUR, UNKO; BOD; SUCH; RES; und diese Charakterisierung könnte für die politische Haltung bedeutsam sein.

Die Korrelation der Politik - mit den Gesellungsstypen ergibt nun in der Tat interessante Zusammenhänge. Bei den beiden "progressiven" Politiktypen (RAD und SOZ) sind in völliger Übereinstimmung der Gesellungsstypen mit weitgehend ungebrochener sozialer Identität (ERL, ZUR, UNKO) weit überproportional vertreten (74% bzw. 75% gegenüber 53% im Bevölkerungsdurchschnitt), während sie bei den politisch am deutlichsten marginalisierten Angehörigen des EAP-Typs nur 38% erreichen. Besonders signifikant ist die geradezu riesige Schnittmenge von jeweils rund 50% zwischen dem ambivalenten Politiktyp der SKE und dem Gesellungsstyp der Suchenden (SUCH). Etwa jeder zehnte der Befragten - mit einem Übergewicht der Jüngeren - gehört in diese Gruppe. Etwa ebenso groß ist freilich der Anteil des "positivsten" Gesellungsstyps (ERL) an den beiden "progressiven" Politiktypen RAD und SOZ. Da aber auch viele Zugehörige der SKE-Politiktyps überdurchschnittlich interessiert und aktiv sind, zeigt sich in der jüngeren Generation eine Ambivalenz des politischen und sozialen Verhaltens, die man/frau wohl mit der Ambivalenz des gesellschaftlichen Modernisierungs- und Individualisierungsprozesses in Verbindung bringen darf.

Beiläufig wird allerdings auch eine feuilletonistische Legende erledigt: Der Typ des lustfeindlichen, frustrierten und sozial isolierten "Linken" mag als Einzelfall vorkommen (jeder kennt so einen), als soziales Phänomen ist er eine Schimäre: Die "Progressiven" stehen in der Regel fest im Leben der Gesellschaft.

Auf der anderen Seite ist offensichtlich, daß - relative oder absolute - soziale Isolierung und politische Frustration zusammenhängen. Im Feld des Politikstils der EAP ist der Gesellungsstil der Resignierten (RES), bei diesem der Politikstil der EAP mit jeweils rd. 30% weit überdurchschnitt-

lich vertreten. Ein Blick auf die Angaben zur Sozialstruktur verdeutlicht und erklärt diesen Zusammenhang. Unter allein lebenden Rentnerinnen und Rentnern kommen der Politikstil der EAG und der Gesellungsstil der RES mehr als doppelt so häufig vor wie im Bevölkerungsdurchschnitt. Welche Faktoren man auch immer in den Vordergrund rücken will: Hohes Alter, niedriges Einkommen oder soziale Isolation, sie bilden zusammen mit der politischen Resignation ein ebenso charakteristisches Syndrom wie Jugendlichkeit, gehobener Bildungs- und Einkommensstatus und stabile soziale Integration mit einem reformorientierten aktiven Politikstil. Diese Einsichten mögen banal erscheinen. Zumindest für die Sozialdemokraten (u.U. in gewissem Umfang auch für die Union) sind sie von großer praktischer Bedeutung: rd. 16% der sozialdemokratischen Anhängerschaft zählen zum Politikstil der EAP; und unter den EAP hat die SPD mit 52,5% ihren höchsten Sympathieanteil.

Die Parteienlandschaft allgemein

Unsere Untersuchung hat bewußt nicht die sog. "Sonntagsfrage" nach der Wahlabsicht gestellt, sondern die Befragten aufgefordert, für fünf Parteien: CDU/CSU, FDP, SPD, Grünen und Reps eine Rangfolge der Sympathien zu bilden. "Welche Partei gefällt Ihnen alles in allem am besten, welche am zweitbesten" usw. Da insgesamt fast 96% der Befragten geantwortet haben, die Wahlbeteiligung aber wesentlich niedriger liegt (bei den letzten Bundestagswahlen waren es rund 78%), ist der Abstand zum tatsächlichen Wahlverhalten also beträchtlich. Hinzu kommt, daß die Wahlbeteiligung bei den Jüngeren erheblich geringer zu sein pflegt als bei Älteren. Außerdem haben wir auch die noch nicht wahlberechtigten 14-18-Jährigen befragt; der hohe Sympathieanteil für SPD und Grüne muß also hinsichtlich möglicher zukünftiger Wahlergebnisse relativiert werden. Überdies war im Sommer 1991 die Stimmung für die Union besonders schlecht und für die SPD besonders gut.

Zur Darstellung: Wenn im folgenden Text die Parteien genannt werden, sind selbstverständlich nur die Sympathisanten gemeint, nicht Mitglieder, Funktionäre oder Parteiführungen. Übrigens: Die angegebenen Prozentzahlen werden in der Regel auf- oder abgerundet.

An die erste Stelle der Rangliste setzten in

% der Befragten die

CDU/CSU	FDP	SPD	Grüne	Reps	ohne Ang.
35	6	45	9	1	4

Dies sind die allgemeinen Sympathiepotentiale (Sommer 1991), die im folgenden näher charakterisiert werden sollen. Dabei muß das Sympathisantenpotential der Republikaner gesondert betrachtet werden. In der Regel äußert bei Interviews ein großer Teil der Befragten seine Zustimmung zu rechtsextremen Parteien nicht offen. Das mag heute nach den jüngsten Wahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg anders geworden sein. Aber im Sommer 1991 setzten nur knapp 1% der Befragten die Reps in der Sympathieskala auf Platz eins. Um ungefähr zu ermitteln, wie groß der Kreis derjenigen ist, denen die Reps wenigstens prinzipiell wählbar erscheinen, haben wir alle diejenigen zusammengefaßt, die die Reps mindestens auf Platz 3 gesetzt haben, d.h. vor zwei der vier als demokratisch anerkannten Parteien. Dieser Anteil betrug 6,8%. Die Struktur dieses von uns sog. "Rep-Potentials" haben wir dann gesondert ermittelt. Der Anteil derjenigen, die die Reps mindestens vor eine der anderen Parteien gesetzt haben, beträgt weitere 8,3%; mit diesen rd. 15% ist die größte mögliche Reichweite der Reps bezeichnet. Für 85% der Befragten rangieren sie eindeutig am Ende der Sympathieskala.

1. Altersstruktur

Die CDU/CSU ist schwächer vertreten bei den bis 40-jährigen, durchschnittlich bei den 40-50-jährigen und überdurchschnittlich bei den älteren. Die FDP hat fast eine spiegelbildlich umgekehrte Struktur - mit der Ausnahme der 14-20-jährigen, wo sie schwächer ist. Die SPD hat unterdurchschnittliche Anteile bei den ganz Jungen unter 25 und den ganz Alten über 65; ihre Stärke liegt bei den 35-50-jährigen. Die Grünen sind eine Partei der Jüngeren und Jüngsten, 88% sind unter 40 und noch 81% unter 35. Ihre Spitzenanteile erreichen sie bei den 14-20- und den 20-25-jährigen (25% und 28%). Eine merkwürdig eindeutige Struktur ergibt sich, wenn man/frau versuchsweise einmal SPD und Grüne zusammenrechnet. Der gemeinsame Anteil sinkt fast kontinuierlich von 66% bei den Jüngsten auf 37% bei den Ältesten; eine Ausnahme stellen die 55-65-jährigen, also die Geburtsjahrgänge 1925/6 bis 1935/6 dar, bei denen der Anteil wieder leicht ansteigt, ein Umstand, der durch die

ansteigenden SPD-Anteile bewirkt wird. Im REP-Potential überwiegen die Unter-45-Jährigen, aber nur leicht.

2. Sozialstruktur

In der Repräsentation der Geschlechter liegen die beiden großen "Volksparteien" CDU/CSU und SPD genau im Bevölkerungsdurchschnitt (53% F, 47% M). Die FDP hat einen um 8% höheren Männeranteil, die Grünen haben einen um 5% höheren Frauenanteil. Wenn wir diesen Prozentsatz auf dem Hintergrund des Umstands betrachten, daß die Grünen zu rund 92% unter 45 sind, in dieser Altersgruppe sich das Geschlechterverhältnis aber wieder auf 50:50 normalisiert hat, dann wird das Übergewicht der Frauen (58:42) noch deutlicher. Am dramatischsten ist das Ungleichgewicht der Geschlechter im Rep-Potential: 33% F, 67% M. Von drei Rep-Sympathisanten sind also zwei männlich. Bei der Konfession - Durchschnitt: 48% evangelisch, 45% katholisch, 7% Sonstige (andere und konfessionslose) - überwiegen bei der CDU/CSU die Katholiken mit 60%, bei allen anderen die Protestanten: SPD und Grüne 55%, FDP 58%. Den höchsten Anteil an Sonstigen haben die Grünen mit 16%. Im sozialen Status (Schulbildung, Stellung im Beruf, Einkommen) unterscheiden sich die beiden großen Volksparteien nur punktuell. Bei beiden liegt der soziale Status leicht unter dem Bevölkerungsdurchschnitt; allerdings ist bei der Union der Anteil der Landwirte und Selbständigen höher, bei der SPD der Anteil der Facharbeiter. Die CDU/CSU hat freilich mehr Spitzenverdiener (Haushaltsnettoeinkommen monatlich ab 5.000,-); bei der SPD wiegen die Einkommen zwischen 2.000,- und 4.000,- leicht vor. Bei der sozialen Herkunft zeigen sich freilich charakteristische Differenzen: Bei der Union sind 48% der Väter Arbeiter, 24% Landwirte und Selbständige, bei der SPD ist das Verhältnis 61% zu 15%. Die FDP ist hingegen in jeder Hinsicht eine Partei der Mittel- und Oberschichten; knapp 30% haben ein Haushaltseinkommen von über 5.000,- (der Durchschnitt liegt bei 16%). Gleichzeitig weist die soziale Herkunft die FDP als eine Partei des - erfolgreichen - sozialen Aufstiegs aus den unteren selbständigen und unselbständigen Mittelschichten aus. Das Rep-Potential rangiert seinem sozialen Status nach deutlich niedriger als der Durchschnitt. Volks- und Hauptschüler, Anlern- und Lehrberufe, Arbeiter und untere Angestellte, vor allem Landwirte überwiegen. Dementsprechend liegen

auch die Einkommen niedriger. Im Rep-Potential haben eindeutig die Unter- und die untern Mittelschichten das Übergewicht.

Komplizierter ist die soziale Verortung der Grünen. Nach Bildungsgrad und Stellung im Beruf ähneln sie der FDP; jedoch sind ihre Einkommen deutlich niedriger und liegen sogar unter dem Bevölkerungsdurchschnitt. Das hat freilich mit der extremen Jugendlichkeit der Grünen zu tun; 37% von ihnen sind noch in der Ausbildung: Schüler, Auszubildende, Studenten. Und die Frage, welchen sozialen Status sie später einmal einnehmen werden (oder auf welchen Status sie ausgehen), ist schwer zu beantworten. Akademiker haben in Zukunft vielleicht nicht immer mehr eine herausgehobene Stellung. Studenten können abbrechen (derzeit spricht man von 20% Abbrechern), Abiturienten gehen nicht unbedingt zur Hochschule, Haupt- und Realschüler auf der anderen Seite können am Ende doch das Abitur machen und studieren. Eine grobe Schätzung ergibt, daß 35-36% der Grünen Akademiker oder potentielle Akademiker sind. Aber 81% der Grünen sind unter 35 Jahren alt; und bei der Bevölkerungsgesamtheit dieser Altersgruppe liegt der geschätzte Akademikeranteil auch bereits bei 26%. Eine "Akademikerpartei" im diskriminierenden Sinne (wie kürzlich Ralf Dahrendorf in der ZEIT behauptete, Nr. 14 vom 27. März) sind die Grünen also nicht; jedoch ist unbestreitbar, daß die höheren schulischen und beruflichen Qualifikationen bei ihnen überdurchschnittlich stark vertreten sind.

3. Politikstile

Ganz allgemein ist zu sagen, daß die "progressivsten" politischen Einstellungstypen RAD und SOZ in der jüngeren Generation am stärksten vertreten sind (30-40%), während ihr Anteil mit zunehmendem Alter abnimmt (12% über 65). Bei TKO, EAG und EAP ist es umgekehrt. Die GKO sind in allen Altersgruppen ziemlich gleichmäßig vertreten. Bei den SKE gibt es ein Übergewicht der Jüngeren, aber nicht so ausgeprägt wie bei RAD und SOZ.

Die Verteilung der Politiktypen auf die Parteien ist daher nicht überraschend. Bei der CDU/CSU sind TKO und GKO weit über- und RAD und SOZ weit unterrepräsentiert. Am radikalsten weichen die Grünen vom Durchschnitt ab: RAD und SOZ sind mit zusammen 53% vertreten, die TKO kommen praktisch gar nicht vor. Aber der Anteil von EAG und EAP ist zwar unterdurchschnittlich, beträgt aber

doch immerhin 18%; d.h. auch unter Frustrierten und Marginalisierten finden die Grünen Zuspruch.

Höchst bemerkenswert und teilweise überraschend ist das politische Einstellungsprofil des Rep-Potentials. Daß die progressiven und gemäßigten Politikstiltypen - RAD, SOZ und GKO - in ihm deutlich unterrepräsentiert sind, ist genausowenig überraschend wie die ebenfalls deutliche Überrepräsentation von EAG und EAP. Immerhin ist nichtsdestoweniger jeder achte potentielle Rep-Sympathisant ein "Progressiver". Einzelaussagen zu politischen Fragen bestätigen dieses Bild. Nur ein Beispiel: Ein Statement, welches das Ausländerwahlrecht ohne Einschränkung bejaht, fand in der Gesamtheit bei 32 % Zustimmung. Bei der SPD waren es 34,5 %, bei der FDP übrigens 38,5 %. nur die Grünen hatten eine Zustimmung von gerade eben über 50 % - aber auch nicht mehr! Und im Rep-Potential sind es immerhin noch 23 % (!), übrigens 5 % mehr als im SPD-nahen Milieu der "traditionellen Arbeiter" - TRA. Auch sozial ist das REP-Potential eher überdurchschnittlich gut integriert: Die eindeutig "positiven" Gestaltungsstile der ZUR, ERL und UNKO sind mit zusammen 61 % stärker vertreten als im Bevölkerungsdurchschnitt (53 %). Soziale und politische Aktivitäten liegen ebenfalls im Durchschnitt. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß es sich bei dem REP-Potential keineswegs um ein geschlossenes rechtsextremes Lager handelt, sondern daß sich in ihm sehr unterschiedliche und komplexe Einstellungs- und Verhaltensmuster verbinden. Auch derjenige, der mit guten Gründen das Phänomen der Republikaner als politisch destruktiv und gefährlich beurteilt, sollte wissen, daß undifferenzierte und ideologisch vorgeprägte Interpretationen an der Realität vorbeigehen.

4. "Wahlverwandtschaften"

Um Querverbindungen zwischen den Sympathisanten Gruppen der Parteien festzustellen, haben wir diejenigen Befragten zusammengefaßt, die jeweils einer von zwei Parteien die erste und der anderen die zweite Präferenz gegeben haben. Das Ergebnis lautet: SPD/Grüne 21 %, SPD/FDP 21 %, SPD/Union 29 %, Union/FDP 24 %, Union/Grüne und FDP/Grüne jeweils etwa 2,5 %. Man kann dies als eine Bekräftigung der "Lager"-Theorie verstehen - wenn auch einer differenzierten Lagertheorie. Danach gäbe es: das rot-grüne Lager, das sozialliberale Lager, das traditionelle Arbeitnehmerlager (wenn man den SPD/Union-Zusammenhang so deu-

ten darf) und schließlich das "bürgerliche" konservativ-liberale Lager, sowie zwei kleinere Bereiche lagerübergreifender politischer Sympathien, die charakteristischer Weise mit der "neuen" Partei der Grünen zusammenhängen. Das Rep-Potential liegt quer zu dieser Lagerstruktur und hat sich offenbar (noch?) nicht zu einem eigenen Lager verfestigt. Seine Querverbindungen zu den anderen Parteien stellen sich zahlenmäßig so dar, daß rd. 46 % zur CDU/CSU, 37 % zur SPD und 17 % zu den Grünen (!!!) tendieren; Beziehungen zur FDP bestehen praktisch nicht (!). Der letztere Umstand würde unsere Feststellungen bestätigen, daß das Rep-Potential seinen sozialen Schwerpunkt in den unteren und den unteren Mittellagen der Gesellschaft hat, während die FDP-Anhängerschaft den ihren - wie wir gesehen haben - in den mittleren und oberen Mittellagen besitzt. Zwischen beiden Potentialen gibt es also relativ wenig Berührungspunkte. Außerdem wird durch diese Analyse bestätigt, daß die Grünen für eine Minderheit politisch frustrierter BürgerInnen durchaus eine Anziehungskraft haben.

Diese innere Strukturierung, die wir beim Rep-Potential vorgenommen haben, führt auch bei den großen parteipolitischen Sympathisanten Gruppen zu höchst aufschlußreichen Ergebnissen. Auf die Erstpräferenzen der vier Parteien entfallen jeweils folgende Prozentanteile an Zweitpräferenzen:

SPD:	CDU 32	FDP 38	Grüne 30
CDU:	SPD 35	FDP 57	Grüne 8
FDP:	SPD 48	CDU 42	Grüne 10
Grüne:	SPD 80	CDU 0 (?)	FDP 20

Das heißt: am größten sind Vielfalt und Spannweite der Lager in der SPD-Anhängerschaft; die FDP ist zwischen sozialliberalem und "bürgerlichem" Lager geteilt; bei der Union gibt es ein klares Übergewicht des "bürgerlichen" Lagers - und da dieses (mit Ausnahme der Gesellschaftspolitik) mit dem traditionellen Arbeitnehmerlager gewisse konservative Grundeinstellungen gemeinsam hat, ist die Anhängerschaft der Union relativ geschlossen. Die Grünen schließlich sind von einer fast erdrückenden Einheitlichkeit, befinden sich allerdings auch in einer annähernd symbiotisch engen Beziehung zur SPD bzw. zu deren rot-grünem Drittel.

5. SPD und Grüne

Die zuletzt getroffene Feststellung wird durch Parallelen zwischen grüner und SPD-Anhängerschaft bei zentralen gesellschaftspolitischen Fragestellungen unterstrichen. Daß das Profitemdenken der Unternehmer einer Lösung des Arbeitslosenproblems im Wege stehe, bejahten immerhin 64 % aller Befragten; bei der SPD waren es 71 %, bei den Grünen 72 % (!!!). Ein stärkeres Mitspracherecht der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz bejahten insgesamt 70 % der Befragten, 78 % der SPD und 84 % (!!!) der Grünen. Ein stärkeres Mitspracherecht der Gewerkschaften hielten genau 50 % aller Befragten, 61 % der SPD und immerhin 60 % der Grünen für wünschenswert. Ein interessantes Detail aus unseren Ergebnissen könnte zum Verständnis dieser strukturellen Übereinstimmungen zwischen Grünen und SPD beitragen. 11 % der Grünen sind Gewerkschaftsmitglieder (Durchschnitt: 16 %), bei der SPD sind es 23 %. Aber - unter den Vätern der Grünen waren genauso viele Gewerkschaftler wie unter den Vätern der SPD: nämlich 26,5 %. Wer genügend Sozialdemokraten und Gewerkschaftler kennt und weiß, wohin sich ihre Töchter und Söhne politisch orientieren - jedenfalls nicht selten - den werden diese Zahlen nicht wundern.

Zusammenfassend läßt sich zu den Grünen sagen: Sie sind eine demokratische und soziale Reformpartei, insofern stehen sie also "links". Sie sind in ihrer Mehrheit weder eine Akademiker- noch eine Beamtenpartei; sie sind vielmehr eine Partei der jüngeren höher qualifizierten Arbeitnehmer mit einem starken Übergewicht der Frauen. Sie sind - etwas zugespitzt formuliert - in einem doppelten Sinne "Kinder der Sozialdemokratie". Zum einen als die realen Kinder realer sozialdemokratischer (und auch christlich-sozialer) Arbeitnehmereltern. Zum anderen aber verdanken sie die für sie charakteristische höhere Schul- und Berufsbildung nicht zuletzt der überwiegend von der SPD betriebenen Bildungs-Reformpolitik der 60er und 70er Jahre.

Tendenzen und Konsequenzen

Unsere Untersuchung ist eine Momentaufnahme und läßt insofern keine direkten Rückschlüsse auf gesellschaftlich-politische Entwicklungstendenzen zu, insbesondere darauf, ob bestimmte Einstellungs- und Verhaltensweisen der jüngeren Generation eine dauerhafte Veränderung

in der Gesellschaft anzeigen oder ob sie überwiegend dem biologischen Alter zuzuschreiben sind: entsprechend dem alten Spruch: "Wer in der Jugend kein Sozialist ist, hat kein Herz, wer es im Alter noch ist, hat keinen Verstand!" Nur eine sog. "Kohortenuntersuchung" könnte diese Fragen beantworten, d.h. eine Untersuchung, bei der über einen längeren Zeitraum ein- und dieselbe Altersgruppe ("Kohorte") immer aufs Neue betrachtet und die Konstanz bzw. Veränderung ihrer Einstellungen und Verhaltensweisen analysiert wird.

Indirekte Rückschlüsse und begründete Vermutungen sind jedoch auch auf Grund unseres Materials möglich. Unbestreitbar ist, daß "progressive" gesellschaftspolitische Einstellungen in der jüngeren Generation deutlich stärker vertreten sind als in der älteren. Das gilt für das Ausländerwahlrecht ebenso wie für die Mitbestimmung oder die Kritik am "Profitemdenken der Unternehmer". Nun könnte das - wie gesagt - den einfachen Grund haben, daß jüngere Menschen ganz allgemein eben "progressiver" und ältere "konservativer" sind. Zu einem Teil ist das sicherlich auch der Fall und läßt sich psychologisch erklären. Eine sehr sorgfältige Kohortenuntersuchung der Bundestagswahlen zwischen 1953 und 1987 durch die renommierten Wahlforscher Jürgen Falter und Hans Rattinger (vorgetragen auf einer Arbeitstagung der Vereinigung für Politische Wissenschaft im März 1991) legt eine solche Deutung nahe. Allerdings klammern die Autoren aus methodischen Gründen die Entwicklung der Grünen weitgehend aus. Und die Frage, ob sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Politik im Laufe der Zeit, vor allem in den letzten Jahrzehnten verändert haben, stellen sie nicht - was keinen Vorwurf darstellt, sondern eine Tatsachenfeststellung: In ihrem statistischen Ansatz hat eine solche Frage keinen Platz.

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen politischer Einstellungen und Verhaltensweisen haben sich jedoch seit dem Kriege und vor allem in den letzten 20 Jahren sehr wohl verändert. Unsere Forschungsgruppe bezeichnet - unter Anlehnung an die französischen Philosophen und Soziologen Merleau-Ponty und Bourdieu - diesen Prozeß als "Öffnung des sozialen Raums". Sie geht mit einer radikalen Veränderung der Wirtschafts-, Berufs- und Bildungsstruktur der Gesellschaft einher. Nur einige wenige Eckdaten seien zur Illustration hier angeführt: Von 1950 bis 1987 (Volkszählungen) ist der Anteil der Beamten und Angestellten (vor allem

der letzteren) an den Erwerbstätigen von 21 % auf 51 % gestiegen. Laut unserer eigenen Untersuchung betrug 1991 bei den über 45jährigen der Anteil der Volks- und Hauptschüler 73,5 %, der Anteil der Abiturienten 9 %, bei den 19 - 24jährigen war das Verhältnis 31,5 % zu 34 %.

Wenn wir in Rechnung stellen, daß diese Strukturveränderungen erst bei den unter 35jährigen voll durchschlagen und daß gerade in diesen Altersgruppen der Schwerpunkt "progressiver" Einstellungen und Verhaltensweisen liegt, dann ist zumindest die Vermutung erlaubt, daß hier nicht nur ein biologisch-sozial bedingter "jugendlicher Radikalismus" im Spiel ist, sondern daß sich auch eine gesellschaftlich bedingte politische Umorientierung abzeichnet, die in den kommenden Jahrzehnten sehr wohl auch in die älteren Jahrgänge mitgenommen werden könnte - wenigstens in einem gewissen Umfang.

Der Vergleich zwischen einer 1974 vom Infratest-Institut durchgeführten Untersuchung der Grundmuster politischer Einstellungen und unseren 1991 gewonnenen Ergebnissen bestätigt unsere Vermutung. Daß die heute unter 35 Jährigen damals (1974) noch nicht befragt wurden, macht den Vergleich besonders aussagekräftig. Auch wenn die Fragestellungen von 1974 und 1991 sich überwiegend nicht voll decken, lassen sich doch vier Veränderungstendenzen in der Gesamtbevölkerung erkennen:

- Die Ablehnung autoritärer und obrigkeitstaatlicher Haltungen hat zugenommen.
- Die Kritik am Politikbetrieb und an der politischen Klasse hat ebenfalls zugenommen.
- Der Anteil fester Parteibindung hat abgenommen (von 73 auf 60).
- Gesellschaftskritische Einstellungen haben teilweise zugenommen.

Besonders schlagend tritt eine veränderte Grundeinstellung der Gesellschaft bei dem Statement in Erscheinung: "Die meisten, die heutzutage im Leben nichts erreichen, sind selber schuld." Die kritiklose, gewissermaßen im Unterbewußtsein verankerte Bejahung der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft, die in diesem Statement zum Ausdruck kommt, wurde 1974 noch von 69 % der Befragten geteilt, heute nur noch von 48,5 %.

Die gesellschaftlich-politische Situation ist für die "Linke" in Deutschland - wo auch immer man die Hauptakzente des "links"-Seins setzt - nicht einfacher geworden. Im Gegenteil: sie ist komplexer und unübersichtlicher als jemals. Dennoch: Hoffnung

ist erlaubt! Vorausgesetzt die bestehenden Möglichkeiten werden genutzt.

Nachruf auf einen Freund

Mirko Richter, der Juso-Landesschäftsführer von Sachsen-Anhalt, ist am Abend des 15. Juni 1992 bei einem Verkehrsunfall tödlich verunglückt.

Nach einem solchen Ereignis die Worte zu finden, ist schwer. Wer ihn persönlich kannte und mit ihm zusammengearbeitet hat - und viele haben diese Erfahrung mit ihm in den letzten zwei Jahren gemacht - weiß, wen wir verloren haben und welch großer Verlust Mirkos allzufrüher Tod bedeutet.

Wir haben nicht nur einen "politischen Kopf" der ostdeutschen Jusos verloren, der häufig genug kreativ quer dachte und so die beschwerliche Aufbauarbeit in den Neuen Ländern mit Erfolg betrieb. Schwer wiegt gleichzeitig der Verlust eines Freundes, der, so hart er auch für den Verband gearbeitet hat, auch ein Leben "ohne den Verband" führte. Gerade erst hatte er auf dem Zweiten Bildungsweg die Hochschulqualifikation erworben und wollte im Herbst ein Studium im pädagogischen Bereich aufnehmen. Mit seiner humorvollen und warmherzigen Art wird er niemandem mehr aufhelfen können. In unseren Erinnerungen wird er uns erhalten bleiben.

Es kommt darauf an, daß man miteinander a u s k o m m t

Ein Gespräch über Individualisierung, die SPD und die Politik.

Mit Christoph Zöpel, Peter von Oertzen und Claudia Walther.

Für spw führte das Gespräch Fiete Sass.

spw: Drei Generationen erneuerungsfreudiger SPDler-Innen sitzen hier am Tisch, die wir zu einem Thema ansprechen wollen, das jetzt, durch Euer Projekt, Peter, und durch die neuen Sinus Ergebnisse nochmal frische Aktualität bekommen hat. Die sozialwissenschaftliche Szene ist dominiert von Theorien der Individualisierung, der Pluralisierung der Lebensstile und sich immer weiter differenzierender Milieus. Was sagen Eure Forschungsergebnisse dazu?

Peter von Oertzen: Das mit dem Individualismus ist richtig und das mit der Pluralisierung der Lebensstile ist auch richtig. Trotzdem ist die Zahl der in sich konsistenten und einander verbundenen, mit verhältnismäßig einheitlichem Lebensstil ausgestatteten Milieus begrenzt. Und manche Milieus sind einander noch sehr nahe, ebenso wie auch die politischen Verhaltenstypen. Wenn wir die einmal sortieren, dann haben wir jeweils zwei progressive und konservative Typen mit unterschiedlichen Nuancen, einen ambivalenten, in sich gebrochenen Typ, der zwischen Aktionismus und Zynismus hin und her pendelt, und zwei der politisch Frustrierten.

Das sind vier Grundverhaltenstypen, also gar nicht so viel. Das Bedürfnis nach sozialen Zusammenhängen, nach Freundschaft, Partnerschaft, emotionaler Absicherung durch Mitmenschen und nach Geselligkeit ist so stark wie eh und je und unsere ganzen Individualisten zeigen sich mit gewissen Ausnahmen als Menschen mit gefestigten Freundeskreisen, mit geordnetem, natürlich spannungsreichen und bejahendem Familienleben. Daß die Gesellschaft, in der wir leben, in lauter Single-Yuppies auseinanderfielet, ist schlicht falsch. Übrigens ist auch die Partnerschaft zwischen Mann und Frau immer noch der Kern des sozialen Zusammenlebens. Gerade die progressiven und aufgeklärten Verhaltenstypen sind auch diejenigen mit besonders betonter, positiver Einstellung zu ihrer sozialen Umwelt.

Und wenn wir nun fragen nach den Verhaltenstypen, die für Demokratisierung, Liberalität, Toleranz, für einen sinnvoll geordneten Fortschritt eintreten, dann werden wir finden, daß sie zu einem erheblichen Teil in solchen Gruppen der erwerbstätigen Bevölkerung zu finden sind, die auch schon früher den Kern der Arbeiterbewegung gebildet haben, nämlich in den besonders qualifizierten und in besonders verantwortungsvollen Positionen tätigen Arbeitnehmern.

Claudia Walther: Das zeigt sich auch bei den Jusos, wo die meisten Aktiven Studierende sind oder Schülerinnen und Schüler

der 12. und 13. Klasse. Und von dem Themenspektrum, das bei Jusos Interesse findet, liegt auch ein Schwerpunkt auf Schul- und Hochschulpolitik. Da gibt es im Moment ziemlich viel an Protesten innerhalb und außerhalb der Jusos. Das andere die Jusos z.Z. besonders bewegende Thema ist das Asylrecht, was zwar nicht vom eigenen materiellen Interessenskontext, aber vom eigenen Bewußtseinskontext die entscheidende Frage ist. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, daß Engagement schon auch Interessengemeinsamkeiten zur Grundlage haben muß. Allerdings nicht nur im traditionell verstandenen sozialen Sinne. Vielmehr rücken auch andere Fragen des Lebensalltags in den Vordergrund, Fragen die die Identität vieler Jugendlicher betreffen und solche Auseinandersetzungspunkte, in denen sich die Frage kristallisiert: Wie wollen wir, wie will ich sinnvoll leben?

Christoph Zöpel: Ich bin immer sehr dafür, nach den historischen Veränderungen zu suchen, aus denen heraus man solche Begriffe und die ihnen zugrundeliegenden Sachverhalte erklärt. Unsere Gesellschaft ist in einer einmalig reichen Situation, was nicht heißt, daß es nicht erhebliche Diskrepanzen innerhalb dieser reichen Gesellschaft gibt. Aber das führt zu einer ganz anderen Bedeutung der Schichten-, Gruppen- oder Klassenbildung und wohl auch zu einem anderen Beziehungsgeflecht zwischen sozial benachteiligten Gruppen

und der Politik. Sie sind nicht mehr in dem Maße auf Politik angewiesen, wie sie es im 19. und frühen 20. Jahrhundert waren. Es gibt andere, nicht so dominante Anforderungen an Politik. Andererseits lohnt es sich zu fragen, welche Leitmotive sozialdemokratischer Politik zugrunde liegen. Ich möchte das in drei Grundmotiven zusammenfassen: Aufklärerisch, gegen Privilegien, pazifistisch. Es sind Grundgedanken, an denen man festhalten kann, die auch in einer solchen Gesellschaft, wie ich sie beschrieben habe, gelten, und die natürlich von unterschiedliche von verschiedenen Schichten aufgenommen werden. Wer glaubt, Privilegien zu haben und sie verteidigen will, ist schwer ansprechbar. Wer sich gegen Aufklärung wendet, weil er aus welchen Gründen auch immer fundamentalistische Positionen einnehmen will, wird sich auch nicht angesprochen fühlen. Und wer sich von nationalistischen Tendenzen angezogen fühlt, wird dem pazifistischen nicht ganz nahe stehen. Da liegen für mich, auf drei Begriffe gebracht, die Scheidungslinien zwischen Sozialdemokraten und Konservativen mit Überschneidungen liberaler Positionen.

spw: Was heißt das für unsere Partei? Inwieweit sind wir auf die sozialen Veränderungen, die hinter solchen empirischen Daten stehen, als Partei gerüstet?

Christoph Zöpel: Die Frage möchte ich zweiteilen: Erfüllt Politik die Erwartungen, die die Bürger an sie richten? Wenn die fast existentielle Gebundenheit an Politik sich aufgelöst hat, werden die Anforderungen viel kritischer. Das pauperisierte Proletariat des 19. Jahrhunderts war auf Politik angewiesen. Welche Menschen und Schichten sind heute auf Politik angewiesen? Es gibt also eine generelle Legitimationsnotwendigkeit für staatliches und politisches Handeln. Hier gibt es einige Defizite, die herauszuarbeiten wären.

Claudia Walther: Was die Partei angeht, ob sie auf diese Entwicklungen eingerichtet ist, würde ich sagen: Nein. Die Partei ist für Jugendliche und die Jugend viel zu unmodern, viel zu traditionalistisch, viel zu trocken und verknöchert. Das Beispiel dafür ist der vielzitierte Ortsverein, vor dem die meisten Jusos, die ich kenne, am liebsten davonlaufen. Das ist nicht, womit wir



Claudia Walther

Jugendliche ansprechen können. Da müssen punktuellere Angebote und ganz andere Formen her.

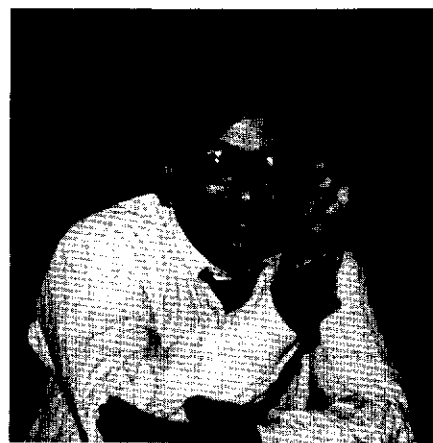
Christoph Zöpel: Das greift zu kurz. Sicher, es ist eine wesentliche Frage für die Partei, wie sie Teilhabe an Politik zu organisieren vermag. Aber auch: wienimmt sie die Herausforderungen unserer Zeit an? Dies ist ein Prozeß, der mit der Bereitschaft der Mitglieder zusammenhängt, andere mitwirken zu lassen. Vor allem ist es aber auch die Frage, in welchem Maße von unserer Problemlösungskompetenz Faszination und Überzeugungskraft ausgeht. Darin eingebettet bleibt die Frage: Ist die Sozialdemokratie offen genug, die Sozialpsychologie der jüngeren Generation aufzunehmen?

spw: Wenn die sozialwissenschaftlichen Befunde der milieuspezifischen Differenzierungen richtig sind, was sind denn die kulturellen und politischen Orientierungen und Werte, die politische Subjekte zusammenführen können? Sind es die von Christoph zitierten sozialdemokratischen Werte, sind das die Wertorientierungen die diese modernen Arbeitnehmer, von denen Peter gesprochen hat, zusammenführen können?

Peter von Oertzen: Was die politischen Grundeinstellungen betrifft, muß ich Christoph Zöpel recht geben. Im Grunde sind das die drei alten Werte der Arbeiterbewegung: Internationalismus, Demokratie und Gleichheit. Insofern haben sich die Wertorientierungen der fortschrittlichen Bewegungen überhaupt nicht

geändert, sie treten heute nur in anderer Gestalt in Erscheinung. Nach unseren jüngsten Forschungen gibt es aber einen dramatischen Einschnitt in den Grundverhaltenstypen in jeder der hier genannten politischen Hinsichten bei den unter 35-Jährigen. Und da dies die erste Generation darstellt, die voll und ganz durch den tiefgreifenden Wandel der Bildungs-, Ausbildungs- und Berufsstruktur geprägt ist, werden wir annehmen dürfen, daß es sich hier nicht nur um Jugendradikalismus handelt, sondern tatsächlich um den Reflex einer sozialen Strukturveränderung. Je jünger und je formal gebildeter eine Teilpopulation ist, desto weniger ethnozentristisch ist sie. Die größte Zustimmung zu einem undifferenzierten Ausländerwahlrecht findet sich bei den Allerjüngsten und die geringste Zustimmung bei den Allerältesten. Die größte Empfindlichkeit für Bürgerrechte, die größte Bereitschaft für Partizipation, die stärkste Kritik an autoritären Strukturen findet sich bei den Gebildeten und bei den Jugendlichen. Und die größte Sensibilität gegenüber sozialen Ungerechtigkeiten und sozialen und ökonomischen Herrschaftsverhältnissen findet sich auch bei den Jüngeren. Wobei die spezifischen Arbeitermilieus zu einem Teil gesellschaftskritischer Vorstellungen auch in höherem Alter immer noch eine sehr positive Einstellung haben. Junge grüne Akademiker und alte, konservative Arbeiter haben eine gleich hohe Zustimmung zur Mitbestimmung der Gewerkschaften und zur Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Aber die Jüngeren haben immer eine Zustimmung zum Ausländerwahlrecht von 40, 45, ja 50% oder mehr, und das traditionelle Arbeitermilieu im Sinne des Sinus-Instituts hat von allen Milieus die niedrigste Zustimmung zum Ausländerwahlrecht. Und bemerkenswerter Weise hat das sog. traditionslose Arbeitermilieu eine mehr als doppelt so hohe Zustimmung zum Ausländerwahlrecht, gleichzeitig aber eine weniger positive Haltung zur traditionellen gewerkschaftlichen Solidarität, hat mehr politischen Frust, auch mehr Kritik an den Autoritäten. Beim alten Arbeitertypus, er umfaßt jetzt nach SINUS noch etwa 5% der Bevölkerung, gehen autoritäre Strukturen und progressive Vorstellungen in einem begrenzten ökonomisch-sozialen Gebiet gewissermaßen Hand in Hand. Noch etwas Interessantes zeigen unsere Forschungsergebnisse: Die Spanne zwischen 2500 und 5000 Mark Haushaltseinkommen - und in diesem Bereich liegen rund 50% der Bevölkerung - ist zwar beträchtlich, aber das ist nicht der Abgrund

zwischen Ausbeutern und Proletariern. Das Bedürfnis nach sozialem Aufstieg - unten sein, und sich auf den Kopf treten lassen müssen und rauf wollen, um anderen auf den Kopf zu treten - dieses Bedürfnis nimmt in dieser Mittellage ab.



Christof Zöpel

spw: Das sind ja ganz ermutigende Forschungsergebnisse. Trotzdem steht doch politisch-praktisch die Frage, wie Yuppies, traditionelle oder traditionslose Arbeiter, Alternativ-Freaks und ich weiß nicht wer noch politisch unter einen Hut kommen. Und wenn richtig ist, daß es schon für die mittlere Generation in unserer Partei praktisch gar nicht zumutbar ist, sich auf die Dinge einzustellen, die in der jüngeren Generation als Anforderungen an die Partei im Raume stehen, dann stellt sich doch erst recht die Frage, wie bringt man diese differenzierten Prägungen noch unter einen Hut?

Peter von Oertzen: Das ist die Zentralfrage für die Sozialdemokratie. Ich habe keine Patentantwort. Aber wir müssen feststellen, daß die Anhängerschaft keiner der Parteien - große oder kleine - eine so große Spannweite bezüglich der Milieuzugehörigkeit und der politischen Grundverhaltensweisen hat wie die Sozialdemokratie. Je ein Drittel derer, die mit der Erstpräferenz die SPD bevorzugen, sagen mit der Zweitpräferenz FDP, Grün oder CDU. Dagegen bei der CDU tendiert der größere Teil zur FDP und der kleinere zur SPD. Die Grünen haben es am einfachsten, weil bei denen die Zweitpräferenz zu 80% die SPD ist.

Claudia Walther: Peter, Du hattest als Beispiel die Zustimmung zum Ausländerwahlrecht angeführt. Damit eng verwandt ist die Auseinandersetzung ums Asylrecht. Muß da nicht so eine Spannweite, wie wir sie in der Auseinandersetzung in der SPD ja auch real antreffen, wirklich eine Zerreißprobe sein?

Peter von Oertzen: Das ist eindeutig eine Zerreißprobe und ein extrem schwieriger Konflikt zwischen programmatischem Anspruch einerseits und den praktischen Problemen und z.T. auch nur Vorurteilen von Parteimitgliedern andererseits. Es gibt eigentlich strategisch nur eine Lösung: den Schwerpunkt der Auseinandersetzung auf diejenigen Felder zu lenken, auf denen

die unterschiedlichsten Gruppen, die Jungen und die Alten, die ideologisch progressiven und die mehr auf soziale Sicherung bedachten, gemeinsame Interessen haben. Das ist z.B. das Interesse an bezahlbarer und komfortabler Wohnung. Man soll nicht glauben, daß die jüngeren, "angegrünten" Akademiker kein Interesse an einem sehr gut ausgebauten Sozialstaat hätten. Sie wünschen sich den Sozialstaat ein bißchen mehr auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten, etwas weniger bürokratisch und autoritär, aber an der sozialen Sicherung sind sie interessiert. Es sind auch alle an einer qualifizierten Schul- und Berufsausbildung für die nachwachsende Generation interessiert - also die klassischen sozialdemokratischen Themen. Alle sind sie an einer lebenswerten Umwelt in der Kommune interessiert. Da ist niemand, der nicht für frische Luft und Naherholung und einen anständigen Nahverkehr wäre. Was nicht heißt, daß wir nicht in Fragen von der Todesstrafe bis zum Asylbewerberproblem schwere, unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten antreffen. Die kann eine Partei nur politisch neutralisieren, wenn sie das Schwergewicht auf die unstrittig in ihrer Klientel allgemein geteilten und sachlich berechtigten Forderungen richtet und für diese Forderungen mit äußerstem Nachdruck eintritt. Und diejenigen unter den ganz besonders an den gesellschaftlichen Rand gedrängten Bevölkerungsteilen, die zu rechtsradikalen Ressentiments neigen, sind bereit, der Sozialdemokratie Dinge nachzusehen, die sie weder billigen noch verstehen, wenn für ihre zentralen Interessen hinlänglich gesorgt wird. Unter dem Politiktyp, der im höchsten Grade entfremdet ist, hat die sozialdemokratische Partei immer noch den höchsten Zustimmungsggrad, nicht unter den progressiven Typen. Da nehmen ihr

eben die Grünen einen Teil der Zustimmung weg. Unter denen am schlechtesten Gestellten, denjenigen, die am meisten den Kopf zwischen die Schultern ziehen und die Entwicklung über sich hinweggehen lassen, hat die SPD die stärkste Zustimmung von allen. Und wenn die Sozialdemokratie versäumen würde, ihre Rolle als Schützer und Anwalt dieses Teils der Wählerschaft wahrzunehmen, wird der konservativ-soziale Flügel der CDU das übernehmen oder die Reps mit ihrer sozialen und gleichzeitig nationalen Demagogie, und dann ist die Sozialdemokratie nicht mehr mehrheitsfähig. Ich bin wieder am Ausgangspunkt. Es ist ein Spagat von einer Artistik, über die leicht reden, aber der schwer zu praktizieren ist.

Christoph Zöpel: Ich frage mich, ob es eine Partei nicht schaffen könnte, das, was der Alltagserfahrung inzwischen entspricht, daß nämlich Menschen mit sehr unterschiedlichen Lebensstilen nebeneinander leben und einigermaßen damit auskommen, auch ganz pragmatisch zu einem Organisationsprinzip der Partei zu machen. Natürlich müssen diese Menschen aufeinander zugehen mit dem Ziel, sich nicht unbedingt auf eine gemeinsame Linie zu einigen, sondern sich darauf zu einigen, daß man sich gegenseitig respektiert. Vielleicht ist dies ein anderer Zugang, der ein wenig dem widerspricht, daß zum Schluß immer ein inhaltsleeres Papier herauskommen muß.

Peter von Oertzen: Ich kann nur zustimmen. Noch bescheidener würde ich sagen: Es geht gar nicht unbedingt darum, daß man gut miteinander auskommt, es geht darum, daß man miteinander auskommt. Man darf auch die Ziele der Versöhnung von unterschiedlichen Lebensstilen und Lebenszielen nicht zu hoch stecken. Wenn man das Ziel steckt, daß man in der Gesellschaft miteinander auskommen muß und kann, dann müssen wir auch in der Partei das Ziel stecken, daß wir uns nicht zu lieben brauchen, daß man aber erwarten kann, daß wir auf eine einigermaßen geordnete Weise miteinander auskommen können.

Claudia Walther: Um auf den Ortsverein zurückzukommen. Das klingt ja doch so ein bißchen, daß es doch möglich ist, in der "großen Ortsvereins-Familie" miteinander auszukommen. Und die Praxis spricht finde ich eigentlich dagegen. Da reitet dann doch wieder jeder sein Steckenpferd und verteidigt jeder seine Freizeitmilieus und das findet nicht oder nur

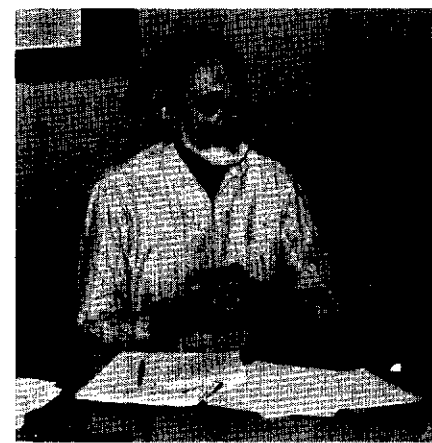
dann zueinander, wenn wirklich verschiedene Angebote gemacht werden und verschiedene Schwerpunktbereiche und Projektgruppen toleriert werden - über einen gemeinsamen Punkt hinaus.

Christoph Zöpel: Dieser Hinweis, man könne es ja mal miteinander versuchen, bezog sich auf die Gesamtpartei. Daß dem der traditionelle Ortsverein nicht entspricht, ist offenkundig. Es kristallisiert sich heraus, daß es neben Ortsvereinsstrukturen andere Strukturen geben muß. Der Prozess hat bereits angefangen. Die Statuten müssen ihn aber ermöglichen.

Peter von Oertzen: Man muß zwei Dinge voneinander unterscheiden. Erstens inwiefern im Ortsverein - von dem wir wohl der Meinung sind, daß er nicht abgeschafft gehört, vor allem im ländlichen Bereich, - unterschiedliche Lebensstile durch den Generationsablauf miteinander auskommen. Diejenigen, die die Träger des Hauptwiderstandes gegen die Erneuerer Ende der 60iger bis Mitte der 70iger Jahre waren und die damals so im vollen Saft der politischen Funktionärstätigkeit standen, die also damals zwischen 45 und 55 waren, die sind heute zwischen 65 und 75 und die, die heute zwischen 45 und 55 sind, sind die Jusos der 60iger Jahre. Man braucht sich ja nur mal angucken, welche führende Position der heutigen SPD nicht von ehemaligen Mitdiskutierenden des Frankfurter Kreises...

Christoph Zöpel: ...Das haben wir ja auch angekündigt damals...!

Peter von Oertzen: ...besetzt sind. Das Ergebnis war ein bißchen anders mit der SPD der 80iger und 90iger Jahre, von daher unterscheidet es sich. Es gibt sicherlich noch immer Machtkonflikte und Gruppenkonflikte, aber die werden zwischen Gruppen ausgetragen, die sich beide vor 20 Jahren als Linke verstanden haben. Das andere Thema ist, ob alle Interessen und politischen Perspektiven im Ortsverein repräsentiert werden können. Und da muß man mit allem Nachdruck sagen, es ist unmöglich. Es ist z.B. unmöglich, daß wissenschaftlich interessierte Akademiker ihre speziellen Interessen im Ortsverein ausleben können. Und das sind ja Themenfelder, die immer wichtiger werden. Gesundheitspolitik, Wissenschaftspolitik, das wirkt sich aus auf jeden bis ins letzte Dorf, aber die Konzepte müssen diskutiert werden unter fachlich Kundigen und den davon Betroffenen.



Peter von Oertzen

Insoweit muß der OV durch eine Fülle von Arbeitsstrukturen ergänzt und überwölbt werden. Es gibt kein törichtereres und bornierteres Schlagwort in der Organisationsdebatte als die immer wieder vorgetragene Warnung, die SPD dürfe sich nicht in eine Föderation von Arbeitsgemeinschaften auflösen. Die Gefahr hat nie bestanden. Aber die jetzige Arbeitsgemeinschaftsstruktur reicht nicht aus, um die Bedürfnisse der jungen Generation unter 35 zu befriedigen.

Claudia Walther: Einverstanden.

spw: Das klingt so, als wenn sich das alles von alleine auswächst, im Generationswechsel sich vieles sowieso glätten wird. Das mag im Blick zurück auch für viele Dinge zutreffen. Trotzdem steht doch nach wie vor ein Konflikt im Raum, zwischen dem Wertehorizont der Individualisierung - mit Selbstverwirklichung und Eigensinn als positiven Werten - und den traditionellen Werten von Organisationskultur und Parteidisziplin. Wieviel Eigensinn sollen und können wir in der Partei haben und verkraften?

Christoph Zöpel: Die Frage ist berechtigt, aber es macht wenig Sinn über sie zu diskutieren, abgeleitet aus der Arbeiterbewegung. Die Mediengesellschaft hat dazu geführt, daß die Führungen von Parteien sich in einer für viele nicht mehr verständlichen Art und Weise individualistisch und zufallbezogen äußern. Dagegen zu halten - selbst wenn es berechtigt wäre - mit einer theoretischen Untermaue-

rung von Solidarität aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, dürfte auf die ganz große Mehrheit, vor allem Jüngerer, doch eigenartig wirken.

Claudia Walther: Bisher haben wir das nur auf die Partei bezogen. Und nicht auf die Spannungen, die sich z.B. in meiner Generation insgesamt ergeben. Und da ist es sicherlich möglich, gemeinsame politische Einstellungen zu finden. Aber es stellt sich über die Partei hinaus die Frage, ob es auch so etwas wie gemeinsames Handeln gibt oder es möglich ist, in gemeinsamen Projekten zu arbeiten. Es gibt da also einen Widerspruch zwischen gemeinsamen Einstellungen und gemeinsamem Handeln. Die meisten Jugendlichen handeln eher punktuell und eine Bindung an eine Partei ist nicht mehr nötig. Sie haben weniger Interesse an kontinuierlicher Politik, auch weil es weniger Bindung an Weltanschauungen gibt. Dann steht die Frage im Vordergrund: Wo bringt mein eigenes Handeln etwas und wo bringt es nichts? In den letzten Jahren hatten wir immer Momente, wo sich Tausende engagierten und danach war wieder nichts mehr, im Golfkrieg, an den Schulen jetzt usw. Vielleicht müssen sich die Parteien tatsächlich darauf einstellen und sich damit zufrieden geben, eine abnehmende politische Bedeutung zu haben. Und darauf einstellen, daß es auch andere Handlungsmöglichkeiten gibt. Eine Vorstellung, die wir ziemlich selten zulassen.

Christoph Zöpel: In den Sozialstaaten der Wohlstandsgesellschaft ist Politik in Normalzeiten immer irrelevanter geworden. Das muß man nicht nur beklagen. Es ist eine ganz andere Frage, ob sie sich nicht wieder Situationen sucht, wo sie schrecklich relevant wird. Sie hat sich in Amerika den Weg gesucht, einen High-Tech-Krieg zu führen und sie ist wieder in Osteuropa schrecklich relevant. Zur Normalzeit aber sind die Projekte immer weniger geworden und die Chancen, sich einzeln zu helfen, sind immer größer. Es gibt einen großen Bereich, wo sich sozialdemokratische Projekte formulieren ließen und die liegen im Bereich der Ökologie. Die zweite große Herausforderung ist, ob es in den nächsten 25 Jahren Verständigungen geben wird, wie die Europäer halbwegs friedlich zusammenleben können. Da hoffe ich sehr auf die jüngere Generation. An dem Projekt zu arbeiten, wie kann man das friedliche Zusammenleben in Europa sichern, halte ich für die größte Herausforderung.

spw: Ist es nicht so, daß die Formen von Repräsentation, mit denen wir es zu tun haben, bisweilen überfordert sind, solche komplexen Interessenstrukturen zu handhaben? Nehmen wir als Beispiel die Verkehrspolitik. Brauchen wir da nicht neue Formen der Politik, um die Komplexität handhabbar zu machen?

Christoph Zöpel: Verkehrspolitik scheidet nicht daran, daß wir eine neue Politik brauchen, sondern daran, daß es ein Verhalten von staatlich-politischen Instanzen gibt, in der die Unverbindlichkeit des eigentlich Nicht-nötig-seins herrscht. Politik wird erst interessant, wenn ein Konflikt da ist. Wer eben der Meinung ist, daß wir diese Form von Verkehr nicht mehr aushalten, der muß sich auf den Konflikt einstellen. Es gibt in jeder Stadt die Möglichkeit. Die Instrumente sind alle ausreichend. Nicht eine neue Politik, sondern eine Rückkehr zur Politik als Relevanz ist nötig.

Claudia Walther: Ich möchte das Thema Ökologie und Energiepolitik gerne aufgreifen. Daran läßt sich exemplarisch aufzeigen, wie verändertes politisches Interesse und Verhalten in Inhalt und Form einhergehen. Ein Beispiel aus meiner Hochschule: Während einerseits ein Niedergang der traditionellen parteipolitischen Hochschulgruppen und eine Entpolitisierungstendenz inklusive sinkender Wahlbeteiligung unübersehbar ist, findet andererseits eine Veranstaltungsreihe zu regenerativen Energien, die von einem studentischen Ökoprojekt organisiert wurde, riesigen Zulauf. Zwischen 400 und 600 Studierende nehmen daran regelmäßig teil. Diesem ungewöhnlich breiten Interesse an alternativem Wissen und Austausch in diesem Bereich folgt aber in den meisten Fällen keine unmittelbare politisch-gesellschaftsverändernde Handlung, es sei denn im individuellen Bereich bezogen auf die eigenen Studieninhalte.

spw: Christoph, das Wissenschaftsforum ist ja eine Form, Sozialdemokratie "neben dem Ortsverein" zu organisieren. Gibt es am Wissenschaftsforum etwas, was vielleicht auch prototypisch für andere Projek-

te dieser Art sein kann?

Christoph Zöpel: Bleiben wir bei der Realität. Ob das übertragbar ist, ist schwer zu beurteilen, weil es noch nicht richtig funktioniert. Richtig ist, daß die Wissenschaft neben anderen ein Bereich ist, der sich durch die traditionelle Parteistruktur vor Ort nicht befriedigen läßt. Die Antwort kann nur sein, die Partei muß überörtliche Kommunikationssysteme entwickeln, wo Wissenschaftler miteinander und mit für Politik verantwortlichen Sozialdemokraten lösungsorientiert kommunizieren können. Interessanterweise funktioniert das bisher noch am besten durch die Aktivitäten der Juso-Hochschulgruppen.

spw: Also ihr sprecht erstmal die Parteimitglieder an?

Christoph Zöpel: Nein, das Wissenschaftsforum spricht jeden an, der bereit ist, in der Nähe sozialdemokratischer Politik mitzuarbeiten.

Peter von Oertzen: Die Tatsache, daß in diesem Berufsfeld offen unter dem Label SPD aufgefordert wird, an Veranstaltungen teilzunehmen, bedeutet ein hinlängliches Maß an Interesse und Engagement, das da eingefordert wird, und damit kann man es genug sein lassen. Andererseits müssen diese Kongresse auch von einer Art sein, daß sie unter persönlichen, teils wissenschaftlichen und Kommunikationsinteressen oder u.U. sogar Karriereinteressen genauso anziehend sind, wie die Teilnahme am Jahreskongreß der eigenen wissenschaftlichen Vereinigung. Dann kommen auch die Kolleginnen und Kollegen. Zumal wir interdisziplinäre, praxisorientierte Themen anbieten können, wie sie viele der offiziellen wissenschaftlichen Kongresse nicht anbieten können oder wollen.

spw: Ist das noch Politik, ist das noch Partei?

Christoph Zöpel: Eine sehr praktische Frage bezüglich der Finanzierung. Das Sy-

stem der Parteienfinanzierung ist überreizt. Möglicherweise weil zuviel für Wahlkämpfe ausgegeben wurde. Ganz sicher aber, weil wegen der hohen Einkommen im Dienstleistungsbereich auch der Anteil der Personalkosten der Partei kontinuierlich weiter wächst, und zwar schneller als die Mitgliedsbeiträge. Die traditionelle Organisationspartei mit Kadersekretären ist merkwürdigerweise wegen der Gehaltssteigerungen im öffentlichen Dienst nicht mehr finanzierbar geworden. Ich finde die Partei zu klein, um daraus Gesetzmäßigkeiten abzuleiten, aber es stellt sich ganz praktisch die Frage, wie finanziert sich die Arbeit einer Partei. Eben nicht mehr primär über Beiträge. Hochinteressanter Aspekt: Was tragen Nichtmitglieder bei, wenn sie da mitwirken, da muß man eine neue Form finden. Für Steigerungen der Beiträge und Wahlkampfkostenerstattungen sind Grenzen, auch der Akzeptanz, erreicht.

spw: Claudia, daß man wenigstens miteinander auskommt, was heißt denn das bezüglich der Frauenfrage als Organisationsfrage?

Claudia Walther: Ich erwarte schon, daß die Partei sich darüber weiter Gedanken machen muß. Es ist ja schon so, daß die Partei durch die Quotierung erstmal frauenpolitisches Profil gewonnen hat. Aber das könnte schnell wieder nachlassen. Ich sehe zwei Schwierigkeiten: Viele junge Frauen, die kleine Kinder haben, haben den Eindruck, ich muß mich entweder ganz in der Politik engagieren oder gar nicht. Ich habe also nicht die Möglichkeit, mich ein bißchen zu engagieren und ansonsten mich um Beruf und Kinder zu kümmern.

Christoph Zöpel: Dem käme ja eine Projektstruktur entgegen, auch wenn sie dafür nicht erfunden wurde.

Claudia Walther: Klar. Aber das ist bisher noch nicht so, auch nicht bei den Jusos. Viele Frauen sind eher in sozialen Bewegungen, Kindergarteninitiativen, in Initiativen die mit dem eigenen Umfeld und der eigenen Lebenssituation zu tun haben aktiv, als in der Partei oder auch bei den Jusos. Und da denke ich, daß wir zu sehr vom Alltagsbezug weg sind. Das Problem

wirkt sich bei Frauen auch insofern stärker aus, weil tendenziell solche politischen Motivationen, die häufig Männer bewegen - ich bekomme einen Posten, kann repräsentieren, habe die Illusion, Macht auszuüben - diese Motivation funktioniert bei den meisten Frauen nicht. Eben weil Frauen traditionell von öffentlichen Bereichen und entscheidungsrelevanten Funktionen ausgeschlossen waren.

spw: Ihr beiden, Peter und Christoph, habt vor unserem Gespräch gerade mit der Kommission "SPD 2000" getagt. Wann geht es denn nun los mit der Parteireform?

Christoph Zöpel: Die Ergebnisse der Kommission "SPD 2000" werden voraussichtlich Anfang Dezember der Öffentlichkeit präsentiert im Rahmen der vom Parteitag beschlossenen Organisationskonferenz.

spw: Und gibt es unabhängig davon, daß natürlich bestimmte Beschlußwege zu durchlaufen sein werden, ein Gefühl dafür, in welchem zeitlichen Rahmen sich dieser Prozeß entwickeln kann?

Christoph Zöpel: Soweit Satzungsbeschlüsse erforderlich sind, müßte man sie auf dem nächsten Parteitag im November 93 treffen können und es könnte ja Sinn machen, bestimmte, die Partei öffnende Änderungen der Arbeit vor Ort mit dem Wahlkampf zu verbinden. Insgesamt ist das sicher ein Prozeß, der 10 Jahre oder länger dauert.

Peter von Oertzen: Dann mag es Dinge geben, die noch strittig bleiben - Begrenzungen von Amts- und Mandatszeiten, bindende Rotationsverpflichtungen auch für höhere Parteiämter etwa - das ist bestimmt nicht im ersten Anlauf durchzusetzen. Das wird eine genauso lange und

mühsame Debatte geben, wie die Debatte um die Quotierung, die ja auch Jahre gedauert hat. Und wenn wir z.B. das parteiliche Bildungswesen reformieren, wenn wir die Kreativität und Effizienz der Parteiarbeit vor Ort verbessern wollen, dann dauert es Jahre und Jahre, bis die eingeleiteten Lernprozesse zum Ergebnis geführt haben. Also wenn man im Jahre 2000 sagen kann, die Parteireform, die irgendwann im Jahre 91 oder 90 begonnen hat, hat im Jahr 2000 zu einer merklichen Veränderung der Arbeit der Partei geführt, dann werden alle die, die dann noch leben und daran beteiligt waren, sich sagen können, wir haben was geschafft.

spw: Herzlichen Dank für das Gespräch.

Sommerloch?

Die Blätter kennenlernen?

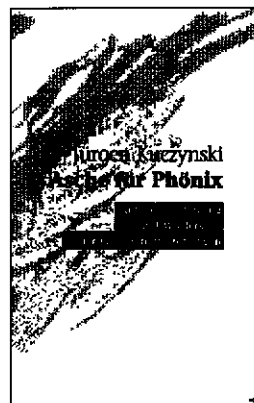
- Ich bestelle Heft 7/92 zum Preis von 12 DM.
 - Ich bestelle ein Probeabo - Heft 7 und 8/92 für 15 DM.
 - Ich abonniere zum Jahrespreis von 97,80 DM inkl. Porto (mit Ermäßigung - Studentenausweis z.B. - 78,60 DM)
 - Ich möchte ein kostenloses älteres Probeheft.
- Zutreffendes bitte ankreuzen, Scheck oder Briefmarken beilegen.

Name: _____
Vorname: _____
Str: _____
Ort: _____
Land: _____
Unterschrift: _____

Blätter Verlagsgesellschaft, Bertha-v.-Suttner-Platz 6, 5300 Bonn 1

Books, Politics

Lutz Hoffmann
Die unvollendete Republik
 2., erweiterte Auflage
 241 Seiten, DM 24,-
 ISBN 3-89438-002-0



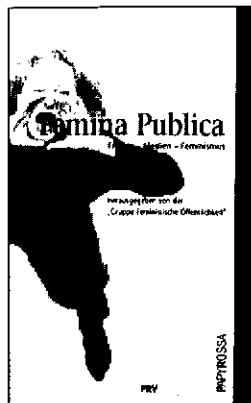
Jürgen Kuczynski
Asche für Phönix
Aufstieg, Untergang
und Wiederkehr neuer
Gesellschaftsordnungen
 121 Seiten, DM 16,80
 ISBN 3-89438-041-1

Karl-Heinz Heinemann
 Wilfried Schubarth
Der antifaschistische Staat
entläßt seine Kinder
Jugend und Rechtsextremismus
in Ostdeutschland
 140 Seiten, DM 14,80
 ISBN 3-89438-040-3



MEMORANDUM '92
Gegen den ökonomischen
Niedergang - Industriepolitik
in Ostdeutschland
 244 Seiten, DM 24,-
 ISBN 3-89438-043-8

Peter Wahl
Warum Montezuma
nicht Europa entdeckt hat
Europa und die Dritte Welt
 236 Seiten, DM 24,-
 ISBN 3-89438-029-2



Gruppe Feministische
 Öffentlichkeit (Hg.)
Femina Publica
Frauen - Öffentlichkeit -
Feminismus
 227 Seiten, DM 28,-
 ISBN 3-89438-044-6



Florence Hervé
Frauenzimmer
im Haus Europa
 242 Seiten, DM 24,-
 ISBN 3-89438-025-X



Individualisierte Klassengesellschaft

Einige Positionsbestimmungen

von Thomas Rausch*

"In der individualisierten Gesellschaft muß der einzelne ... bei Strafe seiner permanenten Benachteiligung lernen, sich selbst als Handlungszentrum, als Planungsbüro in bezug auf seinen eigenen Lebenslauf, seine Fähigkeiten, Orientierungen, Partnerschaften usw. zu begreifen." (Ulrich Beck, Risikogesellschaft) Die Begriffe "Risikogesellschaft" und "individualisierte Gesellschaft" prägen die Debatte um die Analyse unserer spätkapitalistischen Gesellschaft - kann eine individualisierte Gesellschaft auch Klassengesellschaft sein, eine individualisierte Klassen-/Risikogesellschaft?

Die folgenden - vorläufigen - Positionsbestimmungen verzichten bewußt auf eine Analyse der strukturellen Veränderungen und sich weiter ausdifferenzierenden Bedingungen in der Sphäre der Arbeit (sprich: der ökonomischen Basis der Klassen- und Sozialstrukturen), deren Feld durch die Stichwörter "Tertiärisierung" und "Akademisierung der Lohnarbeit" umrissen wird; was diesen Komplex angeht, so scheinen mir bisherige, im Rahmen des "Projekts Moderner Sozialismus" getroffene Aussagen von der Grundrichtung her weiterhin tragfähig. Mein Augenmerk wird vielmehr auf die soziokulturellen Veränderungen fallen, die sich im Zusammenhang (nicht nur) mit dem ökonomischen Wandel vollziehen und die Bedingungen der Konstituierung einer "Klasse für sich selbst" nachhaltig verändert haben und verändern.

Sich ausdifferenzierende soziokulturelle Praxen als objektive Bedingung von Klassenformierung

Individualisierung - der soziale und kulturelle Wandel, der mit dieser Wortbildung auf den Begriff gebracht worden ist, ist heute eine der entscheidenden ob-

jektiven Bedingungen, unter denen der Prozeß der Klassenformierung, der Konstituierung einer "Klasse für sich selbst" stattfindet - soweit er stattfindet. Zu den objektiven Grundlagen von Klassenformierung zählt somit die Gesamtheit der sich differenzierenden soziokulturellen Praxen, der verschiedenen Sozialisationsbedingungen, sich neu ausbildenden Milieus - ebenso wie die ökonomischen Bedingungen.

Differenzierung ohne Ende oder "neues, ... relativ einheitliches Arbeitnehmermilieu" (v. Oertzen)?

Wie weit geht die Differenzierung von individuellen Lebenslagen und soziokulturellen Praxen unter den Lohnabhängigen? Trotz der immer weiter fortschreitenden Differenzierung der unterschiedlichen Lebenspraxen lassen sich doch eine Reihe grundlegender sozialer Orientierungen feststellen, die einem wachsenden Teil der Lohnabhängigen gemeinsam sind. Diese Gemeinsamkeiten sind die Basis eines latent vorhandenen, freilich stets politisch herzustellenden, neuen sozialen Blocks oder vielmehr eines neuen sozialen Bündnisses; in dem Begriff des Bündnisses drückt sich einerseits der notwendige Prozeßcharakter seiner Herstellung, andererseits auch - im Gegensatz zu "Block" - die Offenheit, die Nicht-Abgeschlossenheit dieses Bündnisses aus. Peter von Oertzen spricht in diesem Zusammenhang von einem "neuen, zwar höchst differenzierten, aber in den Grundstrukturen relativ einheitlichen Arbeitnehmermilieu"². Gemeinsam ist den Trägerinnen und Trägern dieses Milieus die Wertschätzung sozialer Sicherheit - bei Ablehnung bevormundender Bürokratisierung und Reglementierung -, das Eintreten für allgemeine Bildungschancen wie auch für Entwicklungsmöglichkeiten von Frauen, ebenso die Inanspruchnahme von (relativer) Selbstbestimmung am Arbeitsplatz.³

Hinter diesen Orientierungen werden die Umriss eines "neuen kulturellen Modells"⁴ sichtbar, dessen Kern ein veränderter Bezug der Individuen zu sich selbst - das Streben nach Selbstverwirklichung -

ist; die gesamtgesellschaftliche Entwicklung hin zu einem neuen kulturellen Modell bedingt logischerweise auch unter den Lohnabhängigen die Herausbildung einiger veränderter, gleichwohl gemeinsamer Grundorientierungen. Die genannten sozialen Orientierungen entfalten sich in einem Milieu, das von dem jüngeren angelernten Arbeiter über den Beamten oder Angestellten, der - obwohl karriereorientiert - um die Grenzen seines Aufstiegs weiß, bis hin zu einer "neuen Selbständigen" reicht, einer formal selbständigen Dienstleisterin mit mittlerem Einkommen; auch die Hochschulabgängerin zählt dazu, die (im Zuge der Bildungsexpansion) mit ihrem Studienabschluß keineswegs unbedingt eine soziale Spitzenposition gebucht hat.

Solidarität unter den Angehörigen des umrissenen sozialen Milieus beruht - wo sie entsteht - nicht auf einem Zusammengehörigkeitsgefühl als soziale Gruppe, wie das für die hergebrachte "Arbeitersolidarität" kennzeichnend war; sie entsteht in allen Lebensbereichen, wo die Individuen über kommunikative Prozesse eine gemeinsame Situation oder Interessenlage erkannt haben, wo ein Diskurs sie zum gemeinsamen Agieren geführt hat. Da fremdbestimmte Strukturen alle Lebensbereiche bestimmen, ist die Solidarisierung dagegen potentiell allgegenwärtig und umfaßt alle Betroffenen. Der Begriff "Alltagssolidarität" bringt dies auf den Punkt.⁵

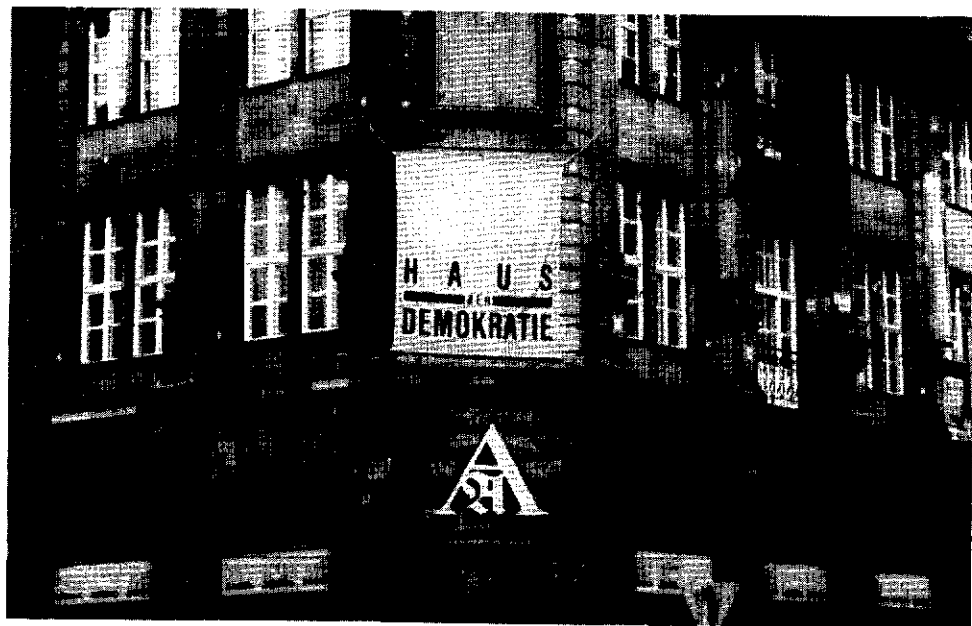
Besagt der Begriff "Alltagssolidarität", daß Solidarität potentiell gegenüber jedem und jeder geübt werden kann, der oder die zu einer offenen, gleichberechtigten Kommunikation bereit ist, daß Solidarität also universell ist, so ist ihre Herstellung gleichwohl komplizierter geworden; begründet ist dies in der notwendigen umfassenden Kommunikation ebenso wie in den vielfältig differenzierten individuellen Lebenslagen und -orientierungen. In konkreten gewerkschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen wird ein Klasseninteresse daher zunehmend globaler zu definieren sein; es kann nur darin bestehen, auf der Basis grundlegender gemeinsamer Bedürfnisse Rahmenbedingungen zu erkämpfen, die für höchst unterschiedliche Einzelinteressen Spielräume eröffnen.

* Thomas Rausch arbeitet in der "spw-Projektgruppe Gesellschaft" mit. Aus dem Diskussionszusammenhang der Projektgruppe heraus sollen in nächster Zeit weitere Beiträge zum Thema "Klassen- und Sozialstrukturen" in die Debatte eingebracht werden.

Über Ihre Buchhandlung oder direkt bei

PapyRossa Verlag

Petersbergstr. 4, 5000 Köln 41, Telefon 0221/44 85 45 u. 44 62 40, Fax 0221/44 43 05



Pluralität ...

Klassenformierung: Wo entsteht Klassenbewußtsein - in der "ArbeiterInnenbewegung"? - in den Neuen sozialen Bewegungen?

Lassen wir noch einmal Ulrich Beck zu Wort kommen: "Sehr schematisch gesprochen: An die Stelle von Ständen treten nicht mehr soziale Klassen, an die Stelle von Klassenbindungen tritt nicht mehr der stabile Bezugsrahmen der Familie. Der oder die einzelne selbst wird zur lebensweltlichen Reproduktionseinheit des Sozialen." Mit seinem Befund trifft Beck einen Sachverhalt, der für die überwältigende Mehrheit der Individuen in unserer Gesellschaft kennzeichnend ist: Klassen als lebensweltliche Realität existieren für sie nicht, nur wenige mögen sich als Klassenwesen begreifen. Das heißt jedoch nicht, daß die Entwicklung von Klassenbewußtsein hier und heute strukturell unmöglich ist; aus einer traditionellen Arbeiterkultur freilich kann es nicht erwachsen.

Dagegen haben die Erfahrungszusammenhänge, in denen Klassenstrukturen spürbar werden können, an Zahl zugenommen: So werden auch anhand der Themen, die die Neuen sozialen Bewegungen auf die politische Tagesordnung gesetzt haben, Klassenlinien sichtbar; z.B. treffen ökologische Risiken zwar grundsätzlich alle Menschen, doch existieren klassenspezifisch ungleiche Chancen, sich diesen Risiken zu entziehen oder sie zu kompensieren - angefangen beim Kontakt mit Giftstoffen am Arbeitsplatz bis zur (noch) utopischen

Luxuswohnanlage mit sauberer Luft im glaskuppelumwölbten, lärm- und abgasgeschützten Öko(gemüse)garten. V.a. wird in der ökologischen (Massen-) Bewegung auch das unterschiedliche Machtpotential bei der Durchsetzung bzw. Verurmöglichung ökologischer Strukturen immer wieder offenbar. Gleichzeitig sind Klassenstrukturen weiterhin dort erlebbar, wo entwickelte gewerkschaftliche Strukturen existieren (v.a. in Mittel- und Großbetrieben des Produktionsbereichs). Hier - in der Sphäre der Lohnarbeit - gewinnt das wachsende Selbstverwirklichungsstreben ebenso wie im Reproduktionsbereich an Bedeutung: als ein Anspruch, dessen umfassende Einlösung an Klassengrenzen stößt. Punktuell und situationsbezogen entwickeln sich somit auch heute Ansätze von Klassenbewußtsein, die sich jedoch nur selten zu einer konsistenten sozialen Orientierung verdichten. Hier fehlt es an einer gesellschaftlichen Instanz (die man sich durchaus nicht monolithisch, sondern eher als ein soziokulturell-politisches Netzwerk oder Verbundsystem vorstellen müßte), in deren Zusammenhang all diese Realitätserfahrungen zeitgemäß zusammengeführt und interpretiert werden könnten.

"ArbeiterInnenklasse" - wer ist das? Übergänge und Abgrenzungen

So manche "selbständige Mittelschichtlerin" fühlt sich mit einer lohnabhängigen Chemielaborantin und einem "lohnabhän-

gigen Intelligenzler" in einem Milieu wohl - alle drei jedoch trennt soziokulturell verhältnismäßig viel von einem Leiharbeiter-Langzeitarbeitslosen. Wo sind die vier klassentheoretisch zu verorten?

Daß ein arbeitsrechtlich selbständiger Klavierlehrer zwangsläufig bei den Zwischenschichten zwischen Kapital und Lohnarbeit eingeordnet wird, kann nicht befriedigen, wenn gleichzeitig seine verbeamtete Kollegin, die an einer staatlichen Schule Musikunterricht gibt, mehr Einkommen und nicht viel weniger Gestaltungsfreiheit besitzt, zu den Lohnabhängigen gezählt wird. Oder gehört sie doch nicht zu den Lohnabhängigen? Zählt sie nicht zur Intelligenz und damit doch wieder zu den Zwischenschichten? Zu allem Überflus ist in diesem Zusammenhang auch noch der Begriff der "lohnabhängigen Zwischenschichten" theoretisch zu verarbeiten.

Hält man sich ausschließlich an die primären Kriterien zur Bestimmung von Klassenzugehörigkeit - Eigentum an und Verfügungsgewalt über Produktionsmittel -, ist eine zeitgemäße Definition von Klassenlinien in unserer spätkapitalistischen Gesellschaft machbar. Man hüte sich vor der Tendenz, Klassenzugehörigkeit über den arbeitsrechtlichen Status zu bestimmen. Eine Abgrenzung wird stets nicht formal, sondern nach den konkreten Bedingungen erfolgen müssen; das Resultat: Der presseöffentlich gewordene Bremer Anwalt, der für sich den Anspruch auf Sozialhilfe durchsetzen konnte, besitzt kein nennenswertes Eigentum, hat auch nicht über solches zu verfügen - und gehört nach dieser Logik zu den Lohnabhängigen; sein Berufskollege mit einer großen, bekannten Kanzlei hat demgegenüber eine deutlich andere soziale Stellung; die vielen Grenzfälle, die zwischen diesen beiden Polen rangieren, sind als solche eine gesellschaftliche Realität.

Was die "Intelligenz" betrifft - d.h. 25% der Generation, die derzeit ins Berufsleben tritt -, so sollte auf paradoxe Spezialkonstruktionen wie die der "lohnabhängigen Zwischenschicht" getrost verzichtet werden: Auch unter den Leuten mit Hochschulausbildung gibt es schlichtweg Lohnabhängige und andere mit Eigentum an bzw. Verfügungsgewalt über Produktionsmittel.

Zurück zur Klavierlehrerin, die die Verfügungsgewalt über lediglich ein Klavier besitzt; sie gehört nach obigen Ausführungen recht eindeutig zu der Klasse der Lohnabhängigen. Der Begriff paßt gut auf sie: Sie ist auf den Verkauf der Ware Arbeitskraft

angewiesen, den Lohn für ihre höchstpersönliche Arbeit. Bei dem Begriff "ArbeiterInnenklasse" hingegen wird es problematisch; das Alltagsverständnis ist partout nicht davon abzubringen, daß man sich darunter eine Klasse aus Arbeitern und Arbeiterinnen (im arbeitsrechtlichen Sinn) vorzustellen hat - Angestellte etwa gehören nach dieser Logik nicht dazu. Auch wenn "ArbeiterInnenklasse" hundertmal völlig anders definiert wird, diese Definition ist nur schwer zu vermitteln.

Ein "harter Kern" der Klasse? Oder Pluralität mehr oder weniger revolutionärer Subjekte?

Hat die eingängiger als "Klasse der Lohnabhängigen" bezeichnete Klasse einen "harten Kern" oder einen "Kernbereich", wie dies beispielsweise in den 53 Thesen angenommen wird? Wodurch zeichnet sich ein solcher "harter Kern" aus? Die 53 Thesen verorten den "harten Kern" der Klasse in der Großproduktion - was diese Lohnabhängigen zu einem "harten Kern" macht, wird nicht explizit. Soll so der revolutionärste Teil des "revolutionären Subjekts ArbeiterInnenklasse" bezeichnet werden?

Die implizite These, daß den Beschäftigten in der industriellen Großproduktion eine Avantgarderolle als Motor sozialer Veränderung zukommt, fällt unter die überholten Traditionsbestände. Vielmehr ist heute eine Pluralität sozialer Milieus auszumachen, die, jeweils spezifisch, gesellschaftliche Bewegung vorantreiben - ein gewerkschaftlich geprägtes Milieu von ProduktionsarbeiterInnen gehört ebenso dazu wie die Bewegungsmilieus, die die Neuen sozialen Bewegungen tragen (und von dem Hannoveraner Forschungsprojekt "Sozialstrukturwandel und neue soziale Milieus" zu identifizieren versucht werden⁹). D.h., innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen gibt es unterschiedliche soziokulturelle und politische Zusammenhänge, die Motor sozialer Veränderung sind. Hier ein sozialstrukturell definiertes Zentrum der Bewegung zu definieren, erscheint auf der Folie der gegenwärtigen spätkapitalistischen Gesellschaft als voluntaristisch.

Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß die Neuen sozialen Bewegungen weitgehend von Lohnabhängigen getragene Bewegungen sind. Ist das ein Zufall? Das gemeinsame Schicksal der Lohnabhängigkeit bedeutet auch ge-

meinsame relative Machtlosigkeit - wenn der Befund, daß gesellschaftliche und politische Macht in hohem Maße über ökonomische Macht vermittelt werden, weiterhin gültig ist. Daraus erwächst auch das gemeinsame Interesse, dieser relativen Machtlosigkeit in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen (durch soziale Bewegung) etwas entgegenzusetzen, sie letztlich aufzuheben. Der Klassenbegriff, der uns zu ebendieser Feststellung führt, besitzt nach wie vor Erkenntniswert. Dennoch ist die sozialstrukturelle Bewegungsanalyse nicht damit gelaufen, alle Bewegten kurzerhand als Lohnabhängige zu klassifizieren. Vielmehr wird weiterhin die Differenzierung einzuführen sein, daß v.a. Lohnabhängige in den verschiedenen sozialen Bewegungen agieren, aber auch einige nach wie vor als Zwischenschichtenangehörige zu bestimmende Subjekte der Bewegung (wie etwa der oben zitierte Anwalt mit der gutgehenden Kanzlei). Der schon eingeführte Begriff des gesellschaftlichen Bündnisses von Individuen, die einige grundlegende soziale Orientierungen verbinden, führt hier weiter - umfaßt ein Milieu, das über die Klassengrenzen hinausreicht.

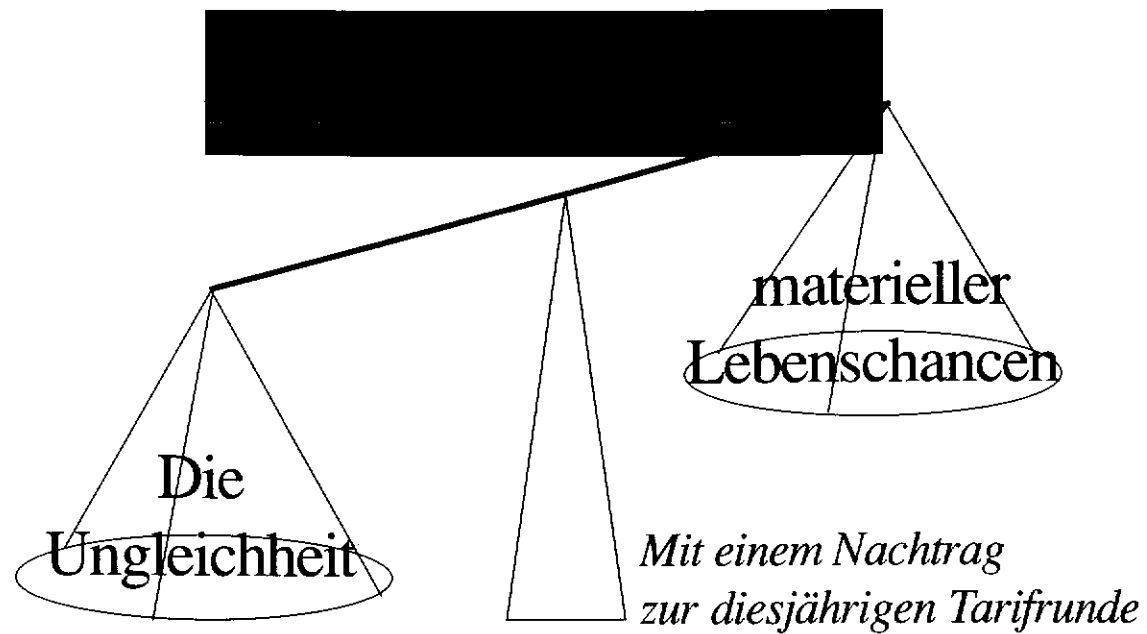
Marxistisch orientierte Theoriebildung muß heute vorrangig die Komplexität der spätkapitalistischen Gesellschaft zur

Kenntnis nehmen, deren Differenziertheit in Sozialstruktur und Lebensorientierungen. Daß auf der Folie dieser Differenziertheit auch verschiedene grundlegende Homogenitäten konstatiert werden können, bedeutet nicht, daß diese relative Homogenität in der Lebenswelt der Individuen verankert wäre. Nur auf dem Wege des gesellschaftlich-politischen Diskurses kann eine - gleichwohl stets labile - Einheit der Verschiedenen hergestellt werden.

- 1 Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986, S. 217
- 2 Rechtspopulismus und europäische Sozialdemokratie. Diskussion mit Peter von Oertzen über Modernisierungsprozesse, neuen Arbeitnehbertyp und Strategie der SPD, in: Sozialismus 12/1991
- 3 vgl. ebenda
- 4 vgl. Rainer Zoll u.a., "Nicht so wie unsere Eltern!". Ein neues kulturelles Modell?, Opladen 1989
- 5 vgl. Rainer Zoll, Von der Arbeitersolidarität zur Alltagsolidarität, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 6/1988
- 6 Beck 1986, S. 209; Hervorhebung im Original
- 7 Susi Möbbeck, Fieta Saß, Birgit Zoerner (Hrsg.), Projekt Moderner Sozialismus. 53 Thesen, Berlin 1989, S. 24
- 8 ebenda, S. 25
- 9 vgl. u.a.: Michael Vester, Neue soziale Bewegungen und soziale Schichten, in: Ulrike C. Wasmuth (Hrsg.), Alternativen zur alten Politik?, Neue soziale Bewegungen in der Diskussion, Darmstadt 1989



... mehr oder weniger revolutionärer Subjekte



von Ingrid Kurz-Scherf*

1. Arbeitseinkommen, Einkommen ohne Arbeit, Arbeit ohne Einkommen

Eine Struktur "kumulativer Ungleichheit" nannte Burkart Lutz das westliche System der Verteilung von materiellen Lebens- und individuellen Entwicklungschancen auf einem der Zukunftskongresse der IG Metall Ende der 80er Jahre. Für Lutz besteht die kumulative Ungleichheit darin, daß "alle entwickelten Gesellschaften diejenigen Arbeiten und Tätigkeiten am schlechtesten bezahlen, die auch am schwersten sind, die größten Belastungen mit sich bringen, mit besonders großen wirtschaftlichen oder gesundheitlichen Risiken behaftet sind, die geringsten Entwicklungs-, Entfaltungs- und Aufstiegsperspektiven eröffnen und in der Gesellschaft am wenigsten angesehen sind. Gleichzeitig werden alle diejenigen Tätigkeiten - meist sogenannte 'geistige Arbeit' - am besten bezahlt, die sich unter alles in allem komfortablen bis sehr komfortablen Bedingungen vollziehen, besonders angesehen sind und im Regelfall auch lebenslang gesicherte berufliche Perspektiven beinhalten. Überdies führt der Weg zu diesen Tätigkeiten über eine Jugendphase, die viel länger dauert, als sonst üblich, die mit viel Freiheit und Eigengestaltung und mit großem Erlebnisreichtum verbunden ist und aus der man sehr viel später in wirkliche Eigenverantwortung eintritt".

Burkart Lutz befaßte sich in seinem Vortrag mit den Arbeitseinkommen. Ein voll-

ständiges Bild der kumulativen Ungleichheit erhält man allerdings erst, wenn man die Einkommen ohne Arbeit und die Arbeit ohne Einkommen mit einbezieht. Die "Reichen und die Superreichen" sind immer noch diejenigen, denen Spitzeneinkünfte nicht aus Arbeit sondern aus Vermögen zufließen; und die wenigsten von diesen haben sich ihr Vermögen selbst erarbeitet, die meisten haben es geerbt. Die Armen und Ärmsten sind diejenigen, die ganz oder teilweise vom Erwerbssystem abgeschnitten sind - und ein großer Teil derjenigen, nämlich die Mehrheit der nicht erwerbstätigen Frauen, verrichtet nicht nur schwere, sondern auch gänzlich unverzichtbare Arbeit an der nachwachsenden Generation, den pflegebedürftigen Alten und ihren versorgungsbedürftigen Männern.

2. Kapitulation von Wissenschaft und Politik vor der sozialen Ungleichheit

Obwohl die interne Differenzierung der Lebenslagen für den ökonomischen Produktions- und Reproduktionskreislauf, für die Qualität der individuellen Befindlichkeiten und zwischenmenschlichen Beziehungen, sowie für die politische und kulturelle Verfassung der Gesellschaft von zentraler Bedeutung ist, ist die Verteilungsfrage schon seit einiger Zeit an den Rand des wissenschaftlichen und politischen Interesses gerückt. Dafür scheinen mir vor allem drei Gründe maßgeblich:

a) Sowohl dem Ausmaß als auch der Bedeutung nach erscheinen Einkommensunterschiede innerhalb der

führenden Wirtschaftsnationen relativ marginal gegenüber der Diskrepanz des allgemeinen Lebensniveaus in den sog. Wohlstandsstaaten und den Staaten der sog. Dritten Welt.

b) Lebensqualität und Lebenslagen bemessen sich längst nicht mehr nur nach der Einkommenshöhe. Einerseits überlagert v.a. das ökologische Risiko das in den westlichen Industriegesellschaften eh verminderte Armutsrisiko; andererseits "entdramatisieren" postmaterielle, hedonistische Lebensorientierungen die in Geldeinheiten gemessene soziale Ungleichheit.

c) Die soziale Ungleichheit ist in den westlichen Industriegesellschaften ein komplexes Geflecht von materiellen und immateriellen Kategorien, in dem sich längst nicht mehr das dichotomische Modell einer Zweiklassengesellschaft erkennen läßt. Vielmehr existiert eine Einkommenskala von 0 bis über eine Million DM pro Jahr, deren verschiedenen Stufen die Einzelindividuen und Haushalte nach nicht klar erkennbaren Kriterien zuzuordnen sind, wobei diese Zuordnung im Zuge der Einkommensmobilität ein dynamischer Prozeß ist, der allerdings dennoch eine relativ stabile Struktur der Positionierung von Berufen und Tätigkeiten, aber auch von sozialen Gruppen in der Einkommenshierarchie hervorbringt.

Eine die Komplexität der sozialen Ungleichheit ordnende, geschweige denn erklärende Einkommentheorie existiert nicht, und die Einkommenspolitik widmet sich längst nur noch Einzelaspekten wie den ritualisierten, jährlichen Lohnrunden, den Steuern und Transfereinkommen. Die

Wissenschaft und die Politik haben, so scheint's, vor der Komplexität und der Dynamik moderner Gesellschaften kapituliert. Sie beugen sich der "normativen Kraft des Faktischen" und der Macht der durch die Faktizität sanktionierten (und legitimierten?) Interessen.

3. Systematische Verniedlichung des Ausmaßes sozialer Ungleichheit durch die amtliche Statistik

Der Mangel an theoretischer Durchdringung der Dimensionen und Bestimmungsgründe sozialer Ungleichheit in materieller Hinsicht spiegelt sich auch in einer völlig unzureichenden Empirie der Einkommensverteilung wider. Schon die Kategorien, in denen sie erfaßt wird, entstammen vergangenen Epochen und haben für moderne Gesellschaften längst keine strukturbildende Qualität mehr. So werden beispielsweise mit der Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten längst nicht mehr in sich homogene und voneinander (z.B. durch Art der Tätigkeit, Ausbildung und Einkommensniveau) klar abgegrenzte Gruppen von abhängig Beschäftigten erfaßt. Auf der anderen Seite hat die Kategorie der Selbstständigen kaum noch Aussagekraft für die Erfassung differentieller Lebenslagen, da sie Großaktionäre mit den Pächtern von Kiosken, Großgrundbesitzer mit Kollektivisten alternativer Kleinstbetriebe zusammenfaßt. Spitzenverdiener aus dem Top-Management werden von der amtlichen Statistik als abhängig Beschäftigte erfaßt, und Datentypistinnen, die im Zuge der Rationalisierung in Großbetrieben "zwangsverselbständigt" wurden, gelten als Unternehmerinnen. Eine empirisch fundierte Analyse der Einkommensdifferenziale ist nicht nur erschwert durch antiquierte Kategorien der amtlichen Statistik, sondern auch durch eine "statistische Nivellierung" der Einkommensunterschiede, d.h. systematische Datenlücken sowohl bei den Niedrigsteinkommen als auch bei den Spitzeneinkünften. Um nur einige Beispiele zu nennen:

- die regelmäßig veröffentlichten Angaben der amtlichen Verdienststatistik schneiden "nach oben" die Verdienste der sog. außertariflichen Angestellten und "nach unten" die Verdienste der Teilzeit- und kurzfristig Beschäftigten ab;

- über die Höhe und Struktur der Zeiteinkünfte liegen nur äußerst lückenhafte und wahrscheinlich systematisch nach unten verzerrte Angaben vor;

- andererseits werden seitens der amtlichen Statistik und der Sozialforschung erst neuerdings Anstrengungen unternommen, das Volumen und den volkswirtschaftlichen "Wert" der einkommenslosen Arbeit in den Privathaushalten oder auch in ehrenamtlichen Funktionen zu erfassen.

Zweifelsohne bestehen erhebliche methodische Schwierigkeiten die volle Bandbreite der Einkommenshierarchie zu erfassen. Diese wurzeln aber teilweise genau in den gesellschaftlichen Verhältnissen, die es durch eine korrekte Statistik und Empirie der Einkommensverteilung zu entschleiern gälte. Daß dies nicht geschieht, kann angesichts des methodischen Aufwands der beispielsweise für hochkomplizierte ökonomische Modelle betrieben und bewältigt wird, nicht mit objektiv unlöslichen Methodenproblemen erklärt werden, sondern verweist direkt auf das Legitimationsdefizit der Einkommenshierarchie, das durch eine künstliche Stauchung des tatsächlichen Ausmaßes der sozialen Ungleichheit überdeckt wird - und zwar im Interesse derjenigen, die den "Sozialneid" und das Legitimationsdefizit ihrer Privilegien zu fürchten haben.

4. Das Leistungsprinzip als normative Legitimationsbasis sozialer Ungleichheit ...

Ein Grundpfeiler des Legitimationssystems der marktwirtschaftlich verfaßten Industriegesellschaften ist das Leistungsprinzip. Dieses hat einerseits einen egalitären Gehalt, insofern als es historisch und systematisch auf die Abwehr aller moralisch und funktional nicht gerechtfertigten sozialen Vorrechte und ständischen Privilegien zielt. Andererseits fungiert es als Legitimationsgrundlage sozialer Ungleichheit, soweit sie durch individuelle Leistungen zustande gekommen ist. Claus Offe² nennt vier Funktionen, die dem Leistungsprinzip zugeschrieben werden, und Gesellschaften, die beanspruchen, auf seiner Basis Einkommen, Status und Macht zu verteilen, als rational und gerecht erscheinen lassen:

a) erfüllt es eine Entschädigungsfunktion, indem "die arbeitenden Individuen für die individuell verschiedenen, vor und wäh-

rend der Arbeit aufgebrauchten, subjektiven und objektiven Kosten" (Ausbildung, Arbeitsmühe, Arbeitsbelastung) entschädigt werden;

b) hat es die Funktion, "askriptive Vergütungen, d.h. geschlechts-, altersspezifische und ethnisch, regional, ständisch usw. verschiedene Statusdefinitionen außer Kraft zu setzen und nach dem Grundsatz 'gleicher Lohn für gleiche Leistung' irrationale Diskriminierungen zu verhindern ... (Äquivalenzprinzip)";

c) "hat die Anwendung des Leistungsprinzips die Funktion, den Bedürfnisdruck jedes einzelnen in maximale Leistungsbereitschaft zu transformieren und so auf den Produktionsprozeß zu verteilen, daß die optimale Produktivität des Gesamtsystems erreicht wird";

d) wird dem Leistungsprinzip die Funktion zugeschrieben, "soziale Konflikte abzumildern, Ausbeutungsverhältnisse auszuschalten, und die Früchte der Arbeit in gerechter Weise zu verteilen", weil die Individuen proportional zu ihrem individuellen Beitrag zur volkswirtschaftlichen Wertproduktion an dieser beteiligt werden³.

5. ... und seine faktische Irrelevanz

Ohne hier auf die immanente Problematik des Leistungsprinzip (z.B. der latente Widerspruch zwischen der Aufwands- und Ertragsorientierung differentieller Arbeitsentlohnung, Schwierigkeit wenn nicht Unmöglichkeit der individuellen Zurechnung des Wertprodukts, materialistisch-quantitative Verkürzung des Leistungsbegriffs) eingehen zu können, dürfte die leistungspolitische Fragwürdigkeit der bestehenden Einkommensunterschiede offenkundig sein:

- dem Bezug von Einkünften v.a. aus ererbtem Vermögen steht keine individuelle Leistung gegenüber;

- tatsächlich ist die Höhe der Einkommen tendenziell umgekehrt proportional zur Arbeitsmühe (siehe oben: kumulative Ungleichheit);

- vergleicht man die Auswirkungen eines Streiks von Fabrikarbeitern oder Bürokräften mit den Auswirkungen eines fiktiven Streiks des betrieblichen Managements (oder noch extremer von hochbezahlten Börsen- und Immo-

* Ingrid Kurz-Scherf: ehemals wissenschaftliche Referentin am WSI. Dann Staatssekretärin Arbeitsministerium-Saarland und in Brandenburg; arbeitet derzeit als Wissenschaftlerin in Berlin.

bilienmaklern oder auch Verbandsfunktionären), dann wird die Annahme, daß letztere im Vergleich zu ersteren entsprechend ihrem Einkommen ein Vielfaches zum Wertprodukt der Volkswirtschaft beitragen, doch einigermaßen fragwürdig;

- die Nicht-Bezahlung der Arbeit in den privaten Haushalten und in ehrenamtlichen Funktionen kann leistungstheoretisch überhaupt nicht begründet oder gerechtfertigt werden;
- Leistungsadäquanz oder -gerechtigkeit erfordert nicht nur die Eliminierung der Geltung askriptiver Merkmale bei der Entlohnung sondern schließt auch die Reglementierung des Zugangs zum Erwerbssystem nach Geschlecht, sozialer Herkunft, ethnischen Merkmalen aus. Tatsächlich herrscht aber im Bildungs- und Ausbildungswesen, in den Einstellungs-, Beförderungs-, Weiterbildungspolitiken der Unternehmen, in den Zugangsvoraussetzungen zum sogenannten Normalarbeitsverhältnis keineswegs geschlechtliche, soziale und ethnische Chancengleichheit.

Wie brisant der offenkundige Widerspruch der gesellschaftlichen Verteilung von Lebenschancen zu dem als einzig legitimem Maßstab sozialer Ungleichheit postulierten Leistungsprinzip ist, zeigt sich in der angeblich methodischen Problemen geschuldeten Verniedlichung des Ausmaßes sozialer Ungleichheit in der amtlichen Statistik; bezeichnend für den amtlichen Eifer der Vorab-Legitimation von Einkommensunterschieden nach dem Leistungsprinzip und dessen Scheitern an den realen Verhältnissen ist auch die Tatsache, daß das Statistische Bundesamt die Löhne und Gehälter nach sogenannten Leistungsgruppen von Arbeitern und Angestellten ausweist, die höchste "Leistungsgruppe" der Angestellten dann aber nach dem formalen Kriterium der außertariflichen Entlohnung abgrenzt, und innerhalb dieser Gruppe eine Unterscheidung nach der Höhe des Gehalts vornimmt, um dann schließlich nur in mehrjährigen Abständen Angaben zu den Verdiensten der außertariflichen Angestellten mit einem Jahreseinkommen von bis zu ... DM zu veröffentlichen⁴.

6. Der "funktionalistische" Legitimationsversuch ...

Das Legitimationsdefizit der Einkommenshierarchie nach dem Leistungsprinzip wird, so ließe sich argumentieren, kom-

pensiert durch die faktische Effizienz der Einkommensdifferenzierung im Sinne der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, der Leistungsbereitschaft der Individuen, der gesellschaftlichen Akzeptanz der bestehenden sozialen Ungleichheit und damit der politischen Stabilität des Gemeinwesens. Dem normativen Legitimationslag der sozialen Ungleichheit stünde dann ein funktionaler Legitimationsüberschuß gegenüber, der den bestehenden Verhältnissen eine wenigstens ausreichende gesellschaftliche Akzeptanz verschafft.

- Die Tatsache und die Höhe der arbeitslosen Einkommen wären dann durch den Erfolg der ökonomischen Steuerung nach dem Prinzip privater Kapitalverwertung gerechtfertigt.
- Die innere Differenzierung der Arbeitseinkommen hätte dann zwar, wie Claus Offe herausgearbeitet hat, "den Charakter einer leistungsunabhängigen Bestätigung von Selbstwert-Definitionen von Positionen" ⁵; solange sie aber innerbetrieblich als Mittel der Disziplinierung und Leistungssteigerung und überbetrieblich als Instrument zur optimalen Allokation der Arbeitskräfte funktioniert und mit den "Angemessenheits-Standards" der Beschäftigten übereinstimmt, können sie als faktisch gerechtfertigt gelten.
- Die Tatsache der unbezahlten Arbeit in den privaten Haushalten und ehrenamtlichen Funktionen könnte dann noch lange den feministischen Diskurs über den herrschenden Arbeits- und Leistungsbegriff der Industriegesellschaft prägen; solange - durch welche Mechanismen auch immer - die gesellschaftlich notwendige Arbeit in den Privathaushalten auch ohne Bezahlung sichergestellt werden kann, besteht kein Anlaß denjenigen, die sie verrichten, einen Anspruch auf unmittelbare Teilhabe am sog. Volkseinkommen einzuräumen und damit u.U. eine neue Front im Verteilungskonflikt zu eröffnen.

7. ... und sein Scheitern an der faktischen Disfunktionalität kumulativer Ungleichheit

Die ursprünglich zumindest partiell durchaus plausible funktionalistische Legitimation hat die kumulative Ungleichheit zweifelsohne bis in die jüngste Zeit hinein gegen normative Kritik weitgehend immuni-

siert. Mit dem tiefgreifenden Strukturwandel marktwirtschaftlich verfaßter Industriegesellschaften wird aber auch die "Funktionsgerechtigkeit" der bestehenden Einkommenshierarchie immer fragwürdiger, sodaß sich das normative Legitimationsdefizit mit dem funktionalistischen zu einer zwar bisher nur latenten, aber umfassenden Legitimationskrise sozialer Ungleichheit verdichtet:

- Die Gleichzeitigkeit von Massenarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel in den alten Bundesländern und das Paradoxon von Millionen beschäftigungslosen Neu-Bundesbürgern einerseits und einem gigantischen Volumen notwendiger, unerledigter Arbeit in den Neuen Bundesländern andererseits zeigen, daß die Einkommensunterschiede längst nicht mehr ihrer vorgeblichen Allokationsfunktion entsprechend eine optimale Verteilung der menschlichen Arbeitskraft auf die zu stellenden Arbeitsfelder zustande bringen.
- Die private Aneignung von großen Teilen der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung in Form von privaten Profiten und arbeitslosen Einkommen führt zu dem nicht minder skandalösen Paradoxon, daß die deutsche Bundesbank einerseits einen Überschuß von liquiden Mitteln bei den westdeutschen Unternehmen in Höhe von rd. 700 Mrd. DM ermittelt und andererseits der Aufbau einer leistungsfähigen Infra- und Wirtschaftsstruktur in den Neuen Bundesländern am vielbeklagten "Kapitalmangel" scheitert, also letztendlich auch daran, daß vorhandene Mittel nicht in gesellschaftlich sinnvolle Verwendung gelenkt werden können.
- Die Spannweite und die individualistische Basis der bestehenden Einkommensunterschiede bzw. Lohn- und Gehaltssysteme sind längst zu einem Hemmschuh der Modernisierung der Produktionsprozesse und der Arbeitsorganisation geworden. Die Einführung neuer Produktions- und Organisationskonzepte, die mit den Stichworten "flachere Hierarchien", Dezentralisierung, Gruppenarbeit, Partizipation etc. verbunden sind, scheitert nicht selten am Beharrungsvermögen von Einkommensstrukturen und Lohnsystemen, die aus militaristischen Entscheidungsstrukturen und tayloristischen Organisationsprinzipien entstanden sind und auf deren Konservierung

hinwirken, obwohl sie von der technischen Entwicklung und dem Fortschritt der Arbeitsorganisation längst überholt wurden.

Unter dem Stichwort "Wertewandel" und vor dem Hintergrund eines anwachsenden "Alternativsektors" einerseits und dem weitverbreiteten Phänomen der "inneren Kündigung" andererseits ergibt sich z.B. die Frage, ob die Einkommensorientierung nicht durch andere Werte so stark relativiert wird, daß die Einkommensunterschiede "in the long run" ihre Funktion der Disziplinierung, des Leistungsanreizes und der Loyalitätssicherung weitgehend einbüßen.

- Während im System der Erwerbsarbeit nicht zuletzt in Inadäquanz der Bezahlung gerade von besonders belastenden und teilweise auch besonders verantwortungsvollen Tätigkeiten (z.B. in der Pflege und Kinderbetreuung aber auch in immer mehr Bereichen der industriellen und handwerklichen Facharbeit) erhebliche Allokationsprobleme hervorruft, verursacht die Organisation und Nicht-Bezahlung eines Teils der gesellschaftlich unverzichtbaren Arbeit gleichzeitig ebenfalls erhebliche Störungen nicht nur im Reproduktionskreislauf der Gesellschaft sondern auch im Zusammenleben der Individuen. Der "Pflegenotstand" und der "Fachkräftemangel" auf der einen Seite und steigende Scheidungsziffern, sinkende Geburtenraten und ein immer spannungreicherer Geschlechterverhältnis auf der anderen Seite signalisieren, daß die in den Einkommensunterschieden manifestierte Geltungshierarchie von Tätigkeiten und Berufen längst in Widerspruch geraten ist beispielsweise zum Gleichheitsbewußtsein zwischen den Geschlechtern und allgemein zu den Angemessenheits-Standards in der Bevölkerung in Bezug auf ein gerechtes oder zumindest akzeptables Verhältnis von Lohn und Leistung.
- Im Zusammenhang mit der Geschlechterfrage ergibt sich ein weiteres grundlegendes Problem der Einkommensdifferenzierung: traditionell enthält diese das Moment des Familienlohns, d.h. es basiert auf der Vorstellung des männlichen Arbeitnehmers, der im Zuge seines beruflichen Aufstiegs in die Lage versetzt wird, "seine" Familie zu ernähren, also

auch seine nach der Heirat oder spätestens nach der Geburt des ersten Kindes als nicht mehr erwerbstätig unterstellte Ehefrau. Bekanntlich entspricht diese Vorstellung immer weniger den realen Verhältnissen. Der Tendenz nach streben diese auf eine von einander unabhängige, eigenständige Existenzsicherung beider Geschlechter und in diesem Zusammenhang auch auf eine relative Angleichung geschlechtsspezifischer Einkommenspositionen und Berufsverläufe hin. Nicht zuletzt die bestehenden Einkommensstrukturen hemmen und blockieren diese Tendenz bzw. lenken sie in Formen neuer und brisanter sozialer Ungleichheit. Stichworte dafür sind die zunehmende Diskrepanz der Lebenslagen z.B. von kinderlosen Ehepaaren und kinderreichen Familien, das Wohlstandsgefälle zwischen den "Doppelverdiener-Haushalten" und den Arbeitslosen-Haushalten, das Scheitern einer solidarischen Lohnpolitik (z.B. Sockel- und Festgeldbeträge) an den Einkommensansprüchen in den höheren, vorwiegend männlich besetzten Tarifgruppen, die Blockade einer Umverteilung der Arbeit durch einschneidende Arbeitszeitverkürzung wegen der daran geknüpften Ängste der "Besserverdienenden" um ihre Einkommensprivilegien.

8. Kurzfristiger Legitimationsschub ...

Der Zusammenbruch des "real-sozialistischen" Regulations- und Verteilungsmodells bewirkte kurzfristig einen Legitimationsschub für die Verhältnisse in den marktwirtschaftlich verfaßten Industriegesellschaften, insbesondere auch hinsichtlich der Verteilungsfrage nach dem Grundsatz "richtig ist, was funktioniert":

- der Profit erscheint als das überlegene Steuerungsprinzip gegenüber der zentralwirtschaftlichen Planung und die arbeitslosen Einkommen erscheinen als ein normativ vielleicht fragwürdiges, faktisch aber unvermeidliches Regulativ einer modernen Ökonomie;
- die Leistungsbereitschaft der Beschäftigten in den "real-sozialistischen" Ökonomien wurde scheinbar gebremst durch eine zu geringe und falsche (nämlich sehr viel stärker an dem Kriterium der Arbeitsmühe

ausgerichteten) Einkommensdifferenzierungen;

- die Transformation eines großen Teils der in den westlichen Ökonomien unbezahlten Arbeit in den Privathaushalten in bezahlte Arbeit in Kindertagesstätten, Ganztagschulen, Pflegeheimen etc. hat anscheinend den "Lohnfonds" der östlichen Volkswirtschaften zulasten ihrer Investitions- und Innovationsfähigkeit überfordert.
- Und vor allem konnten die "real-sozialistischen" Staaten sich durch ihre sehr viel egalitäreren Verteilungsprinzipien offenkundig nicht die Loyalität ihrer Bevölkerungen sichern, während die erhebliche Ausweitung der sozialen Ungleichheit in vielen westlichen Staaten (insbesondere USA, Großbritannien, BRD) seit Anfang der 80er Jahre durch Massenarbeitslosigkeit, ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse, Deregulierung der Verwertungsbedingungen der menschlichen Arbeitskraft den gesellschaftlichen Grundkonsens dort jedenfalls bisher nicht ernsthaft in Frage gestellt hat.

9. ... und mittelfristige Verschärfung der Legitimationsdefizite sozialer Ungleichheit durch den Zusammenbruch des "Ost-Blocks"

Die Entlastungsfunktion des "real-sozialistischen" Zusammenbruchs für die "real-kapitalistischen" Verhältnisse basiert jedoch mehr auf dem äußeren Anschein als auf einer korrekten Analyse sowohl der eigentlichen Ursachen des ökonomischen und politischen Fiaskos in den ehemaligen RGW-Staaten als auch der Funktionsweise beispielsweise des "Modell Deutschlands" und wird deshalb nur kurzfristig wirksam sein. Es ist bereits jetzt erkennbar, daß auf mittlere Sicht gerade der Triumph des westlichen Regulations- und Verteilungsmodells in der Systemkonkurrenz dessen Legitimationsdefizite empfindlich verschärfen wird:

- Die normative und faktische Befestigung des "überlegenen" Modells der marktgesteuerten Ökonomie und seiner Prinzipien und Methoden der Verteilung von Einkommen, Status und Macht durch das Scheitern der "real-sozialistischen" Alternativ ist nur die eine Seite der Medaille. Die Kehrseite ist der Verlust einer bedeutsamen Legitimation des westlichen Regulati-

onsmodells als dem "kleinere Übel", dem effizienteren Wirtschaftssystem, der freieren Gesellschaftsordnung, einfach weil es das "größere Übel", die "sozialistische Mißwirtschaft", die Diktatur der Partei usw. nicht mehr gibt. Damit wächst die Notwendigkeit der Selbst-Legitimation der Verhältnisse in den westlichen Industriegesellschaften und damit möglicherweise auch die Sensibilität für die bestehenden Legitimationsdefizite.

Die Reorganisation der ehemals zentralverwalteten Ökonomien nach den westlichen Produktions- und Verteilungsregulativen inszeniert ein Ausmaß an sozialer Ungleichheit, das die westlichen Verhältnisse noch bei weitem übertrifft und Assoziationen an die Zustände in der sog. Dritten Welt weckt. Im Unterschied zu diesen treffen die Mechanismen extremer Ungleichverteilung von Chancen und Risiken in den ehemals real-sozialistischen Staaten auf egalitäre Wertstrukturen, die sich mit dem Bankrott des Systems, unter dem sie sich herausgebildet hatten, durchaus nicht einfach aufgelöst haben.

Gleichzeitig bewirkt die veränderte Ost-West- und Weltmarkt-Konstellation auch in den westlichen Gesellschaften eine Verschärfung der Verteilungskonflikte, wie sich vor allem in der Bundesrepublik bereits heute klar erkennen läßt. Durchaus systemimmanent und nicht nur aus sozialer Unverantwortlichkeit beispielsweise der amtierenden Bundesregierung werden Lasten und Nutzen der deutschen Einheit nach den vorgefertigten Mustern der Verteilung von gesellschaftlichen Chancen und Risiken an die Bevölkerung weitergegeben; die in den 80er Jahren eh schon ausgeweitete soziale Ungleichheit erhält damit einen neuen Schub, der, wie der jüngste Tarifkonflikt im Öffentlichen Dienst gezeigt hat, nun scheinbar endgültig die Folgebereitschaft der Gewerkschaften und die Belastbarkeit "staatstragender Bevölkerungsgruppen" überfordert.

10. Einkommenspolitik ist Machtpolitik

Eine Verschärfung der Verteilungskonflikte führt durchaus nicht im Selbstlauf zu einem Abbau ungerechtfertigter Ungleich-

heiten, sondern kann durchaus auch die vorhandene Ungleichheit noch weiter vertiefen und auf eine höhere Stufenleiter heben. Dies liegt in der Logik der kumulativen Ungleichheit, nach der eben nicht nur relativ komfortablere Arbeits- und Lebensbedingungen relativ besser honoriert werden, sondern die auch den relativ privilegierten Bevölkerungsgruppen eine relativ bessere Position im Verteilungskonflikt vermittelt, die umso mehr zum Tragen kommt, je schärfer dieser Konflikt ausgetragen wird.

Wenn auch die bestehenden Einkommensunterschiede nicht mehr als "akzeptierte Geltungshierarchie" (Offe) interpretierbar sind, so reflektieren sie doch immer noch die herrschende Macht- und Statushierarchie. Und auch wenn sich mit guten Gründen argumentieren läßt, daß die Einkommenshierarchie nicht nur dem normativen Postulat der Gerechtigkeit entgegensteht, sondern auch die Fortentwicklung der produktiven Kräfte industrieller Gesellschaften eher hemmt als fördert, daß sie die Loyalität mit herrschenden Interessen, Arbeitsweisen und Lebensformen prämiert und damit konserviert, wo eigentlich Anreize zu einem fundamentalen Umdenken und Raum für die Entfaltung einer neuen Arbeitskultur und neue Formen der "Vergemeinschaftung" der Individuen geschaffen werden müßten, so scheidet diese Kritik dennoch an genau der gut gesicherten und wohl organisierten Macht- und Statushierarchie, die sich in den Einkommensunterschieden ihren adäquaten, "geldwerten" Ausdruck verschafft hat.

Der von Burkart Lutz propagierte Paradigmenwechsel der Einkommenspolitik von der kumulativen zur kompensatorischen Ungleichheit und jede andere Strategie der Angleichung materieller Lebens- und individueller Entwicklungschancen setzt notwendig die politische Stärkung der Durchsetzungskraft derjenigen Interessen, Bedürfnisse und Werte voraus, die durch die bestehende Macht- und Statushierarchie (bzw. die sie absichernde Organisation von Arbeit und Leben und die sie zugleich reflektierende und konservierende Verteilung von Einkommen) systematisch unterdrückt und ausgegrenzt werden. Eine solche Politik der Gegenmacht ist schon schwierig genug, solange und soweit die Grundlagen von Einkommensprivilegien im wesentlichen mehr oder weniger raffinierte Methoden der Ausbeutung sind; sie wird aber noch viel schwieriger, wenn und soweit sich die herrschenden Ver-

hältnisse durch Ausgrenzung der "Überflüssigen" aus dem Interessenskonflikt der diesen gegenüber gemeinsam relativ Privilegierten absichern.

Insofern wirft die kumulative Ungleichheit nicht nur die Frage nach neuen, gerechteren und effizienteren Verteilungskriterien auf, sondern vor allem das Problem der Vertretung und Vermittlung divergierender und machtpolitisch sehr ungleich ausgestatteter Interessen. Beides aber setzt eine Re-Aktivierung des wissenschaftlichen und politischen Diskurses über Verteilungsfragen voraus, die zur Zeit allerdings noch nicht einmal in Ansätzen erkennbar ist.

Nachtrag zur Tarifrunde im Öffentlichen Dienst

Nachdem in der diesjährigen Tarifrunde für die Metallindustrie auf dem Verhandlungsweg eine Einigung erzielt werden konnte, scheint der soziale Friede, der durch den Streik im Öffentlichen Dienst und die Streikdrohung in etlichen anderen Bereichen gefährdet schien, vorerst wieder gerettet zu sein. Dennoch besteht kein Anlaß zur "Entwarnung", denn die diesjährige Tarifrunde prägenden Konflikte wurden allenfalls befriedet, aber keineswegs gelöst, und können sich schon sehr schnell in einer umfassenden sozialen, politischen und in der Folge auch ökonomischen Krise entladen. Vor allem die Gewerkschaften müssen damit rechnen, daß sie noch tiefer in die Klemme des sich verstärkenden Drucks auf Lohnverzicht seitens der Politik und der Wirtschaft einerseits und eines in entgegengesetzter Richtung wirkenden, sich ebenfalls verstärkenden Erwartungsdrucks ihrer Mitgliedschaft andererseits geraten. Für sie steht nicht weniger als ihre Organisationskraft auf dem Spiel, und für die Gesellschaft geht es um nicht weniger als um die Bindungs- und Vermittlungsfähigkeit der Gewerkschaften in einer höchst brisanten sozialen Konfliktlage. Vor allem der Verlauf und die Ergebnisse der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst geben allen Anlaß, die Verschnaufpause, die sich die Gewerkschaften mit dem glimpflichen Ausgang der diesjährigen Tarifauseinandersetzungen verschafft haben, für eine forcierte Strategiedebatte zu nutzen.

In der diesjährigen Tarifrunde im Öffentlichen Dienst überlagerten sich mehrere verteilungs- und tarifpolitisch relevante

und gerade in ihrer Verschränkung höchst brisante Konfliktlinien, die sich mit dem Abschluß der Verhandlungen keineswegs aufgelöst haben:

a) Umverteilung des Volkseinkommens zu Lasten der Abhängig Beschäftigten schon seit Beginn der 80er Jahre: Die extrem unausgewogene Entwicklung der Unternehmensgewinne (Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit 1980 bis 1990: + 176 % netto) und der Selbständigeneinkommen (verfügbare Haushaltseinkommen 1980 bis 1989: netto-real + 31 %) auf der einen Seite und der Arbeitnehmerinkommen (verfügbare Haushaltseinkommen 1980 bis 1989: netto-real +/- 0) auf der anderen Seite hat im Verlauf der 80er Jahre und zu Beginn der 90er Jahre einen erheblichen Nachholbedarf bei der Lohn- und Gehaltsentwicklung sowie einen entsprechenden Erwartungsdruck auf die Gewerkschaften aufgehäuft.

b) Besonderer Nachholbedarf des Öffentlichen Dienstes: Bei der eh bescheidenen Entwicklung der Tarifeinkommen (+ 20,6 % im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt von 1984 bis 1990) hat der Öffentliche Dienst besonders schlecht abgeschnitten (+ 15,9 % im gleichen Zeitraum).

c) Ungleichverteilung von Kosten und Nutzen der deutschen Vereinigung: An die bereits ein Jahrzehnt andauernde permanente Verschlechterung der relativen Einkommensposition der abhängig Beschäftigten gegenüber den Beziehern von Kapitaleinkünften schloß sich eine extrem ungleiche Verteilung von Kosten und Nutzen der deutschen Einheit an: Sonderkonjunktur und Sondergewinne für die Unternehmen, Sonderopfer und Sonderbeiträge für die Arbeitnehmer; Kreditfinanzierung der Milliardentransfers in die neuen Bundesländer, die aus Steuergeldern "bedient" werden müssen und deren Zinsen den Geldvermögensbesitzern zufließen; eine permanente Debatte über weitere Solidaritätsoffer der Arbeitnehmer, während die Unternehmen gleichzeitig in ihren Kassen rd. 700 Mrd DM liquide Mittel horten und eine die Unternehmen weiter entlastende Steuerreform vorbereitet wird, obwohl die durchschnittliche Steuerbelastung der Unternehmensgewinne von 1980 bis 1990 schon von 34 % auf 21 % gesunken ist - bei leicht ansteigender Belastung der Arbeitnehmerinkommen durch Steuern

und Abgaben (+ 0,9 % auf 29,5 % von 1980 bis 1990) im gleichen Zeitraum.

d) Ausdifferenzierung der Lebenslagen durch Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung und uneinheitliche Entwicklung der Arbeitseinkommen: Parallel zur Verschiebung der Einkommensrelationen zwischen Unternehmen und Beschäftigten bewirkte die zu Beginn der 80er Jahre sprunghaft ansteigende und sich danach auf hohem Niveau verfestigende Massenarbeitslosigkeit mit einem wachsenden Anteil von Langzeitarbeitslosen und die Ausweitung von alten und neuen Formen prekärer Beschäftigung die Entstehung einer wachsenden Population von Menschen, die an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung gar nicht mehr oder nur noch phasenweise und eingeschränkt partizipieren. Darüber hinaus vergrößerte sich auch die innere Differenzierung der Lohneinkommen (Die Differenz zwischen den durchschnittlichen Angestellten- und Arbeiterverdiensten erhöhte sich von 1980 bis 1990 von 36,7 % auf 42,8 %; der Abstand zwischen den untersten und - vom Statistischen Bundesamt erfaßten - höchsten Angestelltengehältern wuchs im gleichen Zeitraum von 151,8 % auf 162,6 %).

e) Neue Qualität sozialer Ungleichheit durch die Deutsche Einheit: Die Differenzierung der Einkommen und Lebenslagen wurde durch die deutsche Vereinigung nicht nur um die Ost-West-Dimension erweitert, sondern bekam schlagartig auch ein Ausmaß, das alle bisherigen Maßstäbe sprengt. Die Durchschnittsverdienste in den neuen Bundesländern Anfang 1991 nur bei rund 1/3 der Durchschnittsverdienste in den alten Bundesländern; die Angleichung der Einkommen geht seither sehr viel langsamer voran als die Angleichung der Preise und der Lebenshaltungskosten, zumal immer mehr Bürger und Bürgerinnen in den Neuen Bundesländern durch Arbeitslosigkeit von der Einkommensangleichung der noch Beschäftigten abgekoppelt werden.

f) Diese ohnehin schwierige Gemengelage wird zusätzlich dadurch verkompliziert, daß sich nicht nur in der westdeutschen Bevölkerung seit einigen Jahren Politikmüdigkeit und Parteienverdrossenheit verbreitet haben, sondern daß auch die Gewerkschaften in eine Krise ihres Vertretungsanspruchs hineingeraten sind, die sich beispielsweise in

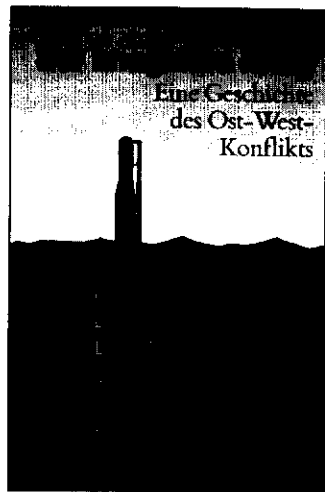
zunehmenden Schwierigkeiten der Vermittlung auseinanderstrebender Interessen, in einer überalterten Mitgliederstruktur, in einer Verkrustung der gewerkschaftlichen Willensbildung und Apparate, in der Schwächung der Durchschlagskraft traditioneller Instrumente etc. ausdrückt. Auch wenn die westdeutschen Gewerkschaften im internationalen Vergleich noch relativ gut dastehen, so gefährdet eine mehrjährige Folge von Tarifabschlüssen unterhalb des verteilungsneutralen Niveaus dennoch auf Dauer ihre Organisations- und Bindungskraft - jedenfalls dann, wenn diese nicht durch Erfolge auf anderen Feldern kompensiert werden.

Die Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung hat allerdings gezeigt,

- erstens, daß die Gewerkschaften sehr wohl auch außerhalb der "Lohnmaschinerie" attraktive und mobilisierungsfähige Projekte entwickeln und durchsetzen können - der entscheidende Streik für den Einstieg in die 35-Stunden-Woche wurde vor dem Hintergrund der bis dahin schärfsten Arbeitsmarktkrise in der Geschichte der BRD und unmittelbar nach der politischen Wende zur konservativ-liberalen Hegemonie geführt - und

- zweitens, daß Solidarität (damals zwischen den Beschäftigten und den Arbeitslosen) immer noch ein mobilisierungsfähiger politischer Faktor ist, der allerdings über qualitative Ziele und Forderungen möglicherweise leichter zu aktivieren ist als unmittelbar in der Lohnfrage.

Was den aktuellen Zustand der Gewerkschaften angeht, so hatte die Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung jedoch auch nicht nur positive Auswirkungen: gerade im Öffentlichen Dienst hatte u.a. das sehr zögerliche Tempo und das gewerkschaftliche Versäumnis der (gerade dort durchaus möglichen) Kontrolle der Beschäftigungseffekte einerseits und Belastungseffekte der Arbeitszeitverkürzung andererseits auch deutlichen Unmut in der Mitgliedschaft zur Folge, der sich mit der Lohnfrustration in bestimmten Bereichen paarte: Gerade in den Bereichen, die eh durch ein krasses Mißverhältnis von Arbeitsbelastung und Entlohnung geprägt sind, wirkte sich die Verdichtung der Leistungsanforderungen durch den nicht vollzogenen Personalausgleich für die Arbeitszeitverkürzung besonders nachteilig aus. Dies hat sicher mit zu dem offenen Aufbegehren bestimmter Berufsgruppen v.a. im pflegerischen und Betreuungsbe-



Mary Kaldor

Der imaginäre Krieg

Eine Geschichte des Ost-West-Konflikts

Aus dem Englischen von Michael Haupt und Thomas Laugstien
295 S., br., DM 34,-

Der Kalte Krieg ist vorüber. Mary Kaldor, Politologin und engagierte Pazifistin, legt hier eine erste Analyse und Bestandsaufnahme von 45 Jahren europäischer Nachkriegsgeschichte vor, die in einschneidender Weise durch den Ost-West-Konflikt bestimmt waren. Ihr Ziel ist es, die internationalen Beziehungen neu zu denken und den traditionellen, an Machtpolitik orientierten Ansatz zu überwinden. Für Mary Kaldor sind die Supermächte nicht die einzigen Akteure auf der weltpolitischen Bühne; vielmehr betont sie die Bedeutung innenpolitischer Vorgänge und hebt den Einfluß von sozialen Bewegungen und ökonomischen Prozessen hervor. Viele der in diesem Buch entwickelten Ideen sind aus dem Dialog entstanden, der sich während der achtziger Jahre zwischen der Friedensbewegung des Westens und den Demokratiebewegungen des Ostens entfaltet hat. An diesem Dialog hat Mary Kaldor aktiv mitgewirkt.

Eigens für die deutsche Ausgabe hat die Autorin ein Vorwort geschrieben, in dem sie die Perspektiven beleuchtet, die sich aus der jüngsten Entwicklung in Osteuropa ergeben.

»Provokativ, erfrischend und zugleich überaus sensibel geschrieben. Mary Kaldors Buch faßt die großen politischen und militärischen Optionen zu einer klaren Perspektive zusammen.« Charles Tilly, New School for Social Research, New York

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

reich und zur Abwanderung anderer aus dem Öffentlichen Dienst beigetragen.

Dies wurde seitens der zuständigen Gewerkschaften aber nicht zum Anlaß für eine generelle Kritik und Reform der antiquierten Tarifstrukturen im Öffentlichen Dienst genommen, obwohl die deutsche Vereinigung dazu eigentlich eine günstige Gelegenheit geboten hätte. In der oben mit den Punkten a) bis f) skizzierten, sehr komplexen Gemenge- und Konfliktlage konzentrierten und konzentrieren sich die Gewerkschaften in der diesjährigen Tarifrunde für Westdeutschland vielmehr ausschließlich auf die ersten drei Problemfelder. Das heißt, sie thematisierten nicht die zunehmende Ausdifferenzierung der Lebenslagen in der Arbeitnehmerschaft und sie reduzierten die "deutsch-deutsche Frage" auf die Proklamation einer möglichst schnellen "Tarifunion" nach dem Prinzip der "aufholenden Entwicklung" in den neuen Bundesländern und der "vorausseilenden Lohnsicherung" in den alten. Weder wurde der Versuch unternommen, die unterschiedlichen und teilweise auseinanderstrebenden Interessen in einer qualitativen Forderung zusammenzuführen und der Verunsicherung und Verängstigung durch ein überzeugendes Reformprojekt (beispielsweise Einrichtung von Tariffonds zur Finanzierung beispielhafter Projekte der Strukturentwicklung in den neuen Bundesländern oder eine umfassende Tarifstrukturreform) entgegenzuwirken, noch konnte sich die Initiative des DGB-Bundesvorstands für eine auch nach innen zu führende Auseinandersetzung um Solidarität in den Mitgliedsgewerkschaften, im Funktioniärskörper und "an der Basis" durchsetzen. "Als wäre nichts gewesen" gingen die Gewerkschaften mit reinen Prozentforderungen in die Tarifrunde '92, die sie ganz genau so auch beziffert und begründet hätten, wenn die Bundesrepublik immer noch die alte wäre, wenn in den neuen Bundesländern nicht inzwischen die Hälfte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen "freigesetzt" worden wäre, wenn in den alten Bundesländern nicht trotz Sonderkonjunktur immer noch 1,7 Millionen Arbeitslose registriert würden, wenn sich innerhalb der Arbeitnehmerschaft die kumulative Ungleichheit nicht bedrohlich ausgeweitet hätte, usw.

Vielleicht sollte dies als eine der wichtigsten Lehren aus der mehrheitlichen Ablehnung des Streikergebnisses im Öffentlichen Dienst gezogen werden: es geht nicht mehr weiter nach der Methode "bu-

siness as usual" - und zwar weder was die Inhalte noch was die inneren Willensbildungsstrukturen und Abstimmungsprozesse in der gewerkschaftlichen Tarifpolitik anbelangt. Der seitens der Gewerkschaftsführung auch als Protestaktion gegen die "Entsorgung der sozialen Frage" in der aktuellen Politik der Bundesregierung geplante Streik war ein überraschender und voller Erfolg; er wurde aber an der Basis als Mißerfolg gewertet, weil sein Ergebnis offenbar an anderen Kriterien gemessen wurde als in den Gewerkschaftszentralen. Dies indiziert zumindest erhebliche Kommunikationsstörungen und Lücken im gewerkschaftlichen Diskurs. Nun mag man argumentieren, daß solche Urabstimmungsergebnisse nach schwierigen Tarifaufeinandersetzungen erstens keine Seltenheit und zweitens kein Unglück sind, und die mehrheitliche Ablehnung des Tarifkompromisses durch die gewerkschaftliche Basis die beabsichtigte Signalwirkung des Streiks gegenüber der herrschenden Klasse in Politik und Wirtschaft noch deutlich untermauert. - Die Frage ist allerdings, ob das, was da in der breiten Mitgliedschaft der Gewerkschaften gärt und sich im Abstimmungsverhalten nach dem Streik ausgedrückt hat, tatsächlich eine beginnende "Soziale Bewegung" für eine gerechtere und weitsichtiger Bewältigung der mit der deutschen Einheit eher zugespitzten Gegenwartsprobleme und Zukunftsrisiken darstellt, oder nicht vielmehr auf das Erstarken von Einzelinteressen und Gruppenegoismen und den Zerfall der Vermittlungsfähigkeit und Bindungskraft der Gewerkschaften hindeutet.

Groteskerweise konnten die Gewerkschaften die "soziale Komponente" des Tarifabschlusses nicht als ihren Erfolg vermitteln - und zwar am wenigsten denjenigen, die davon profitierten. Die Öffentlichen Arbeitgeber, die seit Jahrzehnten jeder gewerkschaftlichen Forderung nach überdurchschnittlicher Anhebung der unteren Lohngruppen, nach Sokkel- oder Kappungsbeträgen mit erbittertem Widerstand begegneten, und gemeinsam für Öffnungsklauseln in der Tarifverträgen zur Legalisierung der untertariflichen Bezahlung in den unteren Lohngruppen streiten - diese Öffentlichen Arbeitgeber, die als politische Exekutive mit ihrer unsozialen Politik den ganzen Streik überhaupt erst provoziert haben, erhielten Gelegenheit, sich als vorgebliche Sachwalter der Unterprivilegierten zu profilieren und die Gewerkschaften wieder einmal in der Ecke der

phantasielosen Struktur-Konservierer abzuschieben. Nur ein Regiefehler in der Forderungspolitik und Arbeitskampfstrategie der Gewerkschaften? Oder auch ein Indiz für die Verhaftung der Gewerkschaften in überkommenen Strukturen und ihren strukturellen Konservatismus, der immer dann, wie schon Rosa Luxemburg beklagte, besonders deutlich zutage tritt, wenn eigentlich grundlegende Reformen oder gar revolutionäre Umwälzungen auf der Tagesordnung stehen?

Gerade die Linke neigt dazu, jedem Aufstand der gewerkschaftlichen Basis gegen die Führung ein emanzipatorisches Moment zu attestieren. In dem Fall, von dem hier die Rede ist, liegt aber in der Artikulation und Wahrnehmung der ureigenen Interessen nicht nur das Moment der Abwehr der Zumutungen "von oben", sondern auch das Moment der Abwehr der als Bedrohung wahrgenommenen Solidaritätsappelle von "noch weiter unten" und v.a. "von außen".

Die peinliche Geschichte des DGB-Mottos für den diesjährigen 1. Mai - "teilen verbindet" - zeigt nur zu deutlich, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung sich nicht nur in einem Abwehrkampf gegen die Marginalisierung des Sozialen in der Totalität des Marktes, sondern auch mitten in einer inneren Zerreißprobe befindet zwischen den Interessen ihrer Stammklientel und den Anforderungen einer solidarischen Bewältigung der Tendenzen zur 2/3-Gesellschaft, der deutschen Vereinigung und der drängenden Probleme jenseits der erweiterten Grenzen der Bundesrepublik Deutschland. Dabei bedingen sich Erfolge im "äußeren Konflikt" und die Bewältigung der "inneren Konflikte" gegenseitig. Es ist eine Überlebensfrage der Gewerkschaften als gesamtgesellschaftliche Interessenvertretung der arbeitenden Menschen, ob es ihnen gelingt, die alte soziale Frage des Anspruchs der Arbeitnehmerschaft auf die Früchte ihrer Arbeit zu vermitteln mit den neuen sozialen Fragen eines solidarischen Interessensausgleichs innerhalb der Klasse der arbeitenden oder zumindest arbeitswilligen und -bedürftigen Menschen. Die erstere verlangt unter den gegebenen Bedingungen nach einem "Pakt der sozialen Vernunft", in dem sich Gewerkschaften, Politik und Wirtschaft verständigen über den jeweiligen Beitrag zur Lösung der anstehenden Fragen (insbesondere bezüglich der neuen Bundesländer), statt sich weiter gegenseitig den schwarzen Peter zuzuschie-

ben. Die zweite verlangt in aller erster Linie nach einem offenen Diskurs, in dem sich alle, auch die in den Gewerkschaften z.Zt. kaum vertretenen, sozialen Interessen artikulieren und um einen solidarischen und vernünftigen Ausgleich bemühen können. Das interne "Interessenclearing" müßte initiiert und begleitet werden von einer großangelegten, diskursorientierten Neubelebung der gewerkschaftlichen Bildungs- und Aufklärungsarbeit und es müßte vor allem auch offen sein für neue Ideen und Vorschläge zur Bewältigung der aktuellen Belastungsprobe gewerkschaftlicher Interessenspolitik.

Die Gewerkschaften können weder den Pakt der sozialen Vernunft zwischen den großen noch den Ausgleich zwischen den kleinen Interessengruppen dem Staat oder der Politik überlassen. Denn zum einen glänzt gerade die politische Klasse zur Zeit v.a. durch Antriebschwäche und Inkompetenz. Und zum anderen muß der Um Schlag der sozialen Ungleichheit in gesellschaftlichen Zerfall gerade auch auf gewerkschaftlicher Ebene bewältigt werden, wenn er auf der politischen nicht in die wütende Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit des neuen Rechtsradikalismus münden soll. Umgekehrt sind Politik und Wirtschaft gut beraten, wenn sie gerade jetzt die Institution der Tarifautonomie als einem Raum des außer- und vorparlamentarischen "Interessenclearing" stärken, weil das anderenfalls entstehende Regulationsvakuum in der zur Zeit höchst komplizierten sozialen Frage die politische und ökonomische Stabilität "in diesem unserem Lande" erheblich gefährden könnte.

- 1 Burkart Lutz: Neue Aufgaben der Tarifpolitik, in: Tarifpolitik im Strukturwandel - Arbeitsverfassung und industrielle Demokratie, Materialband Nr. 6 der Diskussionsforen "Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit", Köln 1988, S. 94 f.
- 2 Vgl. Claus Offe: Leistungsprinzip und industrielle Arbeit - Mechanismen der Statusverteilung in Arbeitsorganisationen der industriellen Leistungsgesellschaft, Frankfurt a.M. 1970
- 3 ebenda, S. 45 f.
- 4 Vgl. die amtliche Verdienststatistik (Fachserie 16, Reihe 2.1 und 2.2) sowie die in langfristigen Abständen durchgeführte Lohn- und Gehaltsstrukturerhebung des Statistischen Bundesamtes. Zur Kritik vgl. ausführlicher Ingrid Kurzscher: Theorie, Empirie und Ideologie der individuellen Lohnunterschiede (Diss.), Aachen 1984
- 5 Claus Offe: Leistungsprinzip ..., a.a.O., S. 139



500 JAHRE INVASION IN LATEINAMERIKA

Komm. Bücherliste, 72 S., 3 DM

Aus Anlaß des 500. Jahrestages der Eroberung Lateinamerikas erscheinen Dutzende von Publikationen. Die kommentierte Bücherliste gibt einen Überblick und liefert eine veranstaltungsorientierte Auswahl von Film- und Kulturangeboten.

SANDINISMUS

Ein Versuch mittelamerikanischer Emanzipation von Christoph Links, 111 S., 9,80 DM

Wenn 1992 das Verhältnis zwischen Europa und Lateinamerika diskutiert wird, lohnt sich der Blick nach Nicaragua auf eine Befreiungsbewegung, die versucht hat, im Rahmen nationaler Möglichkeiten 500 Jahre Kolonialismus aufzubrechen.

Christoph Links arbeitet kritisch und gut lesbar ihre Erfahrungen auf und stellt dar, wie sich theoretische Grundsätze unter dem Druck der Ereignisse änderten.

Der andere GmbH
Buchladen

Zülpicher Str. 197, 5 Köln 41

Pierre Bourdieu: Die Intellektuellen und die Macht, Hamburg 1991

Vom Tod des organischen Intellektuellen

Pierre Bourdieu und seine "reflexive Soziologie der Intelligenz"

von Klaus Dörre*

(Seitenangaben im Text beziehen sich auf diesen Band). Ausfühlich: ders.: Homo Academicus, Frankfurt/M. 1988

Im Oktober 1989 referierte der französische Kulturosoziologe P. Bourdieu bei der damaligen Akademie für Gesellschaftswissenschaften der DDR. Seine Vorträge finden sich, ergänzt um einige Interviews, in dem Sammelbändchen "Die Intellektuellen und die Macht" (Hsg. v. I. Dölling, VSA-Verlag Hamburg 1991). Wer dort nach tief-schürfenden Erklärungen für Funktionsweise und Scheitern des Staatssozialismus sucht, wird allerdings enttäuscht. Lediglich im Hinweis auf das "politische Kapital" als wichtigstem sozialen Differenzierungskriterium der DDR-Gesellschaft (S. 37) deutet Bourdieu das eigenständige Analysepotential seines Ansatzes an. Ansonsten sprach der französische Wissenschaftler in Berlin zu Intellektuellen - über Grundzüge einer nicht auf den Staatssozialismus zu beschränkenden kritisch-reflexiven Theorie der Intellektuellen.

Zwischen emphatischem Engagement und Elfenbeinturm

Irritierend an Bourdieus Ansatz ist zunächst, daß nicht systematisch zwischen 'den Intellektuellen' und 'der Intelligenz' unterschieden wird. Die Intellektuellen werden als Klassenindividuen, als Angehörige einer besonderen Klassenfraktion behandelt. Hinter dem, was den einzelnen Wissenschaftler oder Künstler zu einem singulären Intellektu-

ellen macht, also hinter der Besonderheit seiner Produktion, verbirgt sich für Bourdieu der strukturierende Einfluß übergreifender Feldzwänge. Intellektuelle gehören zu einer "Gruppe mit eigenen Interessen, die nicht besser und nicht schlechter sind als die anderer corporate bodies" Freilich lassen sich die einzelnen Gruppenmitglieder nur schwer dazu bringen, Kollektivinteressen anzuerkennen. Intellektuelle sind "Meister in der Kunst des Maskierens"; ihre "Kommunikation ist voll von Implizitem" (S. 15). In symbolischen Konkurrenzkämpfen verhaftet und kollektive Interessenlagen negierend, verhalten sie sich zur Sphäre der Politik in zyklischen Schwankungen. Seit der Romantik folgen den Phasen des emphatischen Engagements mit großer Regelmäßigkeit Rückzüge in den Elfenbeinturm (S. 45 f.). Beide Reaktionsformen resultieren aus der Spezifik kultureller Produktionsfelder. Dem Wahrheitsprinzip verpflichtet, müssen Intellektuelle auf der Autonomie ihres Feldes bestehen. Das setzt Distanz zur Gesellschaft und den sozialen Akteuren voraus. Diese Distanz wird jedoch permanent durch Machtbeziehungen in Frage gestellt, die innerhalb der intellektuellen Felder selbst wirken. Solche Machtverhältnisse äußern sich in Kämpfen um Rangplätze und öffentliches Ansehen, um Zugang zu Ressourcen und Medien oder in den Zwängen von Kommerzialisierung und journalistischem Erfolg. Hingegen: Eine "Macht der wahren Idee" gibt es nicht (Spinoza, S. 96). Schon deshalb ist gesellschaftliche Intervention zwingend geboten. Aufgabe der Intellektuellen ist, "wahre Ideen zu entwickeln" und so zu handeln, "daß diese Ideen ein wenig Einfluß haben" (S. 96).

Verspielt der Rückzug in den Elfenbeinturm - gleich ob er sich unter der Fahne der "reinen" Kritik, Kultur oder Wissenschaft präsentiert, jegliche Interventionschance, neigt die Figur des engagierten Intellektuellen beständig dazu, das Autonomiegebot der kulturellen Felder zu sprengen. Gramscis Figur des "or-

ganischen Intellektuellen" ist in dieser Sichtweise ein "Mythos" (S. 62), der das Bewußtsein originärer Interessen blockiert. Versuche der Intellektuellen, zu den Arbeitern zu gehen, seien, so Bourdieu (nicht nur) in Anspielung auf den Pariser Mai, "meist jämmerlich gescheitert". Auftreten und Kleidung habe die verbalisierte Sympathie regelmäßig dementiert (S. 16). Im Grunde wirke der Populismus der Intellektuellen als "das größte Hindernis" für die Kommunikation zwischen unterschiedlichen Klassen(fractionen) (S. 17). Wissenschaftler und Künstler tendierten beständig dazu, ihre ureigensten Probleme für universell zu erklären und auf diese Weise andere Gruppen zu instrumentalisieren. Umgekehrt geschehe es immer wieder, daß Intellektuelle ihr Wissen, ihre Kompetenz "in einer Art Schuldbewußtsein dem Proletariat als Opfergabe" darbrächten. Der Schritt in die KP sei für viele Intellektuelle eine solche Selbstunterwerfungsgeste gewesen: Man "trat in einen Glauben ein", indem man sich freiwillig "dümmer machte" als man war (Pascal, S. 19 f.).

Kein Zweifel, daß Bourdieu mit dieser Kritik Verhaltensweisen von Intellektuellen im Umfeld der KPen, aber auch anderer aus der Arbeiterbewegung hervorgegangener Formationen trifft.¹ Wie anders wäre zu erklären, daß sich beachtliche intellektuelle Potentiale in West wie Ost - oft wider besseres Wissen und Gewissen - einer "Parteilinie" beugten. Einer Parteilinien, welche zudem nicht selten von "Apparatschiks" administriert wurde, die "mangelnde Kompetenz" durch Organisationsmacht und "Einfluß auf Massen" zu kompensieren suchten (S. 20). Freilich wurzelt in der KP-Problematik auch ein allgemeines Dilemma. Lassen sich Bindungen an externe, außerhalb der kulturellen Felder agierende Kräfte überhaupt vermeiden, wenn die Chance zur gesellschaftlichen Intervention nicht völlig preisgegeben werden soll?

Eine Soziologie der Intellektuellen als Ausweg

Bourdieu konzipiert seine "reflexive Soziologie" der Intelligenz als Ausweg aus dieser Problematik. Die Aufgabe einer solchen Soziologie bestehe darin, das Implizite, Allgemeine, Durchschnittliche, Banale aufzudecken, was Intellektuelle mit einem Feld verbinde. Durch "Sozioanalyse" zu einem verän-

derten kollektiven Selbstverständnis der Intellektuellen, lautet das anvisierte Programm. Es geht um die reflexive Beherrschung des Intellektuellen-Habitus, jenes verinnerlichten Systems von Dispositionen, das als latentes Wissen die Praxisformen der Betreffenden an die kulturellen Produktionsfelder anpaßt. Bourdieu selbst skizziert die Umrisse des aufklärerischen Projekts:

Die Gruppe der Intellektuellen verortet er im Koordinatensystem seiner relational angelegten Klassentheorie (S. 35). Wissenschaftler und Künstler sind für ihn in der Stellung von "beherrschten Herrschenden". Infolge ihrer subdominanten Position im "Innersten des Feldes der Macht" neigen sie dazu, sich mit anderen Beherrschten solidarisch zu fühlen. Im Unterschied zu den "herrschenden Herrschenden" verfügen sie nicht oder kaum über ökonomisches, wohl aber über kulturelles Kapital. In den symbolischen Kämpfen, die innerhalb und zwischen den verschiedenen dominanten Gruppen ausgetragen werden, sind Intellektuelle stets an der Legitimation kulturellen Kapitals und der dahinter verborgenen Reproduktionsmechanismen interessiert. Ihr Einfluß im 'Feld der Macht' - Bourdieus Synonym für 'herrschende' oder 'führende Klasse' - basiert auf Wissensproduktion und den dazu benötigten Mitteln. Daher, so die Schlußfolgerung, habe es primäres Ziel der Intellektuellen zu sein, kollektiv an der Wahrung der "zu ihrer Autonomie nötigen Mittel" zu arbeiten (S. 50). "Kampf um Autonomie" bedeute vor allem Kampf gegen "die Institutionen und Akteure", die "im Inneren des Feldes selbst die Abhängigkeit in Bezug auf die externen ökonomischen, politischen und religiösen Kräfte" induzierten - gleich, ob jene sich nun kommerziellen Zwecken unterordnen, dem Gesetz des Erfolgs opfert oder sich ihrer privilegierter Verbindungen zu externen Mächten wie Staat und Partei bedienen (S. 53 f.).

Kurz: Die Intellektuellen können nur dann - dem Wahrheitsprinzip verpflichtete - Intellektuelle sein, wenn sie für die Sicherung autonomer wissenschaftlicher und künstlerischer Produktion eintreten. Hierin wurzelt ein übergreifendes Kollektivinteresse, dessen Bewußtmachung für Bourdieu die Voraussetzung sinnvoller gesellschaftlicher Interventionen ist. Interventionen, bei denen es jedoch nicht um die Behauptung einer Avantgardefunktion, sondern eher um die Assistenz beim Epilzitwerden der Interessen anderer beherrschter Gruppen geht.

Die Internationale der Intellektuellen versus Staatsadel

Bourdieu setzt also auf eine mobilisierte Klasse der Intellektuellen. Er träumt von einer "Internationale der Künstler und Wissenschaftler", einem Netzwerk mit computergestützter Organisation, das zu eigenständigen politischen und moralischen Interventionen befähigt. Nur: Woraus könnte eine solche Internationale ihren universalistisch-aufklärerischen Anspruch beziehen? Und worauf stützt sich die Hoffnung, Intellektuelle könnten sich als "Funktionäre der Menschheit" (Husserl, S. 64) betätigen?

Nach Bourdieu ergibt sich die Tendenz zum Universellen aus der Logik des intellektuellen Feldes selbst. Innerhalb dieses Feldes verheißt das Streben nach Überwindung des Partikularen "symbolischen Gewinn" (64). Je konsequenter die Orientierung am Universellen, desto größer der (langfristig) zu erwartende symbolische Profit. Hinzu kommt ein weiterer Aspekt: Der Kampf für das Universelle ist ein Privileg, und er wird von privilegierten Existenzbedingungen aus geführt. Allein die Intellektuellen verfügen über jene Objektivierungsinstrumente, die es ihnen ermöglichen, diese Bedingtheit zu durchschauen. Daher, so Bourdieu, sei der "Einsatz für das Universelle fortwährend mit einem Kampf für die Universalisierung der privilegierten Existenzbedingungen" verknüpft (S. 65). Oder anders: Indem alle sich des Universalitätsanspruchs bedienen, werde die Universalität letztendlich ein bißchen voran gebracht. (S. 93)

Gegner in diesem Kampf ist die längst existierende Internationale der "neuen Mandarine" (S. 59). Jene Kaste von Technokraten, die jeden Konflikt auf den Status eines Verwaltungsproblems reduziert und der über Titel und Zertifikate eine geschichtlich beispiellose Legitimation zugewachsen ist (S. 59 f.). In "La Noblesse d'Etat" hat Bourdieu die Reproduktionsmechanismen dieses "Staatsadels" detailliert beschrieben. Nach seiner Auffassung existiert eine strukturelle Homologie zwischen den "großen Schulen", den Ausbildungsanstalten der Eliten, und dem Feld der Macht. Die Schulen sorgen durch Produktion von Unterschieden für eine arbeitsteilige Zuordnung im Machtfeld. (S. 72) Sie stützen unterschiedliche Hierarchisierungsprinzipien, die dem Kampf "aller gegen alle" Grenzen setzen und für eine "organische Solidarität" in

der "Teilung der Herrschaftsarbeit" sorgen. Zugleich verleihen sie ihren Absolventen über Titel und Zertifikate sakrale Weihen. Die Schulen produzieren Eliten, indem sie Segregation von der Welt und Aggregation der Auserwählten betreiben. Was immer die Auserwählten tun, sie sind anders! (S. 81) Es ist diese symbolische Macht, die den verschiedenen Abteilungen des Staatsadels den "Blankoscheck des Vertrauens" (S. 59) ausstellt.

Woran mißt sich Universalismus, woran Partikularismus?

Mag die Beschreibung der "schulischen Meritokratie" (S. 60) durch die Spezifik des französischen Bildungssystems bestimmt sein - der "Staatsadel" ist ein transnationales Phänomen. In diesem Sinne ist 'Organizität' garantiert. Insofern wäre eine Sozioanalyse der bundesdeutschen Technokratie, aber auch ihres potentiellen Widerparts sicher lohnend. Dennoch bleiben Zweifel an Bourdieus Konzeption. Ihre zentrale Schwäche ist, daß sie vom positiven, reflexiven Gehalt intellektueller Wissensproduktion letztendlich abstrahieren zu können glaubt. Anders gesagt: Jene Interessengegensätze und Konflikte, die die Gesellschaft spalten, bestimmen - vermittelt - auch die intellektuelle Produktion. Insofern ist das intellektuelle Feld niemals völlig autonom. Ideenproduktion läßt sich nicht nur relational, unter Ausblendung ihrer Substanz, begreifen. Die Verpflichtung auf ein universalistisches Prinzipien orientiertes Kollektivinteresse würde aber die Abstraktion von der Essenz des eigenen Produkts und den darin enthaltenen impliziten wie expliziten Parteinahmen verlangen. Man mag nur einen Blick auf die jüngste Schuld- und Sühne-Diskussion (ehemaliger) bundesdeutscher Linksintellektueller zu werfen, um sich den utopischen Gehalt eines solchen Unterfangens vor Augen zu führen. Was dort in Sachen "Mitverantwortung für das Unrechtssystem der SED oder des Kommunismus allgemein" verhandelt wird, ist oft nichts weiter als eine Verschiebung politischer Gegensätze auf die Bühne der Moral. Eine Verschiebung, bei der hinter den Geständnissen, Anklagen und Verurteilungen, gleich ob berechtigt oder nicht, häufig der Kampf um Rangplätze, Einfluß und die Aussöhnung mit einer nun schon natürlich-legitim erscheinenden Macht steht. Von einem "Fundament für einen neuen Kulturinternationalismus" (S. 62) ist jedenfalls weit

* Klaus Dörre arbeitet am SOFI-Institut in Göttingen

und breit nichts zu sehen. Insgesamt fehlt in Bourdieus Konzeption eine Instanz, die als Korrektiv des kritischen Intellektuellen fungiert. Welcher Gemeinschaft, welchem Kollektiv fühlt sich der kritische Intellektuelle verpflichtet? Woran mißt er Universalität, woran Partikularismus? Bourdieus Texte liefern diesbezüglich keine befriedigenden Antworten. Daß ein kritischer Intellektueller Selbstkorrektur ausschließlich in jenem sozialen Teilsystem finden soll, welches - von Zitatentartungen über die Stigmatisierung "abweichender Ideen" bis hin zu problematischen Clanbildungen - immer wieder Partikularität und Machtasymmetrie erzeugt, ist wenig einsichtig. Intellektuellen-Engagement wird sich daher wohl auch künftig "zyklisch" entfalten. Jenseits der weitgespannten Erwartungen an einen "kollektiven Intellektuellen" (S. 61) ist der Gebrauchswert des Bourdieuschen Ansatzes jedoch evident. Als kritischer Stachel gegen engagierte Selbstentmündigung in Kollektivsubjekten und als Provokation des "Elfenbeinturms" ist die reflexive Soziologie ebenso brauchbar wie als Mittel zur Entzauberung der symbolischen Macht verselbständigter Eliten und Expertokratien.

Als ergänzende, z. T. Gegenlektüre lesenswert; freilich auch mit problematischer Auflösung: Michael Walzer: Zweifel und Einmischung. Gesellschaftskritik im 20. Jahrhundert, Frankfurt 1991

1 Gramscis Konzept des organischen Intellektuellen der Arbeiterbewegung wird mit dieser Kritik nur zum Teil getroffen. Gramsci ging davon aus, daß die Arbeiterklasse über einen langen Zeitraum nicht in der Lage sein werde, ihre eigenen 'konzeptiven Ideologen' hervorzubringen. Deshalb sollte die Partei, der "moderne Fürst", die Rolle eines "kollektiven Intellektuellen" übernehmen. Daß dieses Konzept inzwischen obsolet ist, liegt auf der Hand. Die Spannung, welche aus dem Verhältnis von intellektueller Produktion und Anteilnahme an den Kämpfen sozialer Bewegungen resultiert, dürfte allerdings strukturell unaufhebbar sein. Immerhin läßt sich für Linksintellektuelle lernen, daß sich Anteilnahme bei Aufgabe analytische-wissenschaftlicher Distanz und taktischer Umgang mit dem Wahrheitsgebot letztendlich kontraproduktiv auswirken müssen.

Weiterhin lieferbare Titel aus dem **SPW-Verlagsprogramm**

Ich bestelle:

Expl. Josef Hindels, **Marxismus und Gegenwart** Berlin 1985 (2. Auflage); 146 Seiten, Ladenpreis 9,- DM, für AbonnentInnen 6,- DM, bei Abnahme von min. 10 Expl. 5,- DM je Stück.

Expl.: **FRAUENBILDER**. Die weibliche Wirklichkeit ist anders

Hrsgg. von den JungsozialistInnen Berlin, Berlin 1986; Ergebnisse eines Fotowettbewerbs der Berliner JUSOS, 80 Seiten mit Fotos, Ladenpreis 19,80 DM, für AbonnentInnen 15,- DM.

Expl.: **Kapitalistische Krise und Strategien der Eurolinken**. Fragen einer sozialistischen Politik in Westeuropa

Hrsgg. von Detlev Albers, Josef Cap, Jean-Pierre Chevènement und Pietro Ingrao, Berlin 1982; mit Beiträgen von AutorInnen aus der gesamten westeuropäischen Linken, 160 Seiten, Ladenpreis 21,50 DM, für AbonnentInnen 12,- DM.

Expl.: **Herforder Thesen**. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD

Hrsgg. vom Vorstand der JUSOS Ostwestfalen-Lippe, Berlin 1981 (2., überarbeitete Auflage); Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 5,- DM. Grundlegende Positionsbestimmung von MarxistInnen in der SPD zu Beginn der 80er Jahre, anknüpfend an den marxistischen Traditionen in der deutschen wie auch internationalen Sozialdemokratie.

Expl.: **Linke Sozialdemokraten & bundesrepublikanische Linke**. Diskussion am Beispiel der Herforder Thesen

Hrsgg. von Detlev Albers u.a., Berlin 1981; mit Beiträgen von Wolfgang Abendroth, Rudolf Bahro, Joachim Bischoff u.a., Ladenpreis 10,80 DM, für AbonnentInnen 8,- DM.

Expl.: **Sozialismus der Zukunft**. Grundlagen für das neue Programm der SPD

Hrsgg. von Detlev Albers, Frank Heidenreich, Heinrich Lienker und Kurt Neumann, Berlin 1988; mit Beiträgen von Diether Dehm, Jürgen Egert, Katrin Fuchs u.a., 185 Seiten, Ladenpreis 17,50 DM, für AbonnentInnen 15,- DM.

Expl.: **Projekt Moderner Sozialismus**. 53 Thesen Hrsgg. von Susi Möbbeck, Fieta Saß und Birgit Zoerner, Berlin 1989; Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 7,- DM.

In 53 Thesen formulierten marxistische Jusos in der SPD Bausteine für eine zeitgemäße Gesellschaftsanalyse und eine moderne sozialistische Strategie.

Expl.: **Vorwärts, rückwärts, seitwärts ...**

Das Lesebuch zur SPD-Organisationsreform Hrsgg. von Peter von Oertzen und Susi Möbbeck, Köln 1991, 190 Seiten, Ladenpreis 19,80 DM

spw-Hefte 1, 3-29:

Ladenpreis je 9,80 DM, für AbonnentInnen je 5,- DM.

spw-Hefte 30-50:

Ladenpreis je 9,50 DM, für AbonnentInnen je 7,50 DM.

Ab spw-Heft 51:

Ladenpreis je 7,- DM, für AbonnentInnen je 7,- DM.

Ich bestelle Expl. spw-Hefte Nr.

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung (Preise zzgl. Versandkosten von 1,50 DM).

Ich zahle mit Verrechnungsscheck (versandkostenfrei).

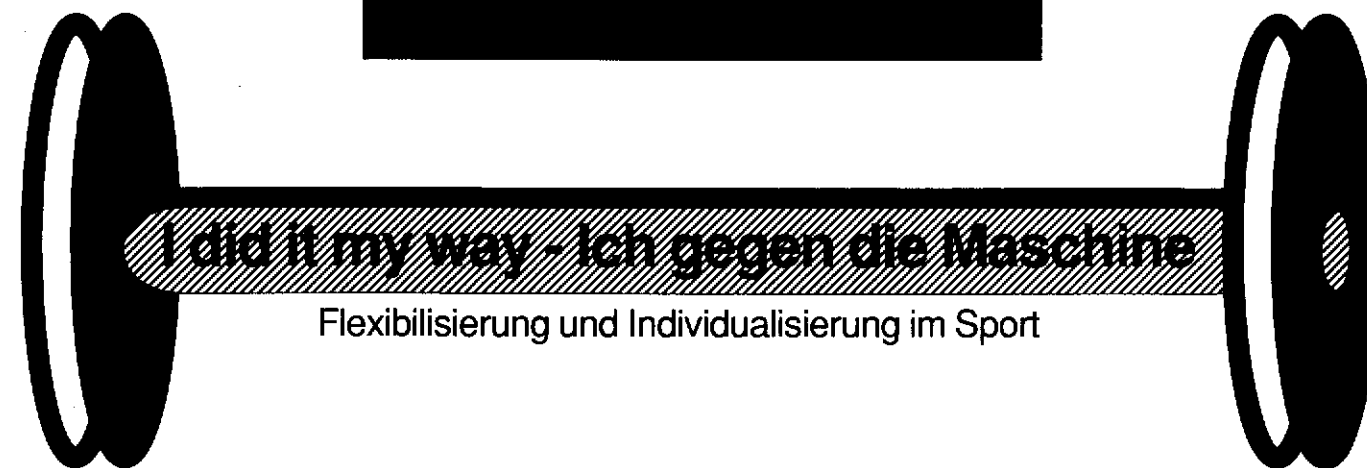
Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

spw-Verlag, Kieler Str. 13, W-5000 Köln 80



von Martin Krauß*

"I'm just gonna let you pass,
Yes, and I'll go last.
Then time will tell who fell
And who's been left behind,
When you go your way and I go mine."
(Bob Dylan)

Arnold Schwarzenegger gilt nahezu als Synonym für Bodybuilding, für einen geistentleerten Umgang mit dem Körper, für eine Maschinisierung des Leibes. Im 1984 gedrehten Film "Terminator 1" wurde Schwarzenegger noch so präsentiert: eine Maschine, die gefühllos auf Menschenjagd geht und die nur durch ihre Zerlegung in Einzelteile gestoppt werden kann. 1991 kam "Terminator 2" in die Kinos und Schwarzenegger erschien als Maschine mit Gefühlen, nicht mehr als menschlicher Roboter, sondern als robotisierter Mensch, der kleine Jungen beschützt: die "Transformation von der mechanischen Kampfmaschine in ein menschliches Wesen" (Seeßlen 1992: 19). Ähnlich wie beim Idol Schwarzenegger verhält es sich auch mit der Karriere der vielen vereinslosen Individualsportler, die sich in Sportstudios an Kraftmaschinen quälen, die frühmorgens durch die städtischen Parks joggen, die Bergwände mit Extremschwierigkeiten durchschreiten oder stundenlang auf Hawaii Schmerzen ertragen, um sich "iron man" nennen zu dürfen. Ihre öffentliche Rezeption erlebte eine Transformation - von den belächelten Idioten zu den akzeptierten Freizeitsportlern und (vielleicht) zu noch mehr.

* Krauß, Martin, geb. 1964; Dipl.-Politologe, Schwimmtrainer und Redakteur der Sportkritik, promoviert z.Zt. an der FU Berlin zu den Effekten der Konkurrenz Vereinssport - private Sportanbieter.

Einheitssport in der Krise

Der Deutsche Sportbund (DSB) behauptet, daß im Verein Sport am schönsten ist und verweist auf mittlerweile circa 24 Millionen Mitglieder. Doch allein der Umstand, daß sich der DSB zur weltweit größten Plakatkampagne entschließt, deutet an, daß der homogene Einheitssport mit dem Aufkommen von privatkapitalistischen Sportanbietern in eine Krise gerutscht ist (DSB 1991). Seit den 80er Jahren boomen Squash- und Tenniscenter, Aikido- und Laufschulen, Bodybuilding-Studios und Spaßbäder. Erstmals wurde der aktiv betriebene Massensport als Markt erschlossen (Dietrich u.a. 1990). Die private Konkurrenz für die Vereine und Verbände bedeutet eine qualitativ neue Form der Vergesellschaftung des Sports. Die Sportvereine sind (oder waren) jenseits von Markt und Staat angesiedelt und bewahren (oder bewahrten) in beide Richtungen ihre Autonomie, indem sie auf ihre den "inneren Frieden" stabilisierende Rolle, auf ihre der "Volksgesundheit" dienliche Funktion und auf ihren erzieherischen Auftrag bauen und verweisen. Nunmehr unterliegt auch dieser gesellschaftliche Bereich einer Subsumtion unter das Kapitalverhältnis. Dies hat - zunächst - zwei hervorsteckende Konsequenzen: Zum einen werden die gesamtgesellschaftlichen Funktionen des Sports, die er deswegen so effizient wahrnehmen konnte, weil er jenseits von Markt und Staat angesiedelt war, zur Disposition gestellt.

Zum anderen gelten die homogenen Formen des Sporttreibens, die sich in der dienstäglichen Gruppenstunde, in der Jahresvollversammlung, im ehrenamtlichen Übungsleiter, im geselligen Stammtisch, im hierarchischen Gruppenaufbau bis hin zur 1. Wettkampfmannschaft und in vielem mehr ausdrück-

ken, nicht mehr als sakrosankt und gefälligst zu akzeptieren, sondern die Sportangebote orientieren sich am Markt, d.h. an den Sportbedürfnissen der potentiellen Kunden. Noch verweist der DSB auf absolute Zuwachsraten, aber beim genaueren Hinsehen erkennt man bereits deutliche Umbrüche. Traditionelle Sportarten wie Turnen, Leichtathletik, Schwimmen und Fußball verzeichnen deutliche Mitglieder-Einbrüche, während Tennis, Volleyball, Badminton, Squash und andere, erst in den letzten Jahren populär gewordene Sportarten, die oftmals individualisiert, fitneß- und gesundheitsorientiert erscheinen, sich eines wachsenden Zuspruchs erfreuen (Brettschneider/Bräutigam 1990: 171). Und: Die Vereine haben oftmals die Inhalte der privaten Anbieter in ihre Angebotskataloge aufgenommen. Sie bieten beispielsweise Aerobic und Bodybuilding an oder machen befristete Kursangebote, die ohne Mitgliedschaftszwang auskommen.

Im Dienstleistungsbetrieb Sportstudio ist an die Stelle der Vereinssatzung, der sich jedes Mitglied zu unterwerfen hat (und die bei Mißachtung eine vereins- und verbandsinterne Gerichtsbarkeit bereithält), der Vertrag getreten.

Nachts um 3 auf dem Squash Court

Auf dem bis dato geselligen und geordneten Vereinssport lastet also der Druck der Sportstudio-Konkurrenten, die sich aber kaum mit der Domäne der Vereine - dem wettkampforientierten Rekordsport - messen, sondern andere sportliche Betä-

tigungen offerieren. Deren neue Angebote entsprechen den vieldiskutierten Individualisierungsschüben (vgl. Beck 1986: 205ff) eher als das traditionelle Sportmodell. Die Sportstudios sind attraktiver als die Vereine, denn sie können flexibler auf Kundenwünsche reagieren. Im Dienstleistungsbetrieb Sportstudio ist an die Stelle der Vereinssatzung, der sich jedes Mitglied zu unterwerfen hat (und die bei Mißachtung eine Vereins- und verbandsinterne Gerichtsbarkeit bereithält), der Vertrag getreten, der das Sportangebot fixiert und justizierbar macht. Und das Sportangebot der Studios paßt besser zu dem gesellschaftlichen Erfordernis nach erhöhter Mobilität. Die langjährige Bindung an einen Arbeitgeber an einem Ort war die Voraussetzung eines funktionierenden Vereinsangebots und des dazugehörigen Prinzips der ehrenamtlichen Tätigkeit. Das Studio-Angebot hingegen korreliert mit der flexibleren Arbeitszeit, die sich aus der Dispositionierung des fordistischen Normalarbeitsverhältnisses ergibt: hier komme ich auch noch nachts um 3 Uhr auf den Squash-Court. Die geregelte abendliche Gruppenstunde des Vereins wird durch individualisiertes Sporttreiben zu beliebigen Zeiten abgelöst. Und anstelle des Stammtischs gibt es die Früchtecocktailbar mit immer anderen Gästen. So verändern sich auch die sportbegleitenden und -beeinflussenden Werte und Normen. Nicht mehr das Geselligkeitsmotiv, sondern Ich-bezogene Werte wie gutes Körpergefühl, Gesundheitsorientierung etc. werden dominant (Digel 1986, Rittner 1986). Hierbei sind die Studios die kommerzielle Seite; auf der nicht-kommerziellen Seite entspricht dem auch eine Ausdifferenzierung des Sportangebots, die sich zum

Nicht mehr das Geselligkeitsmotiv, sondern Ich-bezogene Werte wie gutes Körpergefühl, Gesundheitsorientierung etc. werden dominant

einen inhaltlich zeigt: Integration fernöstlicher, Erfindung neuer, Veränderung bestehender Sportarten, alternative Körperkulturformen etc.. Zum anderen zeigt sie sich auch sozialgruppenspezifisch: Ausländersportvereine, Schwulen- und Lesbensportvereine, Freizeiteams, Kneipenmannschaften, Altensport, Behindertensport, feministisch geleitete Sportangebote, Alternativsport, alternative

Körperkulturformen (zu einem großen Teil in kommerziell betriebenen Schulen) etc.. Nicht der homogene Massensport wird kapitalistisch erfaßt, sondern das gewachsene Bedürfnis nach heterogenerem Sportangebot kann von privat-kapitalistischen Sportanbietern schneller und flexibler befriedigt werden.¹ Vor allem erkennen und beschleunigen die Sportstudios einen Trend, der zu einem großen Teil auch ohne sie betrieben werden kann und wird. In den letzten Jahren gewannen risikoreiche Individual-Sportarten an Popularität, deren Besonderheit im nichtgeselligen Ich-Bezug liegt und die nur durch eine hohe Selbstkompetenzeinschätzung betrieben werden können.² Hier drücken sich Tendenzen der Selbstkontrolle, der Ablehnung von normierter Vergleichbarkeit und einer Selbstkompetenzzuweisung oder -erkennung aus - weg von Trainern,

Eine Reduktion des sporttreibenden Menschen zum bloßen Körperfunktionenerfüller läßt sich nicht mehr mit den Anforderungen der hochleistungssportlichen Realität verknüpfen.

Betreuern, Vorturnern. Dieser Trend zur Selbstvergewisserung verträgt sich nicht mit den normierten Sportpraxen, die die Vereine bereithalten. Folglich kehren viele Sporttreibende den Vereinen den Rücken und diese wiederum sind einem Modernisierungszwang ausgesetzt, dem in vielfältigen Formen Rechnung getragen wird: "Schnupperangebote" ohne Mitgliedschaftszwang, außersportliche Jugendarbeit, Trainingslager im Ausland, qualifizierte und gutdotierte Trainer bis hin zu neuen Formen der Trainingspraxis.

"Ganzheitliche" Trainingspraxis

Die bisherige Trainingsplanung, die sich auf wenige Wettkämpfe im Jahr orientierte und - zumindest aus heutiger Wahrnehmung - recht monoton erscheint, ist aus einer Vielzahl von Gründen an Grenzen gestoßen. Neuere trainingswissenschaftliche Arbeiten setzen an die Stelle der bisherigen Etappenplanung das "Programm-Ziel-Prinzip der Organisation des Trainings" (Wercho-

schanski 1985: 12), um "den Trainingsprozeß in seiner ganzen Komplexität zu sehen" (ebd.: 167, vgl. auch Tschiene 1991 und die dort angegebene Literatur). Eine Reduktion des sporttreibenden Menschen zum bloßen Körperfunktionenerfüller läßt sich nicht mehr mit den Anforderungen der hochleistungssportlichen Realität verknüpfen. Möglich sind die tiefgreifenden Wandlungen der Trainingspraxis zum einen durch die Entwicklungen der Mikroelektronik, die eine solch umfassende und komplexe Trainingssteuerung erlauben und zum anderen durch die Professionalisierung von immer mehr Sportarten. Mit dem Berufsbild Sportler bekommt auch die Tätigkeit Sport eine aus der Sicht der Ausübenden größere Relevanz und wird nicht mehr als »Nebensache« verstanden. Diese Umbrüche hin zu einer intensiveren und eher »ganzheitlichen« Trainingspraxis bewirken auch deutliche Veränderungen der sportlichen Techniken. Hier werden - vor allem sich aus der Biomechanik ergebende - neu erkannte Antriebskräfte innovativ in die Technik integriert. Diese Techniken sind dann nicht mehr mit stundenlangem Non-stop-Training zu meistern - denn dieses würde einfachere, weniger kraftraubende Bewegungsabläufe fördern - sondern durch mehrere, dafür kürzere Trainingseinheiten am Tag, die eine bessere Regeneration erlauben und den professionellen Sportler zur Voraussetzung haben. In diesem Umbruch von Trainingspraxis und Technik erhalten auch sportartfremde Trainingsinhalte, wie etwa gymnastische Übungen, eine größere Bedeutung als bisher. Eine solch komplexe Zusammensetzung der Technik ist nicht mehr so stark Disziplin-spezifisch, also von einem Bewegungsmuster abgeleitet und dem Sportler oktroyiert, sondern Individuum-spezifisch. Es gibt, um beispielsweise schnell zu schwimmen, nicht mehr unerforschte und vom Trainer mehr oder weniger akzeptierte Stilunterschiede, sondern die optimale Technik wird für das Individuum, am Individuum und mit dem Individuum erarbeitet. Dies läßt sich verstehen als Anpassung des traditionellen Sports an Modernisierungszwänge. Diese Anpassung kann aber nicht total, sondern nur partiell gelingen.

Sport als Supermarkt

Das »Gesamtkunstwerk« Massensport zerbröckelt und reiht sich ein in die vielfältige Angebotspalette für körperliche Er-

Foto: Stephan Hoppe, "Ohne Worte"



tüchtigungen, deren Oberbegriff - zumindest umgangssprachlich - weiterhin "Sport" ist.

Diese Heterogenisierung, die den Sport als Supermarkt erscheinen läßt, in dem man sich - je nach verfügbarer Lust, Zeit und Geld - bedient, erfordert auch architektonische Innovationen. Es entstehen immer mehr Sportstätten, die wenig oder gar nicht nach Vorgaben der Sportfachverbände wettkampfgerecht genormt sind, sondern die klein, wohngebietsnah und für Freizeitsport-Betätigung geeignet sind, unabhängig davon, ob es sich um ein privat betriebenes Sportstudio oder »Spaß«-Bad oder um kommunal errichtete Bolzplätze oder Hallenbäder handelt. Die architektonisch neue Qualität der Sportstudios wirkt hier als Impulsgeber, dem sich auch staatlicher Sportstättenbau nicht entziehen kann.

Die privat betriebenen Sportstätten bieten sich auch als Ort des Hochleistungstrainings an. Sie sind unabhängig vom jeweiligen Aufenthaltsort aufsuchbar und kurzfristig anmietbar, und sie sind durch ihre attraktivere Innenarchitektur den auf erhöhte Motivation setzenden Trainingsinhalten angemessener. Damit sind sie auch Ausdruck der Tendenz, daß sich der Spitzensport vom Vereinssport entfernt - der Spitzensportler agiert als Kleinunternehmer und versucht sich frei zu machen von den Zwängen, die sich aus der Vereins- und Verbandsbürokratie ergeben. Auf der Hochleistungsebene zeigt sich also auch die bereits bei den individualisierten Extremsportarten ablesbare Tendenz des Erkennens und Wahrnehmens eigener Kompetenz. Eine Kompetenz, die sich auch ganz stark aus einer körperbetonten, »in den Körper hineinhörenden« Selbstbetrachtung ergibt, aber sich auf dem Markt zu beweisen hat.

Der Spitzensportler agiert als Kleinunternehmer und versucht sich frei zu machen von den Zwängen, die sich aus der Vereins- und Verbandsbürokratie ergeben.

Diese privatkapitalistische Organisation von Spitzensport - wie sie am deutlichsten im Tennis und einzelnen Disziplinen der Leichtathletik (Marathonlauf, Hochsprung, Zehnkampf) anzutreffen ist - hat ihren Ort im Sportstudio. Hier sind unbürokratische

und flexible Trainingsformen und Wettkampfvorbereitungen gemäß den gewachsenen Anforderungen des internationalen Spitzensports möglich. Damit ist das Sportstudio zum zentralen Ort künftiger, »postfordistischer« Vergesellschaftung des Sports geworden und löst den Verein ab. Doch zum Massensport, dessen Entstehung man ziemlich genau in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts verorten kann, gehört ja nicht nur der aktiv betriebene Sport, dessen Wandlungen gezeigt wurden, sondern auch und in viel größerem Umfang der sog. Passivsport, d.h. der Konsum von Spitzenleistungen im Stadion und vor allem vor dem Fernsehgerät.

Was die Stadien angeht, so sind die gegenwärtigen Wandlungen im Sportstättenbau bemerkenswert. Die (Sport)-Architektur im Fordismus, die multifunktionale Billigbauten favorisierte, wird abgelöst durch komfortable und spezialisierte Sportstätten, beispielsweise reine Fußballstadien mit weniger Zuschauerzahlen. An die Stelle der Stehplätze kommen VIP-Logen und teure Sitzplätze. Statt homogenem Masseerleben setzt sich individualisierter Sportkonsum, bei subjektivem Wohlergehen und freier Zeitdisposition durch, freilich nur für eine neue, nämlich zahlungskräftige Zielgruppe: eine Yuppiesierung des Sports. Ergänzt wird dies durch besondere Stadion-Service-Einrichtungen, sei es Friesur, Restaurant, Kindergarten, Kino, Sauna etc.. Die Massen, die vormals in die Stadien drängten, finden sich nunmehr individualisiert vor dem Fernsehgerät wieder.

Gewachsene Nachfrage nach TV-Sport

Dieser gewachsenen Nachfrage nach televisionärer Sportübermittlung wird auch mit attraktiven neuen Angeboten Rechnung getragen. Das zeigt sich zum einen in den sprunghaft gestiegenen - z.T. auch erstmals eingeführten - Übertragungsrechten, die die Sendeanstalten zu erwerben haben; das zeigt sich auch im Aufkommen reiner Sport-TV-Anstalten und schließlich hat auch die Medienentwicklung einen starken Einfluß auf die Sportentwicklung. So ist beispielsweise Hochseesegeln erst mit den modernen Aufnahmetechniken zu einer Zuschauersportart avanciert und so ist mit der Einführung von hochauflösendem Fernsehen (HDTV) die Veränderung der spezifischen Ästhetik von Sportübertragungen verbunden: Nahaufnahmen und rasante Schnitte werden von ruhigen Kamerafahrten abgelöst. Und vor allem ist durch die hervorragende Qualität der Übertragung - gekoppelt mit CD-Tonqualität - die Sehequalität und der zu erfassende Bildausschnitt fast identisch mit der Perspektive des Stadionbesuchers, bzw. deutlich besser. Damit ist der Verlust des Stadion-Live-Erlebnisses für die ihres Stehplatzes verlustig gewordenen Massen zu kompensieren und ein qualitativ neuer Individualisierungsschub eingeleitet. Die Vielfalt der TV-Kanäle, die auch ein vielfältiges Sportangebot bereithält, leistet dieser Heterogenisierung auch Vor-schub.³

Foto: Stephan Hoppe, "Deutschland ist Weltmeister"



Die zentrale Instanz, die dem homogenen organisierten Sport zu schaffen macht, ist das Individuum.

Der Sport ist also aus seiner ruhigen, geordneten Welt der Vereine und Verbände herausgerissen und eine neue überschaubare Ordnung ist (noch) nicht entstanden. Was bleibt, ist eine große Vielfalt und ein harter Konkurrenzkampf auf dem vielschichtigen Markt. Diese Vielschichtigkeit verdankt sich der Selbstkompetenzerkennung der Individuen. Reelle Subsumtion heißt auch: selbstbewußtes und von veralteten schutzgewährenden Strukturen emanzipiertes Agieren.

Die zentrale Instanz, die dem homogenen organisierten Sport zu schaffen macht, ist das Individuum. Die deregulierte und also flexible Vergesellschaftung erfordert den Rückgriff auf eigene Kompetenzen durch Abgrenzung von Anderen. Diese eigenen Kompetenzen liegen - hier liegt ein hervorstechendes Merkmal des Sports - auch im eigenen Körper. Sportive Praxen erlangen gesteigerte Relevanz durch die erforderliche Selbstmodellierung, klassisch (und wohl auch banal) ausgedrückt: die ganze Arbeitskraft wird gebraucht. In der Entdeckung solcher ganzheitlicher Kompetenzen liegt auch ein subjektiv großer Reiz, der Anteil nehmen könnte an der Herausbildung eines neuen gesellschaftlichen Konsenses, einer neuen Hegemonie: in diesem marktvermittelten Austausch wird der Andere, der soziale Gegenüber als zwar anderes, aber gleichfalls kompetent und autonom handelndes Individuum wahrgenommen und respektiert. Er gilt nicht mehr als Funktionär einer Klasse, eines Geschlechts, einer Nation, einer Berufsgruppe etc.. Das erlaubt auch den Umkehrschluß: Selfmanagement ist nur möglich durch Teilnahme am Markt. Erst der Markt beweist dem Individuum seine Kompetenz.

Und dieses warenförmige Individuum hat seine Kompetenz ständig zu beweisen, mit allem was es hat: mit seinem stets trainierten Körper, seinem stets wohlgestylten Äußeren, seiner ständigen Bereitschaft zum Engagement auf dem Arbeitsmarkt, seinem stets vorhandenen Willen zur Weiterbildung. Jeder gegen jeden, anything goes und allzeit bereit. Körpertraining ist kein zu belächelndes Hobby mehr, sondern gehört unmittelbar zur Konstitution des Menschen - mehr denn je. "Then time will tell who fell / And who's been left be-

hind, / When you go your way and I go mine."

Literatur

- AUFMUTH, U. (1986): Risikosport und Identitätsbegehren. Überlegungen am Beispiel des Extrem-Alpinismus, in: HORTLEDER/GEBAUER 1986: 188 - 215
- BECK, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M
- BRETTSCHEIDER, W.-D./BRÄUTIGAM, M. (1990): Sport in der Alltagswelt von Jugendlichen - Forschungsbericht - Frechen
- DIETRICH, K./HEINEMANN, K./SCHUBERT, M. (1990): Kommerzielle Sportanbieter. Eine empirische Studie zu Nachfrage, Angebot und Beschäftigungschancen im privaten Sportmarkt, Schorndorf
- DIGEL, H. (1986): Über den Wandel der Werte in Gesellschaft, Freizeit und Sport, in: HEINEMANN/BECKER 1986: 14 - 43
- DIGEL, H. (Hg.) (1991): Wettkampfsport. Wege zu einer besseren Praxis, Aachen
- DSB (1991): Deutscher Sportbund (Hg.): "Gemeinsam aktiv - Im Verein ist Sport am schönsten" 1987 - 90. Das Marketing-Konzept des Deutschen Sportbundes. Eine Bilanz (Red.: S. Wedekind, R. Tobien), Frankfurt/M
- HEINEMANN, K./BECKER, H. (Red.) (1986): Die Zukunft des Sports. Materialien zum Kongreß "Menschen im Sport 2000", hrsg. vom Deutschen Sportbund, Schorndorf
- HORTLEDER, G./GEBAUER, G. (Hg.) (1986): Sport - Eros - Tod, Frankfurt/M
- LEDER, D. (1992): Die Hochauflösung Olympias. HDTV und Sport, in: Sportkritik, Null-Nr 1/92: 14
- LÜSCHER, R.M. (1988): Henry und die Krümelmonster. Versuch über den fordistischen Sozialcharakter. Aus dem Nachlaß herausgegeben vom Freundeskreis R.M.Lüscher, Tübingen o.J. (1988)
- PILZ, G.A. (Hg.) (1986): Sport und Verein, Reinbek
- RITTNER, V. (1986): Sportvereine und gewandelte Bedürfnisse, in: PILZ 1986: 43 - 55
- SEEBLEN, G. (1992): Terminator 2 - eine neue Ideologie im Kino, in: medien + erziehung, Nr. 1/92: 19 - 25
- TSCHIENE, P. (1991): Die neue "Theorie des Trainings" und ihre Interpretation für das Nachwuchstraining, in: DIGEL 1991: 64 - 78
- WERCHOSCHANSKI, J.W. (1985): Effektiv trainieren. Neue Wege zur Planung und Organisation des Trainingsprozesses, Berlin/DDR 1987 (Original: Moskau 1985)
- ZIELINSKI, S. (1984): Audiovisionen. Kino und Fernsehen als Zwischenspiele in der Geschichte, Reinbek

Anmerkungen

- 1 Es gibt auch eine Reihe von immanenten Entwicklungsbarrieren und Krisensymptomen des traditionellen Sports mit seiner Rekordausrichtung. Dies sind z.B. der Doping-Diskurs und die darin angelegte Entwertung der Rekorde, die Abkopplung des Spitzensports vom Massensport durch "Kommerzialisierung" und die Beschränkung der Sportentwicklung durch ökologische Gefährdungen.
- 2 Am Beispiel des Extremalpinismus hat Aufmuth (1986) dargestellt, wie individualisierte und extreme Sportarten auch Ausdrucks- und Bewältigungsformen von Sinndefiziten sein können. Das vermehrte Aufkommen dieser Sportarten verdeutlicht, daß es sich um ein individuelles Arrangement mit den gesellschaftlich vermittelten Individualisierungsschüben handelt. Dies ist zunächst eine Selbstsuche aufgrund eines Auf-Sich-Allein-Gestellt-Seins; es läßt aber keine Selbstfindung zu: "Schwerer und ganzheitlicher Sport vermag Ich-Spaltungen vorübergehend auszugleichen." (Aufmuth 1986: 197). Ein Klein-

arbeiten dieser Defizite ist aber dadurch nicht möglich, sondern nur ein Sich-Arrangieren (Lüscher 1988: 228). Dieses Arrangement ist also zunächst nur eine selbstbezügliche Abgrenzung von anderen gleichfalls individualisierten Menschen - massenhaft, aber in heterogenen Formen.

3 Generell ist eine besondere Bedeutung des Sports bei der Entwicklung medientechnischer Innovationen zu konstatieren. Das gilt sowohl für die gegenwärtigen Bemühungen HDTV zu erproben und einzuführen (vgl. Leder 1992), als auch für die massenhafte Durchsetzung des Rundfunks und Einführung des Fernsehens anläßlich der Olympischen Sommerspiele 1936 (vgl. Zielinski 1984: 157)

Die Sozialistische Jugend Deutschlands

Die Falken KV Leverkusen

sucht zum 01.09.92 oder später eine(n)

BILDUNGSREFERENTIN(EN)

Zum Aufgabenbereich gehören insbesondere die pädagogische Unterstützung von Kinder- und Jugendgruppen, Bildungsveranstaltungen, Zeltlagermaßnahmen und die Geschäftsführung. Einstellungsvoraussetzung: pädagogische Ausbildung.

Die Bezahlung erfolgt in Anlehnung an den BAT.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen an: Sozialistische Jugend Deutschlands, Die Falken, Kreisverband Leverkusen, zu Händen Thomas Wolff, Hauptstr. 114, 5090 LEV 1.

Kultur.

Was soll das?

von Ingo Arend*

„Ein Leben ohne Kultur ist sinnlos, ist wahrscheinlich gar nicht menschlich, wenn man von Barnett Newman ausgeht: 'Der erste Mensch war ein Künstler'. Dann war der zweite ein Ökonom. Das bedeutet, daß der Mensch, um Mensch zu werden, zuerst einen Traum brauchte, vorher konnte er gar nicht leben. So gesehen ist die Kunst die Voraussetzung des Lebens, Bedingung der Ökonomie.“

Heiner Müller hat letzthin die übliche Sicht von Kunst und Kultur der Linken, nämlich deren theoretische Unterordnung unter die materiell-produktive Transformation von Stoffen und Energien, als mithin nur abhängig zuckende Widerspiegelung von Produktions- und daraus folgender Klassenlage, auf den Kopf gestellt. Kunst und Kultur war für die Linke immer eine Art weißer Fleck, eine zweitrangige Nebensache. Sie galten, gemäß der Devise von dem Erklärungsfaktor Nummer Eins, Ökonomie, als abgeleitete Überbauphänomene. Zumindest versuchsweise könnte man sich ja einmal dem Arbeitsbegriff andersherum nähern: Vielleicht war es gerade der Überfluß an Wunschproduktion, Triebenergie, Neugieraktivität und Phantasien, die den Menschen entstehen ließen, ihn zu materieller Produktion trieben. Daraus wäre dann ein nicht-hierarchisches, gleichberechtigtes Verhältnis von immaterieller und materieller Arbeit als Grundlage lebendiger historischer Entwicklung abzuleiten.

Mindestens genauso mangelhaft und widersprüchlich wie die analytischen Defizite sind die der politischen Kultur der Linken. Sie reproduzierte trotz des marxistischen Ideals der „allseitig gebildeten Persönlichkeit“ in erstaunlich

chem Maße die ästhetischen, kulturellen und emotionalen Defizite der herrschenden politischen Kultur. Linke Utopie vorwiegend ein Planquadrat. Ihre Politik war wie eine große Maschine, die Parameter in alle Himmels- und Denkrichtungen auslegte und wie Wasserstandsmeldungen die Verschiebungen in der historischen Formationstektonik meldete. Die Masse der intellektuellen Ameisen, in rast- und besinnungsloser Hast eingeklemmt in diesem Gebälk, versuchte sich mit fruchtlosen Regulationsklimmzügen gegen diese Verwerfungen zu stemmen.

Dementsprechend war linke Politik: Überwiegend einfallslos, statisch, hierarchisch, unkreativ, unsinnlich, in höchstem Maße unerotisch, und wenn, dann machistisch. Druck und Sachzwänge des politischen Betriebes und die Härte des Klassenkampfes zwang denen, die mitmachen, scheinbar notwendig den vorherrschenden Habitus steifer und unkörperlicher Rigorosität ab. Galt Hegel die Kunst noch als „entfaltete Wahrheit“, entfaltete die Linke bestenfalls „Positionen“papiere. Literarische, künstlerische und dramatische Interessen und Verhältnisse wurden fast immer abseits der politökonomischen Tagesordnung verhandelt. Auf der Höhe der Zeit war der hochkomplexe, hochpolitische, aber illiterale Typus, der alle möglichen, ebenso schnell zusammengehauenen wie wieder vergessenen Thesenpapiere irgendwelcher alberner Arbeitsgruppen kannte und virtuos handhaben konnte. Die übrige Lebenszeit schnurrte auf Zeit zwischen Vorstands-, Konferenz- und sonstigen Gruppenterminen zusammen.

Wer die „Ästhetik des Widerstandes“ von Peter Weiss, die als symbolischer Ausweis umfassender linker Gesinnung meist ungelesen im Regal stand, oder die Gedichte von Peter Huchel wirklich gelesen hatte, galt als Sonderling. Derlei das eigene politische Empfinden, Denken und Analysieren fundamental verändernde Kenntnisse wurden als Ausweis politischer Weichheit und Unentschlossenheit mit einer Mischung aus Unsicherheit und Bewunderung beäugt.

Die linke Konferenz- und Versammlungskultur war ein ziemlich dröges, kopflastiges Einerlei mit einer ebenso unformen und rigiden wie blutleeren ästhetischen Praxis. Die dort produzierte Theorie und Sprachkultur erreichte oft eine transzendente Abstraktheit, hinter der der Träger objektiver Klassenmerkmale genau zu erkennen, der konkrete Mensch aber kaum noch auszumachen

war. Insofern verwundert es nicht, daß die dort seit einiger Zeit vielbeschworene Formel vom „subjektiven Faktor“ eigentlich nur die „Fast-Leerstelle“ der Linken in Sachen kritischer Theorie der Subjektivität semantisch kaschiert.² Die eigentlich auch als lebensweltlicher Befreiungsschlag gedachte Gramsci- und Zivilgesellschaftsdebatte droht auch schon wieder in ein ähnliches theoretisches Prokrustesbett zu münden.

Kurzum: Politische Erneuerung gelingt nicht ohne kulturelle Erneuerung. Ihr kommt ein zentraler Stellenwert zu. Die Neuaufgabe von „Mehr Demokratie wagen“ wird ohne eine zeitgemäße Renaissance des Konzepts „Kultur für alle“ nicht gelingen. Aber viele Fragen sind offen. Das angesprochene Verhältnis von Ökonomie und Kultur beispielsweise. Es geht nicht nur darum, einen angemessenen Begriff von Kunst, Kultur und Lebensweise als relativ autonomer Felder „menschlicher Selbstkonstitution“ (Thomas Metscher) zu gewinnen. Wenn Leben nur als „gelebte Differenz“³ möglich ist, was bedeutet das für das Konzept der „kulturellen Hegemonie“? Was bleibt von der „Ästhetik des Widerstandes“? Gibt es noch und welche Zukunft hat die Arbeiterkultur? Ist „Kultur für alle“ gleichbedeutend mit einer Neuaufgabe von „Massenkultur“? Welche Bedeutung haben Kunst und Kultur für ein neues Verhältnis von Autonomie, Individualität und Kollektivität, für ein neues Verhältnis von „Ich“ und „Wir“? Kann es eine Ästhetik neuer Solidarität oder zukünftiger Befreiung, die ja beide lange nicht eingelöst sind, geben?

Es geht genauso um die Bedeutung eines neuen Verhältnisses zu ästhetischer Praxis und kultureller Selbstbetätigung. Also darum, produktive und schöpferische kulturelle Potenzen für eine möglichst große Anzahl von Individuen freizusetzen und lange vernachlässigte kulturelle Bedürfnisse auch praktisch überhaupt erst zu entwickeln, die abgedrängten Bestandteile kultureller Selbstverwirklichung in den Lebensalltag zurückzuholen, auch den politischen - ohne das Schamgefühl subjektiver Verirrung. Wirtschaftsdemokratie ist die eine Sache. Die Linke braucht nicht nur neue Sichtweisen, von Markt und Plan beispielsweise, sondern neue Formen, neue Fähigkeiten des Sehens, ein neues Verständnis von Bildern. Nach dem Besuch einer Bonner Opermatinee gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus kam mir der Gedanke: Vielleicht muß Gesell-

schaftsveränderung mehr als bisher neue kulturelle Wahrnehmungs-, Vermittlungs- und Praxisformen entwickeln:

„Kunst ist eine Gefahr für das Bestehende“, schreibt Heiner Müller, „der Künstler spielt mit den Strukturelementen, setzt die Realitätspartikel neu zusammen, hebt die Realität partiell auf. ... mit Realität zu spielen ist eine subversive Haltung, zersetzt die Realität.“⁴

Möglicherweise ist es jemandem aufgefallen: Der Artikel zu Fragen des Verhältnisses von Ästhetik und Demokratie am Beispiel Beuys (spw Nr.61) war als Einleitungsversuch zu der kommenden Debatte gedacht. Ich habe den Bremer Literatur-

wissenschaftler Thomas Metscher geben, in zwei Folgen einige Grundsätze materialistischer Betrachtung von Kunst und Kultur (oder was davon übrig ist) aus seiner Sicht zusammenzufassen. Folgen soll von Metscher ein Artikel zum Verhältnis von Ästhetik und Demokratie. Danach einige Artikel unter derselben Fragestellung von kultur(politisch) ausgewiesenen AutorInnen. Stellungnahmen, Kritik und Autorenhinweise sind ebenso willkommen wie künstlerische Produkte. Vielleicht gelingt sogar ein „Diskurs“?

1 Heiner Müller: Die Reflexion ist am Ende, die Zukunft gehört der Kunst. In: ders.: Jenseits der Nation, Berlin 1991, S. 100

2 Helmut König: Politologie des Subjekts. In: Albrecht / Altvater / Krippendorff: Was heißt und zu welchem Ende betreiben wir Politikwissenschaft? Darmstadt 1989, S. 53

3 Elmar Altvater: Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des „real existierenden Sozialismus“. Münster 1991, S. 257

4 Heiner Müller: Das Böse ist die Zukunft. In: ders.: Jenseits der Nation, S. 72

Thesen zur materialistischen Ästhetik

Teil I Zur Theorieform des marxischen Denkens

von Thomas Metscher*

Die vorliegenden Ausführungen stellen Gedanken zur Diskussion, die die Frage betreffen: Was bleibt vom materialistischen Denken angesichts der zuge-spitzen, (von vielen als letal angesehenen) Krise des Marxismus und des katastrophischen Zusammenbruchs des sich 'sozialistisch' nennenden 'Weltsystems'. Mein Interesse zielt dabei auf Fragen einer materialistischen Ästhetik; in dem hier vorgelegten ersten Teil soll grundlegend die Frage nach der Theorieform des marxischen Denkens - "was konstituiert dieses Denken als besondere Form der Theorie im Unterschied zu anderen?" - behandelt werden.¹ Die Thesenförmigkeit der Ausführungen hat - neben dem Vorzug raumsparender Kürze - die Funktion, ihre Unabgeschlossenheit hervorzuheben. Die Thesenförmigkeit eines Gedankens verleiht diesem den Charakter eines Vorschlags

für eine weiterführende, wünschenswertere kontroverse Diskussion, an deren Ende die Bestätigung, Widerlegung oder Modifikation der Eingangsthese stehen sollte.

I. Zur Theorieform des Marxischen Denkens

Materialistische Ästhetik wie der Begriff heute weitgehend gebraucht wird, bezieht sich primär auf Ästhetik in der Tradition des von Karl Marx begründeten Denkens. Um auszumachen, was in diesem Sinn materialistische Ästhetik heißen kann, sind Charakteristika zu benennen, die die von Marx begründete Theorieform von anderen Theorieformen unterscheidet (vgl. ausführlicher Metscher 1989 u. 1992). Dazu gehören die folgenden:

(1.) Der von Marx entworfene "neue Materialismus" ist ein empirischer Rationalismus. Dieser hat als "Philosophie der Empi-

rie in der Tradition seit Bacon und Locke", "die rationale Konstruktion empirischer Daten zu Gesetzen und Regularitäten" zum Ziel. Sein erkenntnisleitendes Interesse ist nicht auf eine einfache Weltanschauung gerichtet, sondern auf ein wissenschaftliches Weltbild, das als rationales Wissen die Individuen befähigt, "die fetischistische Welt der Erscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft zu durchdringen, deren wesentliche Struktur und Dynamik zu erklären und rationale Tätigkeit zu ermöglichen" (Sandkühler 1991, S. 195 f.).

Welt als menschliche Konstruktion

(2.) Ein solcher empirischer Rationalismus ist erkenntnistheoretische/ontologisch ein Realismus. Materielle Wirklichkeit (>Materie<, >Natur<) gilt ihm als Fundament menschlichen Handelns und menschlicher Welt. 'Welt' als 'Wirklichkeit des Menschen' ist durch

* Ingo Arend, Journalist und Politologe, Mitglied der spw-Redaktion

* Thomas Metscher ist Professor für Literaturwissenschaft an der Universität Bremen

menschliche Tätigkeit konstituiert gedacht. Ist stets Resultat menschlicher Tätigkeiten. 'Welt' ist menschliche Konstruktion (in diesem Punkt besteht eine Verbindung zu bestimmten Spielarten des Konstruktivismus), jedoch im Rahmen objektiv vorgegebener Naturwirklichkeit. Materielle Wirklichkeit, unaufhebbare Grundlage jeden Akts menschlich-geschichtlicher Selbstschöpfung.

(3.) Der "neue Materialismus" ist dialektisches, und er ist radikal geschichtliches Denken. Dialektisch heißt: Wirklichkeit wird als gegensätzlich strukturierter, bewegter Zusammenhang gedacht. Die Negation ist dialektische Grundkategorie, ohne daß im Marxschen Ansatz Dialektik auf Negation reduzierbar wäre (Adorno).

Kern der Dialektik ist die "Einheit der Gegensätze" (Lenin 1971, VBs. 38, S. 214). Ihre Kategorien haben einen ontologisch und einen logisch-methodologischen Sinn: Sie beziehen sich auf die Verfaßtheit des Wirklichen wie auf die Verfahren, Wirklichkeit zu erkennen. Dialektik meint einen Weg des Denkens und die Bewegung des Seins. Die strukturellen Merkmale von Geschichtlichkeit sind Entwicklung u. Transformation. Sie gelten für die menschlich-gesellschaftliche wie für die natürliche Welt und haben gleichfalls ontologische wie logisch-methodologische Bedeutung: Geschichtlich verfaßt ist die Wirklichkeit, und geschichtlich verfaßt sind die Verfahren, mit denen Wirklichkeit erkannt wird.

(4.) Zum dialektisch-geschichtlichen Denken gehört wesentlich der Gesichtspunkt der Kritik. Kritik ist konstitutives Moment des "neuen Materialismus". Dieser ist von seiner Anlage her eine kritische Wissenschaft. Er setzt theoretisch wie politisch ein als Kritik von Herrschaft und sozialer Macht, und dazu gehört die Kritik von Ideologien im Sinne (institutionalisierten) herrschaftssichernden Bewußtseins. Kritik als konstitutives Moment meint aber auch kritischen Selbstbezug: Selbstprüfung als methodisches Prinzip; Kritik als Grenzbestimmung menschlichen Erkennens, Urteils und Handelns.

(5.) In seinem ethischen Grundimpuls ist das Marxsche Denken radikaler Humanismus. Der "Mensch selbst" gilt ihm als "Wurzel" und "höchstes Wesen für den Menschen" (MEW 2, S. 385). Argumentativ setzt dies Denken bei der "Existenz lebendiger menschlicher Individuen"

ein; es macht keine anderen Voraussetzungen als die "empirischen" der leiblichen Existenz individueller Menschen - die "wirklichen Individuen", ihre "Aktion" u. "materiellen Lebensbedingungen" (MEW 3, S. 20 f.). Sein Ziel ist es ein universal emanzipatorisches: die "volle und freie Entwicklung jedes Individuums" Diese ist Grundprinzip der zu schaffenden "höheren" Gesellschaftsform (MEW 23, S. 618). Um für eine solche Entwicklung die Bedingung zu schaffen, ist die radikale Transformation ('Revolution') gegebener Gesellschaft notwendig. Sein historisches Anliegen ist daher das Umwerfen aller Verhältnisse der Deformation des Menschen d.h. "aller Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" (MEW 1, S. 385). Das politische Ethos emanzipatorischer Weltveränderung ist treibendes Moment dieses Denkens, sein tiefstes philosophisch-proletarisches Prinzip. Es ist in seiner Essenz eine Theorie der Befreiung (vgl. Metscher 1992).

Kulturelle und sinnliche Arbeit

(6.) Erstes Distinktionsmerkmal des "neuen" Materialismus gegenüber dem "alten" ist der Gesichtspunkt "praktischer, menschlich-sinnlicher Tätigkeit" (MEW 3, S. 6). 'Tätigkeit' ist nicht auf Arbeit reduzierbar, sondern bezieht sich auf die Gesamtheit der reproduktiven (existenzerhaltenden) und produktiven (Selbst und Welt gestaltenden) Fähigkeiten des individuellen und kollektiven Subjekts >Mensch< (körperlich und geistig) - von der basalen Tätigkeit materieller Arbeit bis zu den Tätigkeitsformen des Ästhetischen (in Produktion und Rezeption). Der Mensch ist "bewußte Lebenstätigkeit" (MEW, Ergänzungsbd. 1, S. 516), er konstituiert sich erst im Vollzug sinnlich-gegenständlicher Tätigkeit. In dieser ist Sein und Bewußtsein als Einheit gesetzt (vgl. Metscher 1989). Kulturelle Bildung ist Resultat menschlicher Selbstkonstitution durch sinnlich-gegenständliche Tätigkeit. Alle menschliche Tätigkeit vollzieht sich innerhalb konkreter, vorgefundener geschichtlich-gesellschaftlicher Bedingungen, die den Spielraum menschlicher Handlungsmöglichkeit eingrenzen. Innerhalb solcher Spielräume des Handelns ist der Mensch <frei>. Er kann eine gegebene Möglichkeit ergreifen oder verfehlen. Das Gefüge geschichtlich-gesellschaftlicher Bedingungen ist Resultat menschlicher Handlung, und es

kann durch menschliche Handlung verändert werden. Die geschichtliche Bewegung selbst vollzieht sich auf keine andere Weise als in der Form solcher determinierter Handlungen.

(7.) Ein ein für alle Mal festgelegtes (festes) menschliches Wesen wird im Marxschen Denken nicht angenommen. Das menschliche Wesen ist "kein dem einzelnen Individuum inwohnendes Abstraktum". Es wird radikal geschichtlich gedacht: als "ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse" (MEW 3, S. 6). Es konstituiert sich im Vollzug menschlicher Lebenstätigkeiten, d.h. in einem Prozeß kultureller Bildung. Kultur ist Resultat menschlicher Selbstkonstitution. In ihren Objektivationen - dem Gesamtbereich vergegenständlichter schöpferischer Leistungen (von den materiellen Produktivkräften bis hin zu den Künsten) - existiert das menschliche Wesen in vergegenständlichter Form.

Kultur als menschliche Selbstkonstitution

(8.) Geschichtsphilosophisch behauptet das Marxsche Denken eine Abfolge gesellschaftlichen Formationen mit unterschiedlichen Spielräumen geschichtlichen Handelns. Die Geschichte gesellschaftlicher Formationen folgt weder einer präterminierten theologischen Struktur, noch ist sie die Geschichte eines linearen Menschheitsgeschichtlichen Fortschritts. Gleichwohl hat sich aufgrund bestimmter struktureller Bedingungen - zu denen die Entwicklung der technologischen Produktivkräfte ebenso gehören wie die Globalisierung der gesellschaftlichen Grundverhältnisse, die enorme Akkumulation kulturellen Reichtums, (materiell u. geistig) wie auch des gesellschaftlich verfügbaren Wissens - in der bürgerlichen Gesellschaft (der kapitalistischen Gesellschaftsformation) die universale menschliche Emanzipation als reale Möglichkeit herausgebildet. Diese kann allein wirklich werden durch Aufhebung der diese Gesellschaft zugleich prägenden und deformierenden grundlegenden Klassenstruktur (den in der Produktionsweise begründeten Antagonismus von Bourgeoisie und Proletariat), wie auch aller anderen Formen der Herrschaft von Menschen über Menschen. Eine solche Aufhebung hätte den Charakter eines revolutionären Akts, da sie die Umgestaltung der Gesellschaftsformation im ganzen betrifft. Die herzustellende Gesellschaft universaler

Emanzipation wäre von der kapitalistischen wie von allen anderen bekannten Gesellschaftsformationen strukturell verschieden. In ihr wäre die gesamte bisherige Geschichte seit dem Ausgang der Urgesellschaft prägende repressive Klassenstruktur aufgehoben. Eine solche Gesellschaft ist für Marx eine im Schoß der Geschichte herangereifte Möglichkeit - nicht mehr. Eine solche Möglichkeit kann durch geschichtliches Handeln ergriffen, sie kann aber auch verfehlt werden. Nach Maßgabe des Marxschen Denkens wäre das Verfehlen dieser Möglichkeit identisch mit einem Rückfall in äußerste Barbarei, möglicherweise mit dem Menschheits-suizid.

(9.) Gesellschaft als Formation heißt: sie wird als ein von der ökonomischen Basis (>Produktionsweise<) her strukturiertes Ganzes mit interner Geschichte begriffen. Gesellschaftliche Formationen bilden sich zu hochkomplexen Systemen aus, deren Bereich ihre eigenen internen Regularitäten entwickeln. Sie sind relativ autonom. D.h., sie sind miteinander vermittelt, bedingen einander, doch ist kein Bereich auf den anderen reduzierbar. Die Produktionsweise als strukturierendes Moment bedeutet allein: sie setzt Bedingungen, unter denen sich die einzelnen Bereiche entwickeln. Der aus den ökonomischen Verhältnissen entspringenden Klassenstruktur kommt im Aufbau einer gesellschaftl. Formation eine prioritäre Bedeutung zu. Sie ist dennoch so wenig die einzige eine gesellschaftliche Formation prägende Struktur, wie sie der einzige Motor geschichtlicher Handlung ist.

II. Marx und materialistische Ästhetik

In der Perspektive des Marxschen Ansatzes sind Literatur und Künste ein distinkter, eigenständiger Teil der Kultur einer gegebenen gesellschaftlichen Formation in historisch wechselnder (nicht universal festzulegender) Form, Bedeutung und Funktion. In der Perspektive dieses Denkens ist über ästhetische Fragen in keiner Weise vorentschieden, auch nicht im Sinne des oft zitierten, in seiner Bedeutung aber ebenso oft überschätzten Basis-Überbau-Modells (vgl. MEW 13, S. 8 f.). Fest steht, daß Marx den Künsten hohe Bedeutung zusprach. Jede Reduktion auf die Faktoren Ökonomie, Klassenkampf usw. läuft

seinem Denken zuwider. So ist die Literatur, wie Siegbert S. Praver herausgearbeitet hat, für Marx nicht allein "a means of - expression - (Mittel des Ausdrucks von Anderem), sondern zugleich gleichfalls Medium kultureller Selbstbildung "a means of - self-constitution -". "[...] man not only labours to satisfy his physical needs and urges, but also forms >according to the laws of beauty<. Literature, therefore, answers a human need and like the other arts creates and shapes the senses by which it is enjoyed" "Der Mensch arbeitet nicht nur, um seine physischen Bedürfnisse und Triebe zu befriedigen, sondern formt zugleich 'nah den Gesetzen der Schönheit'. Die Literatur antwortet also einem menschlichen Bedürfnis und formt, wie die anderen Künste, die Sinne, durch die sie genossen wird" (Praver 1976, S. 404). Marx verstreute Äußerungen zur Literatur sind von bemerkenswerter Kohärenz (vgl. Wellek 1966! Praver 1976), trotzdem er keine ausgearbeitete Literatur- oder Kunsttheorie hinterlassen hat. Ja, die gesamte Geschichte moderner materialistischer Kunstwissenschaft und Ästhetik kann als Versuch gelesen werden (jedenfalls dort, wo sie mehr ist als Ideologie), die von Marx her zwar gestellte, doch nicht gelöste Frage nach Charakter und Funktion des Ästhetischen und der Künste zu beantworten.

Dabei ist in Rechnung zu stellen, daß jede an den Marxschen Theorietyp anschließende Einzelwissenschaft gehalten ist, ihre eigenständigen gegenstands- und bereicherspezifischen Methoden auszuarbeiten. Eine universale, auf jeden Gegenstand anwendbare, >materialistische Methode< gibt es nicht - sie ist eine ideologische Fiktion. Was es gibt, sind eine Reihe konstitutiver, vom Marxschen Theorierahmen vorgegebener Eckdaten (sie betreffen ontologisch-anthropologische, geschichts- und gesellschaftstheoretische Aspekte) sowie die Grundelemente dialektischen und geschichtlichen Denkens. Für die Einzelwissenschaften besagt dies aber weniger, als es zunächst den Anschein hat. Diese haben - im Rahmen der vorgegebenen Eckdaten - ihre regionalen (bereichs- und gegenstandsspezifisch) Theorien und Methodologien auszuarbeiten. Es ist viel zu wenig bekannt und anerkannt, daß das Marxsche Denken von seinem Ansatz her ein offenes System darstellt, in dem umfangreiche Wirklichkeitsbereiche unbearbeitet sind und viele Fragen unterschiedlich beant-

wortet werden können. Auch für viele Grundfragen läßt es eine Pluralität von Positionen zu. Zudem postuliert es eine im Wandel befindliche Wirklichkeit, was einschließt, daß auch die Gegenstände wissenschaftlichen Forschens der Veränderung unterworfen sind. Das Faktum der Pluralität, das jedem unvoreingenommenen Betrachter der Geschichte materialistischer Ästhetik und Kunstwissenschaft entgegentritt, ist im Grundkonzept der Theorie also angelegt. Für die markralistische Ästhetik gilt noch verstärkt, was für den Marxismus im ganzen gilt: Er existiert nur als pluraler (vgl. Haug 1985) u. wird auch zukünftig, wenn er denn eine Zukunft hat, nur als pluraler existieren können.

Literatur

- Haug, W.F., 1985, Pluraler Marxismus. Berlin
Lenin, W.J., 1971, Werke, Bd. 38. Berlin
Marx, K., Engels, F., 1970ff., Werke (MEW): Berlin
Metscher, T., 1982, Kunst, Kultur, Humanität. Studien zur Kulturtheorie, Ideologietheorie und Ästhetik. Fischerhude
Ders., 1989, Herausforderung dieser Zeit. Zur Literatur und Philosophie der Gegenwart. Düsseldorf
Ders. 1992, Pariser Meditationen. Zu einer Ästhetik der Befreiung. Wien
Praver, S. S., 1976, Karl Marx and World Literature. Oxford
Sandkühler, H.J., 1991, Die Wirklichkeit des Wissens. Geschichtliche Einführung in die Epistemologie und Theorie der Erkenntnis. Frankfurt a.M.
Wellek, R., 1966, A History of Modern Liticism 1750 - 1950, Bd. 3: The Age of Transition. London

Die hier vorgestellten Gedanken werden ausführlicher behandelt in meinem Buch Pariser Meditationen. In einer Ästhetik der Befreiung, Wien [erscheint Frühjahr 1992].

Christoph Links: Sandinismus - Ein Versuch mittelamerikanischer Emanzipation, Verlag: Edition Der andere Buchladen, Köln 1992, 109 Seiten.

Daß nach den Wahlen von 1990 noch immer recht zahlreich Literatur über Nicaragua produziert wird, erstaunt zunächst; und auch Christoph Links' Buch über die Entwicklung des Sandinismus wirkt zunächst anachronistisch. Hat der Sandinismus als eigenständige Ideologie nationaler Befreiung in Lateinamerika nicht ausgedient? Sind die verlorene Wahl und die Konzeptionslosigkeit, die die Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) an den Tag legt, nicht genug Beweis dafür, daß auch dieses Entwicklungsmodell gescheitert ist und nur ein weiteres Steinchen in das Mosaik weltweiter linker Perspektivlosigkeit gefügt worden ist?

Christoph Links gibt in seinem Buch zu dieser Frage keine befriedigende Antwort über die Feststellung hinaus, daß die Sandinisten trotz verlorener Wahl auch weiterhin ein Machtfaktor bleiben. Er stellt fest, daß der zukünftige Weg der Sandinisten noch nicht klar ist, zumal die FSLN sich zwar eine neue Struktur, aber noch kein neues Programm gegeben hat, um auf die gesellschaftlichen Entwicklungen einzuwirken.

Links, der auch bereits in der DDR mehrere Schriften zu Nicaragua veröffentlicht hat, beginnt seine Analyse mit der Darstellung der drei ideologischen Wurzeln des Sandinismus: egalitärer Nationalismus Augusto César Sandinos, basisorientiertes Christentum, Marximus.

Links beschreibt grob die nicht systematisch erarbeiteten Gedanken Sandinos, dem es in seinem Kampf gegen die US-amerikanischen Besatzungstruppen in den 20er und 30er Jahren gelang mit einem unzureichend bewaffneten Heer den USA ihr "erstes Vietnam" zu bereiten. Sandino formulierte in dieser Zeit die Position eines eigenständigen nicaraguanischen/mittelamerikanischen Nationalismus, verbunden mit sozialen Forderungen gegen die herrschende Kompradorenkasse.

Die zweite Quelle des Sandinismus ist das basisorientierte Christentum, das unter der Erfahrung der Somoza-Diktatur eine revo-

lutionäre und gegen die Kirchenhierarchie gerichtete Orientierung entwickelte. Als dritte Quelle führt Links den Marxismus und die revolutionären Erfahrungen anderer Völker auf, die jedoch erst recht spät - in den 60er und 70er Jahren - Eingang in die Befreiungsbewegung fanden.

Als weitere vorrevolutionäre Entwicklung im Sandinismus beschreibt Christoph Links die Aufspaltung der FSLN Mitte der 70er Jahre in drei Tendenzen, die später fast unabhängig voneinander agierten. Die Mehrheitsströmung verfolgte das Konzept des verlängerten Volkskrieges, die zweite wollte eine mehr auf die Arbeiterklasse ausgerichtete Politik durchsetzen, während die dritte im Gegensatz dazu eine Öffnung gegenüber den national und demokratisch gesinnten Teilen des Bürgertums forderte. Letzterer, der auch Daniel Ortega angehörte, erwies sich im Lauf der Ereignisse als die erfolgreichere.

So wurde dann kurz nach dem Umsturz am 19. Juli 1979 eine Koalitionsregierung gebildet, der auch bürgerliche Kräfte angehörten (z. B. Violeta Chamorro). Als Grundlagen der zukünftigen Entwicklung wurden eine gemischte Wirtschaft, Pluralismus und Blockfreiheit genannt.

In der Wirtschaftspolitik der Sandinisten setzte sich die Heterogenität der politischen Konzeption fort: Einerseits wurde das Bündnis mit dem Bürgertum gesucht, andererseits jedoch zentralstaatliche Planung, Ausbau des öffentlichen Sektors und Kontrolle des Bürgertums über finanzpolitische Maßnahmen und die Gewerkschaften angestrebt.

Diese Bündnispolitik wurde jedoch durch die Forderungen bürgerlicher Kräfte und des 1981 einsetzenden Contra-Krieges überholt. Das Bündnis zerbrach und in der Folge gewann die sozialistische Zielsetzung gegenüber der nationalen Einheit an Bedeutung.

Links beschreibt den Verlauf ideologischen Entwicklung des Sandinismus, die bis in die Mitte der 80er Jahre hinein eine

Radikalisierung der Revolution brachte: Die FSLN baute ihre hegemoniale Stellung aus und bekämpfte auch mit staatlichen Mitteln die von außen gesteuerte Opposition, staatliche Unternehmen gewannen an Bedeutung, außenpolitisch erfolgte im Rahmen der Blockfreiheit eine Öffnung gegenüber den sozialistischen Staaten - v. a. Cuba.

Eine Wendung nahm die Politik der Sandinisten jedoch wieder ab Mitte der 80er Jahre, als die Contra-Strategie der USA Erfolge zeitigte und sich die wirtschaftliche Situation Nicaraguas dramatisch verschlechterte. Die staatlichen Regulierungen wurden aufgehoben und als Übergangsmaßnahme der Marktmechanismus wieder in Kraft gesetzt. Damit einher ging die Erarbeitung einer Verfassung, die den Pluralismus festschrieb sowie die Einleitung eines Friedensprozesses unter großen Zugeständnissen der Sandinisten, der letztlich zur Beendigung des Contra-Krieges und Durchführung der Wahlen am 25. Februar 1990, die das Oppositionsbündnis UNO gewann.

Links' Darstellung der Entwicklung des Sandinismus schließt sicherlich eine Lücke, da es bisher dazu keine Monographie gab, jedoch bleibt er dabei durchaus der traditionellen Sichtweise verbunden, die recht wenig Kritik an der sandinistischen Politik und v. a. an den Strukturen der FSLN übt. Die Schwächen der FSLN und ihrer Politik, die nun auch zur Wahlniederlage beigetragen haben, werden nicht hinterfragt, und demokratische Strukturen nicht kritisiert. Links Analyse bleibt somit auf halbem Wege stecken und ist so nur als beschreibende Darstellung zu sehen denn als Bereicherung der Diskussion.

Frank Schauf, Düren

Unterdeterminiert

Richard Lichtman hat mit seinem Buch "Die Produktion des Unbewußten" (Argument-Verlag, 353 S., DM 38,—) den Versuch unternommen, die Psychoanalyse in die marxistische Theorie zu integrieren, wie er im Untertitel verspricht. Dieses nicht gerade neue Unternehmen wäre nun nicht besonders erwähnenswert, führte es nicht anschaulich die intellektuellen Unzulänglichkeiten vor, die entstehen, wenn man sich mit einem geschlossenen Weltbild anderer Theorien zuwendet, um sie in den eigenen Glauben zu "integrieren", anstatt sie in ihrer Eigenständigkeit zu würdigen.

Um es vorweg zu nehmen, Lichtmans Buch ist interessant zu lesen, über weite Passagen intelligent und anschaulich geschrieben und beinhaltet anregende Überlegungen. Vor allem an den Stellen, an denen er sich ganz konkret mit dem Fall der Freudschen Patientin Dora auseinandersetzt und eigene Spekulationen zur Krankengeschichte anstellt, sind seine Ausführungen nicht ohne Reiz.

Doch dies hilft nicht darüber hinweg festzustellen, daß Lichtman die Freudsche Theorie in ihren zentralen Aspekten nicht zur Kenntnis genommen bzw. nicht verstanden hat. Denn daran scheint ihm das eigene festgefügte Weltbild gehindert zu haben, nach dem nicht sein kann, was nicht sein darf. So bleibt für ihn das Unbewußte natürlich ein Produkt der bürgerlichen Gesellschaft, resultierend aus Verdrängungen, die von den Herrschenden erzwungen werden. So ist natürlich die Bedeutung der Sexualität von Freud völlig überschätzt worden, und hinter jeder psychischen Störung sieht er die häßliche Fratze kapitalistischer Gewaltherrschaft. Wie einfach kann man sich doch die Welt erklären, wenn man sich in den Sphären der reinen Abstraktionen bewegt!

Lichtman kommt nicht dahin, sich mit dem Modell des seelischen Funktionierens in der Freudschen Theorie auseinanderzusetzen - was die notwendige Voraussetzung zur Erlangung eines grundlegenden Verständnis ist - , da er auf der Ebene purer Weltanschaulichkeit hängen

bleibt. Für ihn existiert Psychisches daher eigentlich nur als Störung oder Deformation, hervorgerufen durch die unterdrückte Gesellschaft, nicht aber als eigene Realitätsform. Dies zeigt sich vor allem daran, daß er nur noch vom "Menschen" redet, wenn er die Störungsebene verläßt. Das Gerede darüber, wie der "Mensch ist" oder "sein sollte", hat mehr mit Glauben als mit Erkenntnis zu tun.

Lichtman manövriert sich in dieses Dilemma durch seinen Integrationsanspruch. Die Argumentationslinie ist schlicht: da die Freudsche Theorie bürgerlich, die Marxsche aber revolutionär ist, muß die eine der anderen untergeordnet werden. Die Freudschen Überlegungen werden dadurch nur noch durch die marxistische Brille wahrgenommen, unbeeindruckt davon, daß dies zu einer partiellen Blindheit führt.

Die Qualifizierung von Theorien als "bürgerlich" oder "nicht-bürgerlich" ist dabei völlig nichtssagend und kann unterbleiben, solange damit keine inhaltliche Aussage verbunden ist, sondern nur die ideologische Keule geschwungen wird. Jeder mag sich selber die Frage beantworten, was die Etikettierung "bürgerlich" an inhaltlichem Gehalt über den Erkenntniswert und die Tauglichkeit einer Theorie beinhaltet.

Bei dieser Ausgangslage ist es nicht weiter verwunderlich, daß Lichtman vor allem moralisch gegen die Freudschen Erkenntnisse argumentiert. So sperrt er sich gegen die Freudsche Annahme einer grundlegenden destruktiven Seite des Psychismus mit dem Hinweis, daß dies in Resignation treiben und die revolutionäre Bewegung schwächen würde. Damit reiht sich der "linke" Theoretiker Lichtman - wenn auch mit anderer Intention - in die Reihe derjenigen Freud-Kritiker ein, die die Psychoanalyse seit Jahrzehnten wegen ihrer "zersetzenden" Kraft, ihres Amoralismus und der Gefahr der Verrohung der allgemeinen Sitten durch ihre Erkenntnisse angiften. Die "marxistische" Fassung dieser Philistermoral endet schließlich in der Forderung, daß jeder Therapeut eine "antiautoritäre, antipaternalistische und folglich(!)

antikapitalistische" Einstellung haben muß. Da fehlt nur noch der Hinweis, daß er auch ein "guter Mensch" zu sein habe, der streng nach den 10 Geboten lebt, um die Liste zu vervollständigen.

Der Beispiele gäbe es viele, an denen aufgezeigt werden kann, daß Lichtmans Auseinandersetzung mit Freud "unterdeterminiert" ist, wenn man sich seinem Buch mit wissenschaftlichem Interesse nähert. Er beteiligt sich nicht am psychoanalytischen Diskurs und läßt auch kein Interesse an einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Psychoanalyse erkennen, sondern betreibt seine "Integrationsbemühungen" wie eine "unfreundliche Übernahme". Lichtman liefert damit nichts anderes als einen weiteren Beitrag eines Schriftgelehrten, der über die Unantastbarkeit seines Weltbildes wacht, und meint, es vor dem gefährlichen Gedankengut der Psychoanalyse schützen zu müssen. Dies ist bedauerlich, da in der Konfrontation zweier so herausfordernder Realitätsentwürfe wie der Freudschen und Marxschen viel Sprengkraft für beide Seiten liegt, so daß hier ein spannendes wissenschaftliches Unterfangen liegt.

Rainer Baecker

Linke müssen lernen, im Begriff zu kämpfen

von Sabine Kebir*

Zum Beitrag von Klaus Wardenbach 'Zivilgesellschaft - Plädoyer für den Abschied vom letzten Modebegriff der 80er Jahre' in SPW2/92.

"Die Hoffnungen sind gestorben, aber der Begriff hat überlebt. Von Richard von Weizsäcker bis zu den PDS-Reformern führt ihn jeder im Munde. Und jeder meint etwas anderes damit. " Es geht um die 'Zivilgesellschaft'. Ich möchte mit meiner Erwiderung auf den Beitrag Wardenbachs für eine Haltung unter den Linken werben, die sich prinzipiell nicht mehr daran stören sollte, gemeinsame Begriffe mit anderen Strömungen der Gesellschaft, bzw. ihren Repräsentanten zu haben. Diese Haltung steht u. a. auch im Zusammenhang damit, daß die Vorstellung scharfer Freund-Feind-Linien aufgegeben werden muß. Die Linke sollte endlich begreifen, daß sie nicht nur für einen Teil der Menschheit, sondern für alle ein Programm anbieten muß und daß der Kampf um das Für und Wider oft quer durch die Individuen selbst verläuft. Der Erfolg eines solchen Programms mißt sich nicht allein am Grade seiner Rationalität (der immer nur ein abstraktes Menschenbild zugrunde liegen kann), sondern inwieweit es versteht, Rationalität mit den Bedürfnissen der konkret existierenden Menschen zu verbinden. Eine Praxis des jakobinischen Kopf-ab ist unzeitgemäß denn je. Richtiger scheint mir die zugegebenermaßen etwas kitschige Formulierung vom 'Kampf um die Herzen und Hirne'.

Scharfe Freund-Feind-Linien müssen aufgegeben werden

Ein historischer Kardinalfehler der Linken hat darin bestanden, daß sie sich selbst oft nur dann als handlungsfähig empfand, wenn sie ihre Konzeption des

gesellschaftlichen Bruchs, d. h. ihr Wertesystem auch vollständig in ein eigenes Begriffssystem gebracht hatte. Die Frage, ob die eigenen Begriffe wirklich etwas Eigenes darstellten oder - was noch schwerwiegender war - sich in der Wirklichkeit überhaupt bewährten, war oft nicht nur zweitrangig, sondern konnte für die Fragenden in stalinistischen Gesellschaften lebensgefährlich werden. Daß bei der Konzeption eines Neuen zwangsläufig neue Begriffe entstehen, ist selbstverständlich, aber beim linguistischen Sektierertum der Linken ging es um etwas anderes und sie hat es mit oft wahnwitzigen Anstrengungen um eine eigene Sprache geschafft, immer mehr ins gesellschaftliche Abseits zu gelangen. Völker, in denen sie sich bereits als dauerhaft etablierten Sieger empfand, glaubten schließlich auch nicht mehr, was an linkem Sprachgebrauch 'wahr' gewesen sein mag und begaben sich - wie wir mit steigender Verwunderung beobachten dürfen - freiwillig in das vielleicht größte Abenteuer ihrer Geschichte.

Der heute noch nicht ganz abgeflaute Kampf um die eigenen 'Begriffe' ist identisch mit der zwischen Phöng-Jang und Ostberlin üblichen zentralen Ausgabe von 'Losungen'. Es ist dies eine Praxis gewesen, die dem Bildungsniveau der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert entsprach, nicht mehr den komplexen Entwicklungsbedingungen in jedweder Gesellschaft des 20. Jahrhunderts. In Wirklichkeit haben welthistorische Revolutionen oder Epochenumbrüche niemals eine ganz neue Sprache hervorgebracht. Der Umbruch äußerte sich in der Sprache nicht nur durch neue Begriffe sondern weitaus häufiger durch die inhaltliche Wandlung von Begriffen: der Kulturkampf findet im Begriff selber statt.

Nicht vom eigenen Begriff wird die zukünftige Durchsetzungskraft der Linken abhängen, sondern von ihrer Fähigkeit, den großen Mehrheiten ihr Wertesystem als komplexe gesellschaftliche Alternative des Überlebens und schließlich des Besser-Lebens begrifflich zu machen.

Unter dem ist keine Revolution mehr zu haben.

Die 'Zivilgesellschaft' kann als geradezu paradigmatisch für die Notwendigkeit von Kontinuitäten im Begriffsarsenal gelten. Dies sah als erster Marxist Gramsci. Insbesondere im Kampf gegen den die Zivilgesellschaft verschluckenden, bzw. radikal reduzierenden Faschismus erkannte Gramsci in den sogenannten 'bürgerlichen Freiheiten' (Assoziations- und Medienfreiheit) keine kapitalismusspezifische Struktur, sondern vielmehr eine Errungenschaft der Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Kapitalismus. Jahrhundertlang hatte sich der Kapitalismus ohne Zivilgesellschaft entwickelt (d. h. nur mit ihrem Plan) und gerade der Faschismus zeigte, daß er durchaus auch weiterhin ohne Zivilgesellschaft machbar war.

Der Sozialismus dagegen war ohne Zivilgesellschaft, d. h. ohne allseitige Beteiligung des realen kreativen Potentials aller Menschen nicht machbar. Weil er diese Problematik einerseits im italienischen Faschismus und andererseits im sowjetischen Stalinismus deutlich sah, erkannte Gramsci in der überhaupt erst Mitte des 19. Jahrhunderts erkämpften Dominanz der Zivilgesellschaft in Mitteleuropa ein Element zu erhaltender und auszubauender Kontinuität zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Es ist klar, daß einem solchen Denken die vulgärmarxistische Vorstellung eines mechanischen, säuberlich getrennten Aufeinanderfolgens der geschichtlichen Formationen (Urgesellschaft, Sklaverei, Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus, Kommunismus) fremd war. Und dennoch steht gerade bei Gramsci fest, daß es natürlich deutliche qualitative Unterschiede zwischen einer vom Kapital oder von den Bürgern selbst hegemonisierten Zivilgesellschaft geben wird, insbesondere in der Frage der Kontrolle über die Ökonomie. Ein Teil der Linken hat trotz des Rückfalls Osteuropas in den Kapitalismus immer noch nicht verstanden, daß das Schema von scharf getrennten Geschichtsformationen (und -begriffen)

fen) falsch ist. Sie hofft nur auf ein neues, besseres Schema, genannt: Utopie.

Andere Teile der Linken - und das bestätigt meinen Ansatz, wenn er auch zugleich problematisiert wird - benutzen bereits vollkommen unbefangenen immer größere Mengen von Begriffen, die aus den Theorien der extremen Rechten stammen (was man bei der 'Zivilgesellschaft' beim schlechtesten Willen nicht behaupten kann). Weder einem Großteil des Feminismus noch vielen Linken ist bewußt, daß die Begriffe der 'Differenz' und der 'Identität' historisch aus der extremen Rechten stammen und von ihr nicht nur weiterhin theoretisiert, sondern auch mit Erfolg in die politische Praxis umgesetzt werden. Ihre Benutzung ist nicht möglich ohne Kampf, d. h. ohne genaue Definition, was wir damit meinen. Fatal und kritikwürdig ist nicht die Benutzung der Begriffe selbst, sondern die Tatsache, daß sie auch unter Linken oft nur noch mit dem Ziel der Herstellung einer Weltnischengesellschaft gebraucht werden: jeder darf seine Kultur behalten. Unreflektiert bleibt, daß unsere, die westliche Kultur dann wieder ganz ungehindert die Naturressourcen der ganzen Menschheit nutzen könnte, denn nur sie ist zu ihrer totalen Ausbeutung fähig. Ein so kurzangebundenes linkes Weltkulturkonzept ist nichts anderes als Apartheid. Wird der Differenzbegriff dagegen mit dem Ziel angewandt, reale Chancenungleichheit zu erkennen, um sie durch ökonomischen und rechtlichen Ausgleich in Chancengleichheit zu verwandeln, kann er auch feministischen, bzw. linken Zielen nützen. Eine solche Behauptung fiel mir freilich hinsichtlich des Begriffs der Identität schwerer. Er negiert eo ipso historische Entwicklung, bzw. will sie wunschtraumgemäß an irgend einem Punkt fixieren. Selbst Individuen, die auf 'Identitätssuche' gehen, werden dabei nicht wirklich in ihre eigene Vergangenheit zurückkehren, sondern ihre Identität als Amalgam von Vergangenem und Neuem schaffen. Auch Identitätsbewahrung von Völkern, Bevölkerungsteilen oder Geschlechtern kann und darf nie als Reise in die Vergangenheit konzipiert werden: das zerstörte Alte kann nicht wiedergewonnen (zumal in seiner Idealität nie wirklich gewesen ist), sondern nur durch ein eigenes Neues ersetzt werden. Das Gesunde erfolgt nicht darüber, daß das Neue einem Altem ähnelt, sondern daß es ein Eigenes, willentlich Gesetztes, ist.

Hinsichtlich des Begriffs der Zivilgesell-

schaft scheint mir wichtig, daß er nicht mit dem Marxschen Begriff der 'bürgerlichen Gesellschaft' identifiziert wird, mit dem der ganze komplexe Zusammenhang von sozioökonomischer Basis, Staat und Überbauten gemeint war. So auf den herrschenden Kapitalismus angewendet, würde sich der Zivilgesellschaftsbegriff - insbesondere durch das trügerische Suffix 'Zivil-' in eine unkritische, apologetische Verherrlichung der realen kapitalistischen Gesellschaft verwandeln.

Der Begriff "Zivilgesellschaft" ist keine neue Zauberformel

Daraus, daß der Zivilgesellschaftsbegriff nicht dem weitaus komplexeren Begriff der bürgerlichen Gesellschaft entspricht (der als solcher weiterhin notwendig ist), folgt auch, daß er keineswegs die neue Zauberformel: 'Sesam öffne Dich' für den komplexen Aufbau einer neuen Gesellschaft sein kann. Er deckt eben nicht wie Marxens 'bürgerliche Gesellschaft' auch das ökonomische und politische (im Sinne der Organisation der Staatsfunktionen) Projekt ab, sondern nur jenen Bereich von Überbauten, der durch freiwillige Selbstorganisation der Bürger in Parteien, Vereinigungen usw. zustande kommt. Assoziations- und Medienfreiheit', d. h. Legalität der zivilgesellschaftlichen Elemente sind die essentials der Begriffs. Ohne Legalität kann die Zivilgesellschaft keinen Bewegungsdynamismus entfalten: den Wettbewerb der Interessen der Individuen, der schließlich über konsensuale Verfahren für gewisse Zeiträume entschieden wird.

Insbesondere in seiner Anwendung bei Gramsci tritt der Zivilgesellschaftsbegriff jedoch nicht im luftleeren Raum auf, sondern steht durchaus in einem Beziehungsgefüge zu Staat und Ökonomie, wenn auch nicht im vulgärmarxistischen verstandenen einseitigen Determinationsverhältnis.

Gerade in der Frage der freiwilligen Selbstorganisation der Individuen, der notwendigen Legitimität dieser Organisationen, hat die radikale, die kommunistische Linke ihre größten Defizite aufzuarbeiten, die sie in die historische Katastrophe geführt haben: der absolute Mangel an Legitimität führte am Ende dazu, daß selbst die rationalen Seiten des Systems von den Bürgern nicht mehr als solche wahrgenommen wurden. Es kam zu einem Ausmaß an innergesellschaftli-

cher Entfremdung, wie sie der Kapitalismus nie gekannt hat.

Das im Gefolge des Kulturpessimismus der Frankfurter Schule insbesondere von deutschen Linken immer wieder vorgebrachte Argument, daß die Gebundenheit der Überbauten unter kapitalistischen ökonomischen Bedingungen an die Ideologie der Herrschenden (z. B. Markt fetischismus) auch und gerade mit der Medien- und Assoziationsfreiheit nicht gebrochen, sondern immer wieder reproduziert wird, muß als letztlich ökonomistisches Vorurteil überwunden werden. Dieser in der Tat durch Horkheimer/Adorno verbreitete Pessimismus entspricht auf seltsame Weise den mechanistischen Vorstellungen der einseitigen Kausalbeziehungen zwischen Basis und Überbau, wie sie der Vulgärmarxismus sah. Auch die SPD hat ihn in ihren spärlichen Versuchen, Kulturpolitik zu betreiben, nie überwunden. Getreu der Vorstellung, daß Kultur nichts anderes sein kann, als was die herrschenden ökonomischen Bedingungen so hergeben, hat sie nie für eine neue Kultur gekämpft (was geheißen hätte, die im Alltag durchaus vorhandenen Impulse für diese neue Kultur aufzugreifen, zu fördern, zu entwickeln), sondern bestenfalls für niedrigere Eintrittspreise, um auch der unteren Hälfte der Gesellschaft den Zugang zur bürgerlichen Kultur und Bildung (d. h. auch zu ihrem Wertesystem) zu eröffnen.

Wenn der SPD zugestanden werden kann, daß sie das Legitimitätsprinzip der modernen Zivilgesellschaft historisch wahrgenommen hat, so muß ihr doch vorgeworfen werden, den zivilgesellschaftlichen Dynamismus nur ökonomistisch bewegt zu haben: sie hat die Zivilgesellschaft im wesentlichen dem Sog der kapitalistischen ökonomischen Logik überlassen, anstatt den 'Tanker' in neue Gewässer zu führen.

Zwar steht außer Zweifel, daß die Herrschenden durch ihr Kultursponsoring über mächtige Instrumente der Beherrschung der Kultur verfügen, aber dieses Monopol anzugreifen, kann nicht als grundsätzlich unmöglich betrachtet werden. Hier muß mit Gramsci gesagt sein, daß der menschliche Geist über Freiheitspotentiale verfügt, die es ihm erlauben, nicht nur Kulturelemente aus vergangenen sozioökonomischen Epochen zu bewahren (wie z. B. Religionen), sondern auch zukünftige vorauszuenden. Freilich ist der Linken die Übersetzung ihrer durchaus vorhandenen Wertesysteme in

* Dr. Sabine Kebir, Privatdozentin und freie Publizistin, Berlin

Sozialist

Zeitschrift marxistischer SozialdemokratInnen

- Die Diskussionsplattform für die SPD-Linke
 - für Jusos, SPD und Gewerkschaften
 - erscheint 6 mal jährlich
 - mit Beiträgen aus Politik, Wirtschaft und Kultur
 - Parteunabhängig
 - Einzelpreis 5,00 DM
 - Jahresabo 28,00 DM
- Kostenloses Probeheft erhältlich bei Sozialist**
Im Körbchen 10
3400 Göttingen

ich bestelle ein kostenloses Probeheft

Name, Vorname _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

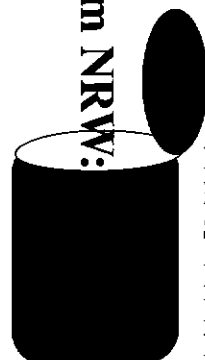
die kollektive Tat bislang nicht gelungen - was aber nicht heißt, daß dies prinzipiell unmöglich ist. Vielmehr sind große Anstrengungen sowohl auf theoretischer als auch auf praktisch-organisatorischer Ebene erforderlich, um diesen Teil unserer Geschichte zu kritisieren und ihn für die Zukunft neu zu konzipieren. Eben weil bereits zu seiner Zeit das hier entstandene theoretische und praktische Defizit der Linken deutlich sichtbar war, schritt Gramsci zur methodischen Aufspaltung des Begriffs der bürgerlichen Gesellschaft in Basis, Staat und Zivilgesellschaft: letztere bedurfte dringend der speziellen und vertieften Analyse ihrer Eigendynamik. Größere Probleme für eine linke Adaption des Zivilgesellschaftsbegriffs sehe ich einerseits in der Frage der Zulassung bzw. des Verbots extrem rechter Organismen und in der Tatsache der nationalstaatlichen Begrenzung von Zivilgesellschaften. Da sich der bürgerlich-kapitalistische Staat - unter dem Deckmantel zivilgesellschaftlicher Assoziationsfreiheit schwertut, rechte Organisationen zu verbieten oder auch nur ihre Aktivitäten einzuschränken, besteht eine Aufgabe der Linken darin, als Kriterium der Zulassung auf strikte Einhaltung zivilgesellschaftlicher Prinzipien auch innerhalb der Assoziationen zu dringen als da z. B. wären:

- Bekenntnis zu gewaltlosen Formen des gesellschaftlichen Wettbewerbs
- die Ersetzung des hierarchisch fundierten Autoritätsprinzips durch einen regelmäßig abzuhaltenden Wahlmodus
- die prinzipielle Möglichkeit der Aufnahme von Mitgliedern aller gesellschaftlicher Gruppen und Ethnien, auch außerhalb des noch existierenden nationalen Verbandes.

Die Zivilgesellschaft kann sich idealtypisch nur als Weltzivilgesellschaft gleichberechtigter Individuen begreifen, ist in der gesellschaftlichen Praxis aber zunächst auf Entfaltung im nationalen Rahmen angewiesen. Ihre Entwicklung kann von der Linken daher nur als flexible Dynamik zwischen der zeitweisen Festbeschreibung nationaler zivilgesellschaftlicher Rechte (die nichts anderes als eine freilich flexible Funktionale ökonomischer Größen ist) und ihrer Öffnung zu anderen Gesellschaften hin verstanden werden (und zwar prinzipiell auch zu den Gesellschaften, in denen zivilgesellschaftliche Potentiale noch nicht dominant sind, bzw. noch keine Legitimität erlangt haben: eine Ausweitung von Zivilgesellschaft durch

Angriffskrieg widerspricht dem essential ihrer gewaltfreien Bewegungsdynamik). Die Überwindung der bürgerlich-kapitalistischen Konzeption der Zivilgesellschaft fängt dort an, wo sie nicht nur als durch Dekret einzuführender Rechtsstatus der Individuen begriffen wird, sondern in ihrer Wechselbeziehung mit der Ökonomie. Um nicht in den alten Ökonomismus zurückzufallen ist die dauerhafte Ausbreitung zivilgesellschaftlicher Prinzipien auf nationaler und auf Weltebene nicht als direkte Funktionale des ökonomischen Ausgleich anzusehen, wohl aber doch in unlösbarer Wechselbeziehung mit diesem: wenn ökonomischer Ausgleich nicht in der Sackgasse der korrupten Kollaboration zwischen dem Kapital und den in der 3. Welt herrschenden Schichten enden soll, sind auch dort zivilgesellschaftliche Voraussetzungen, d. h. effiziente gesellschaftliche Kontrollen über Kapitalflüsse und Investitionen unabdingbar.

Bildungsreform NRW:



Nicht auf die "Müllhalde", aus dem Stillstand!

Eine Erwiderung zum Kommentar von Cor Leendertse

von Axel Horstmann*

Mit Cor Leendertse verbindet mich eine große Anfangsübereinstimmung: Beide meinen wir, daß die nordrhein-westfälische Schullandschaft nicht so bleiben kann wie sie ist. Seiner Problembeschreibung kann ich voll zustimmen, seiner Ursachenanalyse mit folgender Präzisierung: Die augenfälligen Strukturprobleme lassen sicher "die Krise des traditionellen (drei)gliederten Schulwesens" durchscheinen, empirisch sind sie jedoch unabweisbar die Krisenerscheinungen des gegebenen viergliedrigen Schulsystems in NRW.

Aber auch das ist nicht strittig, denn der Autor stellt an anderer Stelle zutreffend fest, daß die Gesamtschule "Teil der ... Hierarchie" geworden ist. Genauso ist es: Daß inzwischen viele Tausende Schülerinnen und Schüler in Gesamtschulen gehen können, ist ein Erfolg. An der hierarchischen Gliederung des nordrhein-westfälischen Schulsystems hat es allerdings gar nichts geändert. So positiv man die Lernsituation an einer Gesamtschule auch beurteilen mag, die Einführung dieses Schultyps neben den traditionellen Schulformen war politisch nicht einmal ein Zwischenschritt zur Ablösung des gegliederten traditionellen Schulsystems.

Dazu nur das wichtigste Beispiel: Das Schulwahlverhalten der Eltern fährt - was angesichts der Personalpolitik der Unternehmen rational ist - zu einem Megatrend in Richtung auf höhere Schulabschlüsse. Dieser hat aus der traditionellen unterschiedlichen Chancenverteilung des gegliederten Schulsystems z. T. eine regelrechte Diskriminierung einer Minderheit von Schülerinnen und Schülern gemacht.

* Axel Horstmann, Vorsitzender des SPD-Bezirks Ostwestfalen-Lippe

Wo die Hauptschule örtlich auf alle Konkurrenzangebote des viergliedrigen Schulsystems stößt, konzentriert sie systematisch den Teil der Schülerpopulation, dem Grundschulpädagogen schulische oftmals sozialbedingte - Defizite attestieren. In den Hauptschulen finden sich mancherorts weniger als 10 % eines Fünftklässler-Jahrgangs, schon recht selten sind es mehr als 20 %. Bisher scheint jeder der nicht wenigen politischen Versuche einer "Attraktivierung" der Hauptschule fehlschlagen und diese pädagogische und soziale Fehlentwicklung, die an Gettoisierung grenzt, nicht korrigieren zu können.

Die Einführung der Gesamtschule als vierter Regelschule in Nordrhein-Westfalen hat diesen Prozeß - entgegen anders lautenden Behauptungen von CDU und FDP - nicht kausal verursacht, mancherorts gewiß jedoch beschleunigt, ganz bestimmt aber nicht verhindert. Nicht viel weniger problematisch ist der ebenfalls mit dem Integrationsziel der Gesamtschuleinführung unvereinbare Umstand, daß an den durch die Gesamtschul Konkurrenz beinahe unbehelligt gebliebenen Gymnasien weiterhin Tausende von Schülerinnen und Schülern bei dem Versuch abstürzen, die weiterhin mit der höchsten gesellschaftlichen Wertschätzung versehene Schullaufbahn zu absolvieren.

Was also tun? Cor Leendertse beläßt es bei einer frontalen Kritik des vom Bezirksvorstand Ostwestfalen-Lippe vorgeschlagenen Konzepts eines 2-Säulen-Modells aus Gesamtschule und Gymnasium. Interessanterweise verzichtet er darauf, das gegenwärtig von Schulpolitikern der Landtagsfraktion vertretene Gegenmodell eines zweigeteilten Schulwesens zu vertreten, das aus einem integrierten "System" (Gesamtschule) und einem gegliederten System (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) bestehen soll. Dies ist nichts anderes als eine modellhafte Neuinterpretation des Status Quo, weil in der Realität natürlich nicht zwei abstrakte "Systeme", sondern vier konkrete Schulformen gegeneinander konkurrieren. Jeder Versuch, die "Systeme" gegeneinander abzuschotten, etwa indem man Gymnasialkindern den Wechsel zur Gesamtschule verbaute und sie auf die Hauptschule verwies, ist selbstverständlich wirklichkeitsfremd und auch unverträglich.

Damit bleibt der Verweis auf die ursprüngliche sozialdemokratische Opti-

on, die vorhandene differenzierte Schulstruktur durch die eine integrierte Schulform, die Gesamtschule, zu ersetzen. Angesichts der gegebenen Probleme entbehrt dieser Vorschlag keineswegs logischer Brillanz. Er ist jedoch unverwirklicht geblieben, obwohl die NRW-SPD - und mit ihr ihre Schulpolitiker - mittlerweile in der 3. Legislaturperiode mit absoluter Mehrheit regieren. Tatsächlich haben sich die Bedingungen, dieses Ziel doch noch zu erreichen, nicht verbessert, sondern eher verschlechtert. Und angesichts der gegenwärtigen manifesten Schwierigkeiten muß man sich gefallen lassen, daß der Problemlösung Fristen gesetzt werden. Diese sind für viele Beteiligte jedoch schon überschritten.

Eine Entwicklung in Richtung eines zweigliedrigen Systems würde gewiß auch Jahre benötigen. Sie könnte aber vielerorts - vor allem in den Großstädten - schnell erste Verbesserungen bringen. Vor allem die Ballung pädagogischer und sozialer Probleme in manchen Rest-Hauptschulen wäre dort korrigierbar mit der Folge besserer Chancen für viele Schülerinnen und Schüler. Auch wo Haupt- und Realschulen nicht sofort zu integrierten Gesamtschulen umgegründet werden könnten, wären Verbesserungen durch kooperative Verknüpfungen möglich.

Für die große Befürchtung der Gegner einer solchen Entwicklung habe ich Verständnis. Sie argwöhnen, daß dann irgendwann alle vom Schulsystem zu lösenden Integrationsaufgaben den Gesamtschulen überantwortet werden, während sich das Gymnasium die Leistungselite herausgreift. Das ist einerseits eine nicht mehr ganz zutreffende Einschätzung, wie die heutige Wirklichkeit an Gymnasien mit Aufnahmequoten von z. T. mehr als 40 % eines Schülerjahrgangs zeigt. Andererseits muß man auch einräumen, daß die "Vorteilhaftigkeit" der gegenwärtigen Situation in bezug auf die Gesamtschule nur in dem eben gerade problematischen Faktum besteht, daß auch sie in der Hierarchie eine Schulform "unter sich hat". Doch gewiß ist der Einwand trotzdem ernst zu nehmen, da nichts gewonnen wäre, wenn die Gesamtschule in einem 2-Säulen-Modell tendenziell jenen Weg der Auszehrung und der Aufkonzentration von Problemen nähme, auf dem die heutige Hauptschule weit fortgeschritten ist.

Deshalb muß man die Frage stellen und beantworten, wie man der Gesamtschule

in einem zweigliedrigen Schulsystem einen stabilen und konkurrenzfähigen Platz neben dem Gymnasium sichern kann. Die Diskussion hierüber ist unausweichlich, da die empirische Entwicklung ohnehin immer stärker in diese Richtung geht. Klar ist sicher, daß Gesamtschulen eine Sekundarstufe 2 anbieten müssen, die organisch mit der Sekundarstufe 1 verknüpft ist, da sonst allein aus der Langform dem Gymnasium ein gravierender Vorteil erwächst. Überwiegend stellen sich aber inhaltliche und pädagogische Gestaltungsfragen. Z. B. muß diskutiert werden, ob es eigentlich für die Gesamtschule sinnvoll

und von Vorteil ist, daß sie ab Jahrgangsstufe 11 wiederum eine gymnasiale Oberstufe umfaßt, zu der das Gymnasium den "direkteren" Weg anbietet. Wäre es vielleicht denkbar, daß man an der Gesamtschule ein Abitur mit eigenem Profil erwerben kann, das trotzdem eine ebenbürtige gesellschaftliche Anerkennung genießt? Gesprochen werden muß in diesem Zusammenhang auch über Hochschulzugangsberechtigungen. Was rechtfertigt eigentlich die Exklusivität des momentanen "gymnasialen" Fächerkanons für den Erwerb der allgemeinen Hochschulreife eingedenk des Umstands, daß das Gymnasium in seiner langen Geschichte seine

Lehrangebote ziemlich pragmatisch den "Nachfrageveränderungen" angepaßt hat? Ich beharre darauf: Bei gründlicher Diskussion und Planung landet die Gesamtschule in einem 2-Säulen-Modell nicht auf der Müllhalde, sondern gewinnt zusätzliche Chancen. Und die Bildungsreform insgesamt kommt aus dem Stillstand, der schon heute Tausenden von Schülerinnen und Schülern nicht mehr zugemutet werden kann. Nochmals Übereinstimmung mit Cor Leendertse: In der Tat stellt sich die Frage, ob die NRW-SPD "in der Lage ist, zukunftsweisende Perspektiven bei strukturellen Problemen zu entwickeln und durchzusetzen".

WER WILL HIER DEN RECHTSSTAAT LINKEN?

Der Zweck heiligt die Mittel - zu solchen und ähnlichen Volksweisheiten greifen Politiker, wenn sie dem Volk mal wieder was weismachen wollen. Zum Beispiel, daß eine Änderung des Asylrechts die Flüchtlinge fernhält. Jüngst nahm Bundesinnenminister Seiters die Sache in seine Hände. Von Lagerunterbringung über flüchtige Flüchtlingsanhörungen bis zum kurzen Prozeß vor Gericht ist in seinem Entwurf alles enthalten, was die Rechte der Verfolgten bedroht. Ablenkungsmanöver - denn mit den Asylsuchenden werden gleichzeitig die eigentlichen Probleme und Ursachen weit weggeschoben. Nämlich die Zustände in der Heimat der Flüchtlinge. Aber nicht nur die Asylsuchenden sind die Leidtragenden. Auch der vielbeschworene Rechtsstaat läßt dabei Federn. Wenn weiter so mit ihm umgegangen wird, ist es nur eine Frage der Zeit, bis der Begriff zur reinen Worthülse verkommt.

In Kürze wird abschließend über das neue Gesetz zum Asylrecht beraten. Darum fordern wir jetzt: Kein Notstandsgesetz gegen Flüchtlinge!

Flüchtlingsschutz muß bleiben.

PRO ASYL setzt sich für ein uneingeschränktes Asylrecht ein.
 Bitte schicken Sie mir Informationen zu PRO ASYL.

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Bitte ausschneiden, in einen Briefumschlag stecken, 3,- DM in Briefmarken beilegen und senden an:
Förderverein PRO ASYL e.V., Neue Schlesingergasse 22, 6000 Frankfurt/M. 1.
Spenden bitte auf das Konto Nr. 380900-608, Postgiroamt Frankfurt/M., BLZ 50010060.

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

links im Juli/August 1992:

Thema USA: Let it bleed: No Sympathy For The Devil • Menetekel in Los Angeles • US-Sozialpolitik: Weiterhin nicht vorhanden • Hintergrund UNCED 92: Im Krebsgang von Stockholm nach Rio • Mühen der Selbstorganisation: NGOs in Rio • Nach dem Umweltgipfel - Perspektiven sozialer Bewegungen in Brasilien • Rußland: Zerfall, Chaos, Stabilisierung - alles ist möglich • Iran: Sind die Ayatollahs überhaupt reformfähig? • Italien: Wer steht hinter der Mafia? • §-218-Kompromiß: Systematische Selbstentmachtung.



Mit Beiträgen von:
Roger Keil,
Margit Mayer,
John Ely,
Monika Frommel,
Sovieticus,
Ale Behrokhi,
Peter Wahl,
Thomas Fathauer,
Petra Bonavita-Lindloff,
Ludi Lodovico,
Ulrich Brand u.a.

Ich bestelle
 1 Exemplar links Heft 5/92
zum Preis von 7,- DM
(nur gegen Vorkasse:
Briefmarken, Scheck etc.)

Name:

Straße:

Ort:

links, PF 10 20 62, 6050 Offenbach

Ich abonniere spw für mindestens zwölf Monate ab sofort/ab Heft Nr.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 360 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.
Jahresbezugspreis (incl. Versand): Inland DM 51,-
Ausland DM 54,-
 ermäßigter Inlandspreis (für SchülerInnen, StudentInnen, Arbeitslose; nur gegen schriftliche Bescheinigung) DM 42,-
 ermäßigter Auslandspreis (wie oben); nur gegen Bescheinigung) DM 45,-

A
B
O

Das ABO geht an:

Name, Vorname:

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

1. Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche widerrufen werden (Poststempel). Ich bestätige hiermit, daß ich über mein Widerrufsrecht in Kenntnis gesetzt wurde.
2. Ich bin damit einverstanden, daß die Postetwaige Änderungen meiner Anschrift an den Verlag weiterleitet.

2. Unterschrift (bitte auch hier unterschreiben)

! Wenn Sie ein Geschenkabonnement bestellen, so müssen Sie sowohl die Adresse des/der Beschenkten als auch Ihre Adresse in der jeweiligen Spalte oben angeben.

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung.

Die Rechnung geht an:

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Ich wünsche Bankinzug:

Geldinstitut:

Bankleitzahl

Konto

Datum, Unterschrift

Buchprämie

Ich habe mir die Buchprämie Nr. ... ausgesucht. Sie geht an folgende Adresse:

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Ich zahle mit Verrechnungsscheck (anbei), der Preis beträgt DM 15,- (incl. Versand).

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Der Preis beträgt (wegen des Aufwands für Rechnungsstellung) in diesem Fall DM 17,- (incl. Versand).

Probe
A
B
O

Probe-ABO

Ich bestelle ein spw-Probe-Abonnement zum Sonderpreis. Damit erhalte ich die nächsten beiden Ausgaben von spw, die in zweimonatigem Rhythmus erscheinen. Das Probe-ABO verlängert sich nicht automatisch.
Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum

Unterschrift

Coupon ausschneiden und einsenden an: spw-Verlag, Kieler Str. 13, W-5000 Köln 80

**Individuen im gesellschaftlichen Raum.
Was sie sich von der Zukunft versprechen mögen?**

spw verspricht mehr denn je

Wer **spw** abonniert oder ein neues Abonnement vermittelt, erhält ab sofort - befristet bis **15. 12. 92** - **100%** mehr **Werbegeschenke** als bisher:

2 attraktive Buchprämien für jedes neue Abo

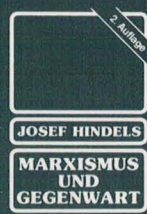
Unter 10 verschiedenen Titeln ist zu wählen:



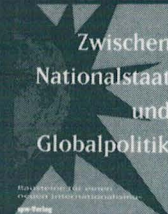
Nr. 2/92
Eckart Spoo (Hrsg.),
KohlZeit. Ein Kanzler
und sein Deutschland,
Köln 1991
(PapyRossa), Laden-
preis DM 20,-



Nr. 4/92
Detlev Albers, Sozia-
lismus im Westen.
Erste Annäherungen:
Marxismus und
Sozialdemokratie,
Hamburg 1987 (Argu-
ment), Ladenpreis
DM 19,80



Nr. 6/92
Josef Hindels,
Marxismus und Ge-
genwart, Berlin 1985
(spw), Ladenpreis
DM 9,-



Nr. 8/92
Katrin Fuchs, Joachim
Schuster (Hrsg.),
Zwischen
Nationalstaat und
Globalpolitik. Bauste-
ine für einen neuen
Internationalismus,
Köln 1992 (spw),
Ladenpreis DM 19,80



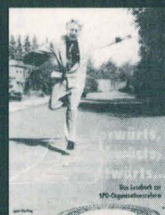
Nr. 10/92
Lutz Hoffmann, Die
unvollendete Republik
Zwischen
Einwanderungsland
und deutschem
Nationalstaat, 2.
aktualisierte und
erweiterte Auflage,
Köln 1992
(PapyRossa), Laden-
preis DM 24,-



Nr. 3/92
Peter Wahl (Hrsg.),
Warum Montezuma
nicht Europa entdeckt
hat. Europa und die
Dritte Welt, Köln
1991 (PapyRossa),
Ladenpreis DM 24,-



Nr. 5/92
Jürgen Kuczynski,
Probleme der
Selbstkritik. Sowie
von flacher Landschaft
und vom Zickzack der
Geschichte, Köln 1991
(PapyRossa), Laden-
preis DM 24,-



Nr. 7/92
Peter von Oertzen,
Susi Möbbeck (Hrsg.),
Vorwärts, rückwärts,
seitwärts... - Das
Lesebuch zur SPD-
Organisationsreform,
Köln 1991 (spw),
Ladenpreis DM 19,80



Nr. 9/92
Arbeitsgruppe Alterna-
tive Wirtschaftspolitik,
MEMORANDUM
'92, Köln 1992
(PapyRossa), Laden-
preis DM 24,-



Nr. 11/92
WIR FRAUEN 1993
Taschenkalender mit
flexiblem Einband in
Lila (PapyRossa), La-
denpreis DM 11,80
(lieferbar ab Septem-
ber)

SPW ZU ABONNIEREN HAT KONJUNKTUR. BIS 15. 12. 92.

Coupon zur Abo- (und Buchprämien-) Bestellung im Heftinneren. Oder beiliegende Bestellkarte benutzen.